



Wahlspruch:  
Was wir begehren von der Zukunft Fernen  
Dass Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,  
Dass unsere Kinder in der Schule lernen  
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.  
G. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Ghedkonto 38.415.

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

### Sprechstunden

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

### Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterspalte oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

### Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich . . . . . Kr. 2.68  
Ganzjährlich . . . . . 5.76  
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—, Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 22

Wien, den 1. August 1912.

20. Jahrg.

## Die Windbeutelereien des Herrn Heine.

Ein nationalverbändlerischer Verteidigungsversuch des letzten Eisenbahnerverrates.

Schmoed in Gustav Freytags „Journalisten“ kann schreiben nach rechts und kann schreiben nach links. Ein solcher parlamentarischer Schmoed ist auch der Herr Rudolf Heine, Abgeordneter, Nationalverbändler und Baurat seines Zeichens. Als im Dezember des Vorjahres der 38 Millionen-Antrag für die Eisenbahner im Parlament zur Verhandlung stand, da glänzte, wie man sich lebhaft erinnert, Herr Heine, der Abgeordnete von Tetschen-Bodenbach, als „Verteidiger der Eisenbahnerinteressen“, und als Referent des gemeinsamen Antrages, der für die Eisenbahner 38 Millionen Kronen verlangte, wandte er sich damals gegen die von der Regierung geforderte Bedeutung mit den Worten: „Sind diese Beamten der Exekutive, welche bei Tag und Nacht im Verkehr, in den Werkstätten, bei der Bahnerhaltung ihren schweren Dienst tun, schuld daran, daß die Verwaltung der Zentralstellen, des Ministeriums und der Direktionen viel mehr Geld kostet, als einem gesamten modernen kaufmännischen Betrieb entsprechen würde? . . . Deshalb richte ich an das Haus den Appell: Geben Sie durch Ihre Abstimmung im Sinne dieser Anträge die Bahn frei für eine gesunde Aufwärtsbewegung eines Standes, welcher von hoher Bedeutung für das ganze wirtschaftliche Leben, von hoher Bedeutung für unsere ganze moderne technische Entwicklung ist und dem ja befanntlich die Gesundheit und das Leben der ganzen Bevölkerung anvertraut ist. Geben Sie den Eisenbahnern ihr gutes Recht durch Zustimmung zu den vorstehenden Anträgen.“

Herr Heine kann aber auch anders. Man soll nicht sagen können, daß er einseitig ist. Er kann reden und stimmen nach rechts und nach links, wie es eben die Situation erfordert. Und da Herr Heine, wie man weiß, in Betätigung dieser seiner Vielseitigkeit am 2. Juli d. J. vor seinem eigenen Antrag davonlief, denn der Antrag Tomšič wollte ja nichts weiter als die Verwirklichung des Heineschen Referentenantrages — so fühlt Herr Heine so quasi auch die Pflicht, sein und das Verhalten der übrigen Nationalverbändler zu „motivieren“. Zu diesem Zweck läßt also Herr Heine im Brünnener „Tagesbote“ — nebenbei bemerkt in einem judenliberalen Blatt — einen Artikel vom Stapel, der gleichzeitig als Zirkularartikel bereits seine Reise in die ganze nationalverbändlerische Provinzpresse angetreten hat. In diesem Artikel also beweist es Herr Heine, daß der Antrag Tomšič abgelehnt werden mußte. Wie er das „beweist“, da muß man den Herrn Baurat des Humors halber selber reden lassen.

Herr Heine schreibt also:

„Im Dezember 1911 konnten aus finanziellen Erwägungen nur 21 Millionen zugestanden werden; hat sich nun in der kurzen Zeit bis zum Juli 1912 die Lage der Staatsfinanzen im allgemeinen und die Bilanz der Staatsbahnen im besonderen so gebessert, daß der Zeitpunkt gekommen war, um die restlichen 17 Millionen für die Eisenbahner flüssig zu machen? Diese Frage muß entschieden mit nein beantwortet werden. Die Entwicklung der staatlichen Rente zeigt, daß gegen den Dezember 1911 eher eine Verschlechterung eingetreten ist. Auch die passive Bilanz der Staatsbahnen besteht weiter; die zur teilweisen Deckung der 21 Millionen eingeführten Tarifierhöhungen werden erst im letzten Viertel 1912 voll in Wirkung treten. Wir sind nicht gegen die 17 Millionen; wir müßten aber trotzdem gegen den Antrag Tomšič stimmen, weil dessen Durchführung gegenwärtig unmöglich ist. Wir hätten uns der Demagogie schuldig gemacht, wenn wir im jetzigen Zeitpunkt für diesen Antrag eingetreten wären.“

Die Finanzen sind also heute genau so schlecht wie im Dezember des Vorjahres, und deshalb

war der Nationalverband dagegen, daß die Eisenbahner 17 Millionen Kronen erhalten. Aber weil die Finanzen im Dezember so schlecht waren wie im Juli, deshalb hat Herr Heine im Dezember 38 Millionen Kronen verlangt. Diese „Logik“ beweist freilich schärfer als alles andere, daß die Nationalverbändler damals, als sie für den Resolutionsantrag stimmten, damit rechneten, daß er von der Regierung nicht durchgeführt zu werden braucht, daß also ihre Eisenbahnerfreundlichkeit im Dezember der aufgelegteste Schwindel war. Nebenbei ist aber auch die Behauptung von der gleichgebliebenen schlechten Finanzlage der Staatsbahnen gar nicht einmal wahr, denn die Einnahmensteigerung, die die österreichischen Staatsbahnen im ersten Halbjahr 1912 zu verzeichnen haben, werden auf rund 22 Millionen Kronen veranschlagt und ergeben somit eine weit höhere Summe, als die Durchführung des Antrages Tomšič gekostet hätte.

Herr Heine redet aber auch in seinem Verlegenheitsgestammel nebstbei noch saudumm: „Man verschweigt heute“, so schreibt er, „die Tatsache, daß die Bezüge der Eisenbahner im Verordnungswege geregelt werden und der Parlament nur durch Resolutionen die Möglichkeit eröffnet ist, die Regierung zu bestimmten Maßnahmen in diesen Belangen aufzufordern. Die Sozialdemokraten machen nun die Mehrheitsparteien für die volle Erfüllung solcher Resolutionen verantwortlich und darin liegt die erste grobe Fälschung der tatsächlichen Verhältnisse. — Wir besitzen derzeit im Parlament mit Rücksicht auf viele noch ungeklärte, nationalpolitische Streitfragen, keine parlamentarische Mehrheit und demgemäß auch keine dieser Mehrheit dienstbare, ihren Willen vollstreckende Parlamentsregierung. Eine solche parlamentarische Regierung könnte gezwungen werden, die vom Parlament beschlossenen Resolutionen zu erfüllen, niemals aber ein Beamtenkabinet, welches jederzeit mit Hilfe des § 14 den ihm unangenehmen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses aus dem Wege gehen kann.“

Wenn aber die Regierung das, wozu sie aufgefordert wurde im Verordnungswege durchzuführen, einfach nicht tut? Dann eben muß das Parlament durch einen Beschluß, dem Gesetzeskraft zukommt, die Regierung zwingen, der Anforderung nachzukommen, wie das eben der Antrag Tomšič gewollt hat. Und es versteht sich, daß es ganz gleich ist, ob die Regierung durch ein parlamentarisches oder durch ein Beamtenkabinet dargestellt wird, sie muß, wenn das Parlament durch einen Akt der Gesetzgebung verfügt, den Beschluß eben vollziehen. Und dieser Herr, nach dessen Meinung eine Volksvertretung von jeder Regierung einfach beiseite geschoben werden kann, wenn ihr deren Beschlüsse unangenehm sind, wagt es noch, sich und seine nationalverbändlerischen Spießgesellen im gleichen Atemzug als die Hüter der Verfassung aufzuspielen! „Wir dürfen“, so meint er, „als Hüter der spärlichen Volksrechte, nicht freiwillig die Hand dazu bieten, daß der § 14 die Verfassung immer wieder umbringt“. So stellt sich der baurätlich punzierte Parlamentarier eine Verfassung vor, die einfach davon abhängt, ob sie die Regierung duldet oder nicht. Just in demselben Augenblick, wo die Regierung die mit dem Nationalverband gebildete willfähige Majorität fand, die ihr die volksbedrückende Wehrreform bewilligte, redet der nationalverbändlerische Anwalt davon, daß es keine Majorität gibt, die der Regierung ihren Willen aufzwingen könnte und die instande wäre, die Verfassung vor dem Mißbrauch des § 14 zu schützen. Wie von allen guten Geistern verlassen, wie erbärmlich feige muß diese bürgerliche Mehrheit sein, der Herr Heine eine so bespiellos knechtelige Rolle unter-schiebt!

Herr Heine ist aber auch ein Gerechtigkeitsfanatiker. Und man wird gleich hören weshalb. „Der Deutsche Nationalverband“, so sagt er, „treibt keine einseitige Klassenpolitik wie die Sozialdemokratie! Gätten wir also im Zusammenhang mit dem Budgetprovisorium die Erfüllung der restlichen Eisenbahnerforderungen in einem Antrag à la Tomšič verlangt, so wären wir verpflichtet gewesen, auch den anderen Staatsangestellten, über deren materielle Besserstellung das Abgeordnetenhause ebenfalls bereits Beschlüsse gefaßt hat, gleiches Recht widerfahren zu lassen.“

Weil also die Lehrer und die übrigen Staatsbeamten nichts bekommen haben, dürfen — so erfordert es die nationalverbändlerische Konsequenz — die Eisenbahner eben auch nichts bekommen. Herr Heine will nicht einseitig sein, sondern fordert gleiches Recht für jedermann. „Gleiches Recht“ allerdings, das von der berüchtigten Moral der Arapulinsky und Washlapyshy durchdrungen ist: „Und da keiner wollte leiden, daß der andere für ihn zahle, zahlte keiner von den beiden.“

Man kann also, wenn man die Gründe, die Herr Heine zur Entschuldigung des Verrates anführt, zusammenfaßt, zu der wehmütigen Feststellung zurückkehren, die der parlamentarische Schmoed seinem Artikel vorangestellt hat: „Man kann, wenn man in diesen Tagen mit den kleinen Leuten auf der Strecke spricht, ein böses Lied hören.“ In der Tat, ja. Aber das Lied wird kaum schöner und harmonischer werden, wenn man „den kleinen Leuten auf der Strecke“ sagt, was Herr Heine zu seiner und zur Entlastung des Nationalverbandes vorzubringen hat. Denn was man daraus erfährt, ist nur eines: daß Herr Heine, genau wie der Herr Schmoed, so und auch so sein kann. Es ist das gerade auch die richtige Temperatur, in der das Thermometer des Avancements steigt.

## Trara! Der Dr. Stölzel ist da!

Die Verteidigungsmethode des Reichsbundes.

Man muß jetzt den Jammer endloser Verlegenheit mit ansehen, den der Deutsche Nationalverband durch sein Verhalten im Parlament über den Reichsbund deutscher Eisenbahner gebracht hat. Am liebsten würde natürlich der „Deutsche Eisenbahner“ sich in eisiges Schweigen hüllen und so tun, als ob ihn die ganze Sache nichts angehe. Nachdem aber auch im Reichsbund die Mitglieder der Meinung zu sein scheinen, daß sie die Sache sehr viel angeht, muß auch der „Deutsche Eisenbahner“ notgedrungen zu der Frage des 17 Millionen-Antrages Stellung nehmen. Wie er das tut, haben wir bereits früher aufgezeigt. Aber der „Deutsche Eisenbahner“ läßt es bei den paar gelinden und recht sanften Mahnungen, die er deshalb an den Deutschen Nationalverband gerichtet hat, bewenden, weil lauter aufzumucken jenen, die bei den Deutschnationalen „Arbeiterpartei“ spielen dürfen, einfach nicht erlaubt ist. Und so zieht der Reichsbund gehorsam wie ein verprügelter Hund den Schwanz ein, wie sich das ziemt, wenn man im Nationalverband kuschelt! Und um gleichzeitig die Verlegenheitspausen zu verlängern, die hinsichtlich des Erscheinungstermins des „Deutschen Eisenbahner“ für den Reichsbund zehn Tage betragen würden, hat „die Hauptleitung beschlossen, die Folgen vom 20. Juli und 1. August in eine Folge zu vereinen und diese am 25. Juli auszugeben“, so daß solcherart die gequälte arme Seele wieder fünfzehn Tage Ruhe hat. Dafür freilich läßt die Hauptleitung in der „Doppelfolge vom 25. Heuert“ auf die armen Reichsbundmitglieder gleich zwei nationalverbändlerische Abgeordnete auf einmal los, die es

unternehmen, den Verrat an den Eisenbahnern zu rechtfertigen.

Das ist nämlich so überhaupt die bequemste und billigste Methode, die sich der „Deutsche Eisenbahner“ zurechtgelegt hat. Was soll er auch tun? Sich kurzerhand mit dem Verrat und den Verrätern abfinden und deren Haltung billigen, das geht nicht, weil sonst die Mitglieder aus dem Reichsbund über Hals und Kopf davonrennen würden, den Nationalverbändlern aber einen kräftigen Tritt zu applizieren, dazu reicht der deutsche Mannesmut nicht und wäre überdies ein Unterfangen, das die deutschen Fabrikanten bewegen könnte, ihre Beziehungen zu den verschiedenen „Säckelwarts“ zu lösen. Also verzichtet der „Deutsche Eisenbahner“ einfach überhaupt auf den Luxus einer eigenen Meinung und überläßt es den Abgeordneten Heine und Dr. Stölzel, sich selber aus der Schlammastik zu helfen. „Nur nix e so i und nix e so i sagen, damit es nix heißt, man hat e so i oder so i gesagt“, ist jetzt die nationalantidemokratische, reichsbündlerische Devise. Zunächst also druckt der „Deutsche Eisenbahner“ ohne jede eigene redaktionelle Bemerkung den schon zum Ueberdruß gewordenen Heine'schen Zirkularartikel an erster Stelle, über den wir übrigens im Leitartikel ausführlich sprechen. Dann kommt Herr Dr. Stölzel, der über „die Forderungen der Eisenbahner und das Budgetprovisorium“ schreibt. Der Herr Dr. Stölzel, der also diesmal vor Eisenbahnern auftritt, pflegt sonst sein ödes Geschwätz mit Vorliebe in jener judenliberalen Presse abzulagern, die sich der dummen Eitelkeit halber jeden Gallimathias anhängen läßt, den aufzunehmen sich jeder Journalist weigern würde, wenn nicht sein geistiger Erzeuger zufällig ein Abgeordneter wäre. Denn jeder Artikel, den der Salzburger Advokat schreibt, hat immer etwas von jenem philosophisch tiefgeistigen Gedankenreichtum an sich, wie ihn Nestron in der folgenden Deklamation niedergelegt hat:

In Wellenschwingung prahlt des Waldes Sinn, Es stöhnt die Felsenglut nach trügerischen Gestalten, Die Perle mordet Eichenwipfel hin Und Laub und Ring des Schaumes Glück enthalten. Doch wenn der Klüfte Stolz im Mond geboren, Kann Titans sanfte Mut der Hölle Blumen bringen. Er schwelgt am Tage, wo die Nacht geboren, Des Wahnsinns stiller Blick, wenn auch Trompeten klingen, Drum Himmelsluft in der Lawinen Brande, Einsehleudern will ich an des Ufers Blüthenlang, Und lechzt auch Liebesstimm am Zephirrande, Bleibt doch der Palme Gold, die Sturmwind süß errang.

Wer diese Dichtung nicht versteht, wird natürlich Herrn Stölzel auch nicht verstehen, wenn er seine staatsmännischen Weisheiten losläßt. Wengleich der Unterschied zwischen Nestron und Stölzel der ist, daß jener das Gedicht schrieb, um nicht verstanden zu werden, während dieser offenbar als Politiker verstanden werden möchte. Aber um Herrn Stölzel Gerechtigkeit widerfahren zu lassen — ist diesmal sein Aufsatz immerhin so gediegen, daß ihn jeder Volksschullehrer durchgehen lassen könnte, denn er vermeidet es wie sonst, angestrengt nach Argumenten zu suchen, und begnügt sich, bescheiden

den Verrat der Nationalverbändler mit folgender von uns längst abgetanen Ausrede zu motivieren:

Gäßen alle Abgeordnete für diesen Antrag (Antrag Tomšič) gestimmt, beziehungsweise hätte derselbe die Majorität bekommen, so hätte unter allen Umständen der § 14 eintreten müssen, weil in einem Budget — und sei es auch nur ein Provisorium — nicht 17 Millionen zur Ausgabe gestellt werden können, welche nicht in Einnahme gestellt sind. Diese 17 Millionen aber aus dem Bahnbetrieb durch Ersparungen hereinbringen zu wollen, wäre verbunden gewesen entweder mit wesentlich erhöhten Gebühren und Tarifen oder Knidereien gegen die Angestellten. — Weiter aber ist zu bedenken, daß außer den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses bezüglich der Eisenbahnbediensteten und Eisenbahnarbeiter auch noch solche Beschlüsse bezüglich der Besserstellung der Staatsarbeiter beziehungsweise Staatsbetriebsarbeiter, der Vertragsbeamten, der Postangestellten, der Staatsbeamten und Diener ihrer Verwirklichung harren, wie die Zuwendung der Mittel an die Länder zum Zwecke der Verbesserung der Lehrergehälter. Alle diese Beschlüsse wurden vom Abgeordnetenhaus gefaßt im Hinblick auf die zu schaffende Finanzreform und hinsichtlich der Staatsbahnen und Staatsbetriebe, insofern nicht ebenfalls durch die Finanzreform die Mittel zur Verfügung gestellt werden im Hinblick auf die allmählich steigenden Betriebs-einnahmen selbst.

Aber immerhin, so meint Herr Dr. Stölzel, war im Anfang die Stimmung unter den bürgerlichen Abgeordneten vorherrschend, daß man trotzdem für den Antrag Tomšič (also trotzdem er nach ihrer Behauptung ein Schwindel war!) stimmen müsse. Aber, jagt Herr Dr. Stölzel weiter:

Nach reiflicher Ueberlegung aber kam man von diesem Gedanken ab, und zwar aus folgendem Grund: Man sagte sich, daß ein derartiges Vorgehen das Ansehen des Parlamentes gegenüber der Regierung derart herabdrücken müßte, daß die Regierung die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses einfach nicht mehr ernst nimmt und die Abgeordneten wie Schulbuben behandelt, die sich vor ihren Wählern derart fürchten, daß sie lieber Unmögliches beschließen, als den Mut der Wahrheit haben.

Ob Herr Stölzel, als er das Zeug niederschrieb, schamrot geworden ist, wissen wir nicht. Aber sicher ist auf jeden Fall, daß auch der letzte Winkeladvokat eine so alberne Abulistik nicht zu einem ernst zu nehmenden Plädoyer benützt. Das „Ansehen des Parlamentes“ wäre herabgedrückt worden, wenn die Mehrheit des Hauses für den 17 Millionen-Antrag gestimmt hätte. So jagt ein Abgeordneter einer großen Partei, der noch dazu von dieser fortwährend als autorisierter Sprecher vorgeführt wird! Daß das Ansehen des Parlamentes eben dadurch heruntergebracht wurde, daß seine Mehrheit auf die Einhaltung eines früheren einstimmig gefaßten Beschlusses verzichtete, weil die Regierung mit dem § 14 drohte, wie man bösen Buben mit dem Stecken lacht — davon hat diese juristische Zierde des Ansehens keine Ahnung. Und er nennt es „Mut der Wahrheit“, wenn die Abgeordneten vor einem angeordneten Verfassungsbruch zusammenknicken, und findet, daß die Regierung diese bürgerliche Majorität jetzt „ernst nehmen müsse“, weil sie, nachdem sie ihr alle ihre Wünsche bewilligt hatten, vor dem eigenen Beschluß davongelaufen sind. So weit hat der Nationalismus die bürgerlichen Politiker heruntergebracht, daß sie vor lauter Begriffsverwirrung die einfachsten Regeln

und Dinge nicht mehr verstehen. Daß sich aber die reichsbündlerisch organisierten Eisenbahner zu dem Verrat, der an ihnen von den eigenen Parteigenossen im Parlament verübt wurde, auch noch solche Ausreden, die schon einer aufgelegten Froszlei gleichen, gefallen lassen sollen, das ist ein so bedenkliches Maß von Kritiklosigkeit und demütigen Anrechtsinnens voraus, der Tugenden, aber nicht deutschen Männern innewohnen kann, es wäre denn, daß „deutsche Männer“ so aussehen, wie sie Heine mit beifühendem Zynismus beschrieben hat:

Das ist von Bedienten die alte Schar, Mit dem Rücken bestimmt zum Gerben, Die nach dem größten Fußtritt sogar Tiefsehnsuchtsvoll erstehen.

Ersterben? Das Wort, es paßt nicht recht Zu solchem Speichellecken, Ich weiß ein anderes, das klingt nicht schlecht, Es heißt: Gehorjamst verreden!

Es fehlt den Deutschen zum Hunde nur Ein richtiger Schwanz zum Wedeln; — O du grundgütige Mutter Natur, Die Spenderin alles Gutes!

Gib doch den Menschenhunden ihr Recht, Ihr eigenes Recht auf Erden, Und laß das nächste deutsche Geschlecht Mit Schwänzen geboren werden

Das ziemt sich dem Pack, das sich ohne Scheu Läßt schimpfen ein Volk für Denker: Das nichts ist als Futter für Pulver und Blei Und Herdenvieh für seine Herden.

### Der Sozialismus als Kulturmacht.

Als vor dreiviertel Jahrhundert in England und Frankreich die Arbeiterbewegung emporkam, wurde sie noch von einem Mann wie Heine, der ihr Sympathie entgegenbrachte, als eine Art modernes Barbarentum betrachtet, dazu bestimmt, die ganze bestehende Kultur zu vernichten. Heute ist eine solche Auffassung bei keinem klarschauenden Menschen, der die Tatsachen beachtet, mehr möglich; wo immer Fortschritt, Humanität, Wissenschaft oder Kunst von einer barbarischen Reaktion bedroht wurden, da standen die Umstürzler voran auf der Wacht zu ihrer Verteidigung. Aber trotzdem ist es sicher, daß bei der unvollständigen, nur durch Vorurteile und Instinkte geleiteten Masse der Herrschenden und Gebildeten noch immer eine ähnliche Furcht herrscht. Sie sehen die Arbeitermassen, roh und ungebildet in Sprache und Umgangsformen, mit schmutzigen Händen und Kleidern, die Züge hart von den Härten des Lebens, in den Augen — wenn nicht die dumpfe Gleichgültigkeit des müden Arbeitstieres — die scharfen Blitze des Hasses, das Feuer der Kampflust gegen die besitzende Klasse. Und stellen sie sich vor, daß diese Leute, ehemalige Heloten, zu Herren und Meistern der Gesellschaft werden, daß die höheren Stände ihnen wehrlos preisgegeben sind, ohne daß Polizei und Regierung da sind, sie zu schützen — dann überkommt sie wohl daselbe Grauen, das bei den kunststimmigen Städtebürgern Italiens herrschte, als unbefiegbare barbarische Horden aus dem Norden vor ihren Toren lagen. Und sie jammern über unsere herrliche Kultur, die von dem Proletariat bedroht wird, deren Untergang mit dem Sieg des Sozialismus bevorsteht.

### Feuilleton.

#### Das Penternahl.

Novelle von Karl Schönherr.

Die Tage wurden allgemach wieder länger und die Wärmekraft der Sonne mehrte sich von Morgen zu Morgen. Da saß der rote Jörg eines Abends beim Speisen — in der Armenfürsorge des Kreisgerichts.

Diese unscheinbare, aber stimmungsvolle Wude war vor einigen Stunden der Schauplatz eines seltenen Ereignisses gewesen. Mehrere schwarz gekleidete Herren waren nämlich erschienen und hatten laut und feierlich verkündet, man habe der Gerechtigkeit freien Lauf gelassen.

„Also morgen! Präzis 7 Uhr wird aufgebrochen ... ob schön, ob Regen!“ Der Jörg mochte sich bereit halten.

Der Jörg hatte sich zuguterletzt noch einen gebildeten Karpfen bestellt und eine Portion Erbsensalat mit viel Zwiebel; denn es war Freitag. Hernach gedachte er noch einige Solofische zu wählen. Warum sollen nicht vorher mindestens noch ein paar niedere Krustentiere ihr Leben lassen, bevor er, der hochorganisierte Jörg, an die Reihe kam!

Mein Gott! Gar so eine schwere Untat hatte er nach seiner eigenen Ansicht nicht verübt. Er hatte halt ein Weibsbild geheiratet; dann wäre er sie wieder gerne los gewesen, weil ihm eine andere besser gefiel. In der Stadt weiß man sich in einem solchen Fall noch zu helfen, aber auf dem Lande sind die Moralbegriffe stärker; da werden die Ehen recht und schlecht nur durch den Tod geschieden. Nun eben; da hatte halt der Jörg in gutem Glauben ein bißchen nachgeholfen. Das war aber auch alles.

Weiß der Himmel, wie so das Gericht zur Ansicht kam, daß für den Jörg eine „Luftentziehungskur“ das Beste sei.

An dem Verteidiger lag die Schuld entschieden nicht. Der hatte, wie man sagt, die Sache des Jörg ganz zu der seinen gemacht. Aus den verborgenen Löchern und Schlupfwinkeln kitzelte er die psychologischen Entlastungsmomente heraus und verwertete sie zu einer padenden Schilderung furchtbarer Seelenkämpfe, die der Angeklagte bis zum Augenblick der Tat durchgemacht haben mußte.

Der Jörg war zuerst geknickt und bekümmert dageessen; wie er aber den Verteidiger so sprechen hörte, begann er verwundert den Kopf höher und höher zu heben, und endlich blickte er stolz, mit unsäglicher Verachtung im Saale umher. Wer von allen, die da saßen, hatte ein so reichverzweigtes, vielgestaltiges Seelenleben aufzuweisen?

Aber kaum war der Verteidiger zu Ende, da stand gleich wieder an einem anderen Rebenstischen so ein Stärkerer auf. Der war schon früher dem Jörg durch sein teuflisches Lächeln und Kopfputzeln in der unangenehmsten Weise aufgefallen. Der Jörg hatte sich noch darüber gewundert, daß der Präsident diesen notorischen Heher und Ruhestörer nicht schon längst hatte aus dem Saal weisen lassen. Der borgte sich den Angeklagten noch einmal aus — nur auf ein Bierleibstündchen, wie er sagte — und nach kaum zehn Minuten hing an dem ganzen Jörg kein guter Faden mehr. Da begann sein Haupt wieder zu sinken, tiefer und tiefer; und endlich bekam er vor sich selbst ein solches Grausen, daß er entrüstet ausspuckte und murmelte:

„Pui, Teufel! Hängt ihn auf! Der Haderlump verdient den Strick redlich!“

Also morgen, präzis 7 Uhr.

Der Scharfrichter hatte soeben vorgesprochen und seinen Besuch auch richtig zu Hause getroffen.

Der Jörg saß gerade bei seinem letzten Mahl und aß sich mit wütendem Behagen immer weiter in den Karpfen hinein. Der Scharfrichter wollte ein Gespräch in Gang bringen, aber der Jörg war nicht dafür zu haben.

„Lassen Sie mich in Ruh!“ schrie er. „Sie sind für mich Luft!“

Der Scharfrichter hätte auf diese Bemerkung vielleicht manche nicht ganz unbegründete Einwendung machen können; aber, nicht wahr, man will doch nicht immer gleich Fackelsimpeln abgeben. Also schwieg er und drehte schüchtern verlegen seine beiden Daumen umeinander herum.

Da hub der Delinquent auf einmal gewaltig zu räuspfern und würgen an.

„Mensch, was ist Ihnen?“ fuhr der Scharfrichter besorgt vom Sessel auf. „Reden Sie doch! Haben Sie am Ende gar eine Gräte geschluckt? Wirklich? Um Gottes willen!“

Er klopfte dem räuspfernden Jörg den Rücken ab und erteilte seine Ratschläge

„Steden Sie einen Finger in den Nacken! Vielleicht geht die Gräte dann heraus! Essen Sie einen Dissen Brot, vielleicht geht dann die Gräte mit hinunter!“

Dazu jammerie er in allen Tonarten:

„Da haben wir die Bescherung! Aber lieber Herr! Wer wird auch an einem solchen Tage Karpfen essen! Sind Sie verrückt?“

Bald war der Gefängnisarzt zur Stelle.

„Eine Gräte geschluckt? Was? Gut!“

Dann schob er die Manschette ein wenig zurück und

fastete mit dem Finger den Nacken ab, rechts und links, oben und unten.

„Na, wo steckt denn das Luderchen?“

Mit Hilfe eines Spiegels entdeckte er die Gräte endlich in einer Schleimhautfalte, nahe dem Kehlkopfengang.

„Gut! Jetzt den Grätenfänger her!“

Der Grätenfänger ist ein Stäbchen, dessen Spitze einen kleinen Schwamm trägt. Beim Einführen dieses Instruments in den Nacken soll sich angeblich die Gräte in dem Schwammchen verfangen. Dann und wann trifft dies zu, häufiger aber löst sich bei solchem Beginnen vom Stäbchen der kleine Schwamm los und sucht sich neben der Gräte zu etablieren. Der Schwamm wird dann meist mühselos wieder heraufbefördert.

Inzwischen stürzte schon bleich vor Anstrengung der Gefängnisdirektor herbei.

„Herr Doktor, was hör' ich! Der Delinquent eine Gräte geschluckt! Bitte die Gräte ... die Gräte ...“

„Gleich! Gleich! Ich führe soeben den Grätenfänger ein!“

„Ja! Also ...“

Es folgte ein Augenblick höchster Spannung. Endlich kam der Grätenfänger wieder ans Tageslicht.

„Also, Herr Doktor! Die Gräte ... wo ist die Gräte?“

Der Arzt besah sich den leeren Grätenfänger und meinte dann, kaltblütig auf Jörgs Hals deutend:

„Da drinnen!“

„Um Gottes willen,“ stöhnte der Direktor. „Meine Stellung, das ist ja furchtbar ... die Gräte.“

Der Doktor ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Er ging mit dem Grätenfänger ein und aus, aus und ein.

Schon eilte der Präsident herbei. Man hatte den alten Herrn aus dem Schlafe geklopft. Dann der Vizepräsident und der Staatsanwalt. Beide in höchster Aufregung.

„Schöne Geschichten das! Herr Doktor, die Gräte ... die Gräte ... die verdammte Fischgräte,“ schnaubten sie.

„Ein wenig Geduld, meine Herren! Sie steckt halt an einer etwas schwer zugänglichen Stelle! Gehe soeben wieder mit dem Grätenfänger ein!“

„Ja ... also ...“

Der Arzt hatte kaum das Instrument aus dem Hals zurückgezogen, da wurde er auch schon umringt und umtobt:

„Herr Doktor, die Gräte ... die Gräte ... wo ist die verfluchte Fischgräte?“

Der Arzt untersuchte den Grätenfänger und deutete dann mit bewunderungswürdiger Seelenruhe auf Jörgs Hals:

Mit Unrecht. Ihre Furcht ist nur die Form, worin Ihre große Schuld gegenüber der ausgebeuteten Volksmasse ihnen zum Bewußtsein kommt. Jedermann, der die Wirklichkeit selbst ins Auge faßt, der über Wesen und Grundlage der heutigen Kultur einen Augenblick nachdenkt und die Entwicklungsgeetze der Welt betrachtet, kann leicht sehen, daß für irgendwelche Furcht nicht der leiseste Grund besteht. Diese rohen, zerkümmerten, ungebildeten und verachteten Proletarier, sie sind in Wirklichkeit die Träger einer höheren Kultur.

Nicht, weil sie innerlich eigentlich gebildeter und zivilisierter sind als die herrschenden Klassen und deshalb eine höhere Kultur erstreben. Sie sind aus eigenem Interesse, um ihre unerträgliche Not zu beseitigen, erzwungen, eine neue Produktionsweise zu erkämpfen. Und diese neue Wirtschaftsordnung bedeutet die Erhebung der Menschheit auf eine höhere Kulturstufe. So erklärt sich der scheinbare Widerspruch — der die Furcht vieler gebildeter Menschen vor dem Sozialismus erklärt — daß gerade diejenige Klasse der Menschheit dazu bestimmt ist, eine höhere Kulturstufe zu bringen, die von aller Kultur fast ausgeschlossen ist. Der Sozialismus ist eine materielle Notwendigkeit für die Arbeitermasse, um dem unleidlichen Druck der Ausbeutung zu entkommen. Und eine vorurteillose Betrachtung der sozialistischen Wirtschaftsordnung ergibt von selbst, in welcher Hinsicht und wodurch sie an Kultur die heutige Gesellschaft turmhoch überragt.

Wenn die Aenderung auch in nichts anderem bestünde, als daß Not und Armut der Massen durch die höhere Ergiebigkeit der organisierten Arbeit und durch die Beseitigung der Ausbeutung durch das Kapital verschwinden, so bedeutete das allein schon einen enormen Unterschied. Denn dadurch würde die heutige Kultur, die jetzt Privilegium einer kleinen Gruppe ist, dem ganzen Volke zugänglich gemacht. Kultur, Bildung, Entwicklung und Betätigung des Geistes mit Wissenschaft und Kunst ist nur möglich, wo freie Zeit und materielle Lebenssicherheit vorhanden sind. Ein hungriger Magen und ein vor Müdigkeit zernüchterter Kopf kümmern sich nicht um sie. Der Sozialismus bedeutet, daß zum erstenmal der ganzen Volksmasse der Weg zur Kultur erschlossen wird.

Darin liegt aber zugleich eine herbe Kritik der heutigen, angeblich bedrohten Kultur der Menschheit. Sie ist nur die Kultur einer kleinen Gruppe und daher unkultürlich. Wer kennt nicht die Geschichte jenes feingebildeten Sklavenshalters, der sich an schönen Kunstzeugnissen entzückte, während zugleich das Angstgeschrei eines zu Tode gepeinigten Negerknechts in seine Ohren gellte? Sie ist ein Bild der ganzen heutigen bürgerlichen Kultur. Diejenigen, die sich mit schönem Luxus umgeben und sich ihrer Kultur rühmen, während sie an der Armut, dem Schmutz, dem Elend, der Verzweiflung, den Leiden ihrer Mitmenschen neben sich gleichgültig vorbeigehen, zeigen damit eine Gemütsroheit, eine innere Barbarei, die unserer ganzen gepriesenen Kultur den Stempel oberflächlichen Hintersinnigkeits aufdrückt. Und wenn sie auch damit zu entschuldigen sind, daß es heute nicht anders möglich ist, so fehlt ihnen doch alles Recht, jetzt zum Kampfe für diese „Kultur“ gegen den Sozialismus, der eine wirkliche Kultur bringen wird, aufzurufen.

Die sozialistische Kultur unterscheidet sich von der bürgerlichen nicht nur dadurch, daß sie allgemein ist, sondern ihr innerer Gehalt ist auch anders. Sie stellt den Menschen in ein ganz neues Verhältnis zu der Natur und seinen äußeren Lebensbedingungen sowie zu seinen Mitmenschen.

Stolz nennt der Mensch sich Herr der Welt. Aber er ist es nur der Möglichkeit nach, noch nicht in Wirk-

lichkeit. Dieser arme Weltknecht ist noch nicht einmal seiner Existenz sicher; wenn nicht die Not von heute, so macht die Sorge für morgen, die Unsicherheit der Zukunft den Kampf ums nackte Dasein, den elementarsten Selbst-erhaltungsbetrieb zur alles beherrschenden Leidenschaft. Und sie treibt den Menschen wie besinnungslos fort, seine schwächeren Mitmenschen schonungslos niedertretend. Wie ein Tier muß der Stolz um seinen Lebensunterhalt ringen; den selbstgeschaffenen Gewalten der Gesellschaften steht er machtlos gegenüber. Zwar verfügt er über Wissenschaft, die ihm alle Naturkräfte dienstbar macht und ihm gestattet, Ueberfluß für alle zu produzieren; aber er hat die dazu nötige Organisation noch nicht gefunden, und daher wirkt seine technische Macht vor allem zerstörend. Diese Organisation schafft der Sozialismus. Der Sozialismus macht die Produktion alles zum Lebenden Notwendigen zu einer bewußten organisierten Anwendung der Wissenschaft, so wie heute die Produktion innerhalb einer Fabrik mit Bewußtsein zweckmäßig gestaltet wird. Damit wird allen Mitgliedern der Gesellschaft die Existenz gesichert; aus tierischen Daseinsbedingungen tritt der Mensch in wahrhaft menschliche über. Mit der Beseitigung von Not und Sorge fällt ein bleierner, das Gehirn zusammenschmürender Druck von seinem Geiste weg, der ihn verhindert, frei zu denken. Stolz und frei hebt er seinen Kopf; jetzt ist er wirklich Herr der Erde. Und damit fängt eine fortschreitende rasche Entwicklung seines Wissens und Könnens an, an der alle teilnehmen und die seine Meisterschaft über die Natur in ungeahnter Weise emporkühnen wird.

Dieser Umchwung bringt zugleich ein ganz neues Verhältnis der Menschen zu einander mit sich. Jetzt muß jeder den Kampf um sein Einzeldasein gegen alle anderen führen; das Gemeinheitsgefühl, die Moral, wird überwuchert durch die Notwendigkeit, dem Gebot des Egoismus, der Selbsterhaltung zu gehorchen. Die Menschen stehen als Konkurrenten, als Feinde einander gegenüber: sie müssen gegen das Leid ihrer Mitmenschen gleichgültig sein, weil sie es selbst im Kampfe für die eigene Existenz verursachen müssen. Der Sozialismus macht das ganze Volk zu einer Einheit, zu einer Arbeitsorganisation, deren Mitglieder nicht mehr durch gegensätzliche Interessen getrennt werden. Die Interessengemeinschaft, die Solidarität, die enge Zusammengehörigkeit, die bis jetzt nur in kleineren Gruppen, in Stämmen, Völkern, Klassen vorhanden war, wird dann die ganze Menschheit umfassen. Was das Christentum predigte und die Besten der Menschheit erstrebten, ohne es verwirklichen zu können, die Brüderlichkeit aller Menschen, wird in der sozialistischen Wirtschaftsordnung zur Wirklichkeit.

In der erschreckendsten Weise tritt der Mangel an Weltorganisation in dem Gegensatz der Staaten, in der Kriegsgeschichte, auf. Jede Bourgeoisie steht den anderen mit allen Mordwerkzeugen bewaffnet gegenüber und denkt nur an Weltmacht, Eroberungen und brutale Unterdrückung anderer Völker. Während sie in den Kirchen mit dem Munde singt: Frieden auf Erden, denkt sie im Herzen: die Friedensdummelei ist Unsinn. Demgegenüber bedeutet der Sozialismus den Weltfrieden, die Vereinigung aller Nationen zu einer Weltorganisation der Menschheit, die allein instand ist, die geordneten Aufgaben der Weiterentwicklung der Welt durchzuführen.

So verblaßt alles, was man heute Kultur nennt, gegen die Charakterzüge der kommenden sozialistischen Weltkultur wie eine rohe verächtliche Barbarei. Die gewaltigen Klassenkämpfe, die jetzt die zivilisierten Staaten durchziehen, sind nur die Vorboten und der Anfang der großen Weltrevolution, welche die Menschheit zu jener

neuen Periode wahrhaft menschlicher Gesittung hinführen wird. In dem vielgeschmähten revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung sind die hohen Ziele verkörpert, welche die Menschheit zur höchsten Kultur emporheben werden.

## Die Magazin Arbeiter der k. k. Staatsbahnen und ihre Arbeitszeiten.

Vor 16 Jahren haben die Magazin Arbeiter der k. k. Staatsbahnen durch festen Anschluß an die Organisation einen großen Erfolg errungen: die Abschaffung des Affords. Denn der Afford hatte diese Arbeiter bereits auf den letzten Rest ihrer Kräfte heruntergebracht, ja die durch den Afford aufgewucherten Kräfte hatten bei ihrem Ausbruch die verschiedensten Krankheiten zur Folge gehabt, so zwar, daß bei einem Großteil der Magazin Arbeiter die furchtbare Verheerung sich in einen frühzeitigen Tod wandelte. Kraftstrokende Männer beim Eintritt ins Magazin, haben sie nach einer kurzen Zeit das Magazin als sieche, dem Tode verfallene Kranke verlassen, unsägliches Elend in ihre Familien bringend, von welchem Elend keine Erholungsmöglichkeit mehr gegeben war. Man müßte, das Zerrbild der damaligen Magazin Arbeiter aufzuzeigen, die damaligen Affordverhältnisse bis in ihre kleinsten Details schildern, um zu ermessen, wie ein so mächtiger, die ganze Kraft der Afford Arbeiter zerstörender Niederschlag eintreten konnte, wenn nicht noch heutigen Tages auf ebensolche Verhältnisse bei der Südbahn, bei den Subaffordanten, beispielsweise in Magleinsdorf, in derselben abschreckenden Form verwiesen werden könnte\*), wobei zu bemerken ist, daß hier die k. k. privilegierte Südbahn Gesellschaft nicht etwa allein zu nennen ist, wo solche Verhältnisse herrschen, sondern daß auch bei den neu verstaatlichten Bahnen derart trasse Zustände zu verzeichnen sind\*\*).

Angesichts der nun geschilderten trostlosen Lage der Magazin Arbeiter von damals konnte sich die Staatsbahnverwaltung für die soziale Tat, in die Abschaffung des Affords über Drängen unserer Organisation eingewilligt und auch durchgeführt zu haben, wahrhaftig vieles zugute tun, und zwar in ungleich höherem und berechtigteren Maße als dies die k. k. Staatsbahnverwaltung heute tut, die mit Hilfe des Reichsbundes der deutschen Eisenbahner neuerdings die Einführung des Affords propagiert, um das Affordsystem als das echte und reiche Gold des Verdienstes verlockend zu preisen, wohl wissend, daß erfahrungsgemäß das Affordsystem nur als das Flittergold des Elendes, des scheußlichsten Niederganges der Arbeiterschaft, ja des Arbeitermordes gelten kann\*\*\*).

Die Abschaffung des Affords konnte die beronten Verhältnisse der Arbeiter wieder aufrichten, insbesondere dadurch, daß man den Magazin Arbeitern eine den dama-

\*) Diese Subaffordanten beim Holz arbeiten von 5 Uhr früh ununterbrochen bis 8 und 9 Uhr abends und jeden Sonn- und Feiertag ebenso lang, um nur jene Summe ins Feld zu bringen, um ihre Familien über Wasser zu halten. Dieser Kategorie der Affordanten hat sich bereits die Verzweiflung bemächtigt.

\*\*\*) Hier möchten wir heute nur Jglau nennen, wo die Afford Arbeiter bittere Klagen führen, daß sie sich überarbeiten müssen, um nur halbwegs ihr Leben fristen zu können.

\*) Man lese die in den letzten „Folgen“ des Deutschen Eisenbahner geschriebenen Artikel, die beglückwünschend für den Afford eintreten und dem Unternehmer nur einen idealen Gewinn zumuten.

„Da drinnen!“  
Der Direktor wimmerte; der Präsident wachte sich den Angstschweiß von der Stirn; der Staatsanwalt starrte mit hochgezogenen Brauen den Grätenfänger an. Sein scharfes Auge mußte drin etwas Ungehöriges entdeckt haben.

„An diesem Stäbchen war soeben noch ein Schwämmchen dran!“ stankerte er den Doktor an. „Wo ist jetzt auf einmal das Schwämmchen hingekommen?“

„Auch da drinnen!“ lächelte trüb der Doktor und förderte nun wenigstens das Schwämmchen aus Jörgs Nachen zutage. Er kannte diese Grätenfänger zur Genüge.

Jörgs Nachenschleimhaut begann zu schwellen. Die Aufregung wuchs.

„Da gibt es kein langes Bestimmen. Ein Spezialist muß her! Rasch! Nur rasch! Kostet es, was es kostet!“

Der Spezialist kam mit einer riesigen Instrumententasche herangerast.

„Herr Dozent ... wir sind in Verzweiflung ... die Gräte ... die Gräte ...“

Um den Spezialisten herum lagerte ein dichter Dunstkreis von Zuversicht und Selbstvertrauen.

Aber, meine Herren!“ tröstete er nach allen Seiten.

„Seien Sie heiter, seien Sie fröhlich! Es wird alles gut! Ich bin ja da! Ich, der erste Spezialist für Kehlkopf, Hals und so weiter! Bin schon da!“

Aus den Tiefen der Niesentasche wurden die Instrumente hervorgeholt und reihenweise auf dem Tisch ausgebreitet. Er führte ganz andere Sonden als sein Kollege, ganz anders konstruierte Spiegel und vor allem viel höher entwickelte Grätenfänger. Er mochte auch ungleich raffiniertere, kompliziertere Handgriffe. Die Gräte bekam er zwar auch nicht aus der Schleimhaut heraus, aber die kühne Art und Weise, wie er sich durch anderthalb Stunden hindurch unter den Verzweiflungsrufen der Gerichtsherren drinnen ließ, war schon an und für sich ein technisches Meisterstück und wirkte übermächtig.

Endlich zog sich Jörgs böshafte Nachenschleimhaut vollends über die Gräte zusammen und entrückte sie so allen Späherblicken.

„Kalte Umschläge! Rasch!“

Jörgs Schleimhaut schwoll, der Atem ging schwer. Die Uhr schlug Mitternacht, schlug eins.

„Eisumschläge! Rasch! Rasch!“

Jörgs Schleimhaut schwoll. Der Atem ging pfeifend.

Die Uhr schlug zwei, drei.

„Der arme Mann muß Luft bekommen ... kostet es, was es kostet!“ schrie der Präsident und raufte sich die Haare.

„Ein Professor muß her!“ befahl der Staatsanwalt. „It auf der Stelle vorzuführen!“

Der Professor kam selbstverständlich ohne Instrumente und befiel, wie es bei Professoren so üblich, die Hände in den Hosentaschen. Er sprach die Ärzte böshaft lächelnd mit den Worten St. Petri an:

„Die ganze Nacht gearbeitet und nichts gefangen, was, meine lieben Herren Kollegen?“

„Entschuldigen, Herr Professor,“ wollte der bewegliche Spezialist scharf erwidern, doch jener unterbrach ihn in jovialstem, bittendem Tone:

„Lieber Kollege! Sehen Sie, lassen Sie den Professor weg! Tun Sie mir den Gefallen, ja? Schauen Sie, ich geb' nichts auf solche Neuzerlichkeiten!“

Dann wendete er sich zu dem kranken Jörg.

„Der Mann ringt nach Luft! Sehen die Herren Kollegen diese Chnase ... diese inspiratorischen Einziehungen ...“

„Was Sie sehen, sehe ich auch, Herr Professor!“ erwiderte der Spezialist gereizt über diesen Kathederton. „Ich seh' überhaupt alles und noch mehr!“

„Geh'n Sie, lassen Sie den Professor weg,“ hat dieser wieder in jovialstem Tone und erklärte dann weiter: „Da gib't kein Bestimmen, meine Herren Kollegen ... oedema glottidis ... Da ist sofort der Luftröhrenschnitt vorzunehmen, verstehen Sie ...“

Der Spezialist lächelte noch, aber in seinem Gesicht leuchtete und sprühte die helle Wut.

„Gewiß versteh' ich! Gewiß! Gewiß! Zufällig habe ich sogar schon meine Instrumente für die Operation vorbereitet! Also ich danke gütigst für Ihre Belehrung! Wir sind hier nicht auf Ihrer Klinik!“

Dieser Ton empörte nun wieder seinerseits den Professor.

„Herr Spezialist,“ replizierte er scharfsten. „Ich denke, Sie dürfen schon noch ein Wort annehmen von einem Professor, der ...“

Da unterbrachen aber der Spezialist und der Gefangenearzt, wie aus einem Munde, den Professor in jovialstem, bittendem Tone:

„Geh'n Sie, lassen Sie den Professor weg! Tun Sie uns doch den Gefallen ... ja? Schauen Sie, wir geben eben nichts auf solche Neuzerlichkeiten!“

Der leuchtende Jörg wurde rasch zurechtgelegt. Der Spezialist war in seinem Element. Seine Haare jraubig sich vor Wichtigkeit. Im Nu hatte er sich des Nocks entledigt und die Hemdärmel aufgestülpt. Er entwickelte in der Aus-

führung der Operation eine Geschicklichkeit und Fügigkeit ohnegleichen. Und dabei fand er noch Zeit, den Professor mehreremal mit dem Ellbogen äußerst sanft und elegant beiseite zu schieben.

„Wenn mir der Herr Professor ein wenig Raum lassen möchten ... so, danke. Genügt schon!“

Auf eins, zwei hatte der Jörg den Luftröhrenschnitt appliziert, und auf drei sah ihm die Kamille bereits tadellos im Röhrenschlitz. Pfeifend strömte die Luft ein. Nun mochte über dem Kehlkopfingang die Schleimhaut schwellen wie sie wollte; der Jörg atmete frank und frei durch die Kamille. Rasch war die Chnase verschwunden.

„Gott sei gelobt! Der Mann hat Luft bekommen,“ jubelte der Präsident. Der Direktor weinte Freudentränen. Stiegen auf und nieder, durch alle Korridore hallte die frohe Kunde: „Der Mann hat Luft bekommen!“

Sogar der ewig dräuende Staatsanwalt sah nun verjöhlich drein und senkte auf einen Augenblick mildbewegigt die hochgezogenen Brauen.

Nun ging nach dem Befinden des Jörg Tag für Tag ein Gefrage los; ein hoher Gerichtsfunktionär nach dem anderen kam vorgeschoben:

„Wie geht es ihm? Was macht er? Hat er Fieber? Hat er eine gute Nacht gehabt? Wie steht es mit dem Appetit?“

Der Arzt vermochte kaum mit den auf ihn einstürmenden Fragen fertig zu werden. Solange die Welt steht, hat man sich noch niemals so eindringlich um das Befinden eines Kranken so niederer Sphäre erkundigt. Ja, wenn halt einmal hohe Herren menschenfreundliche Zustände bekommen, dann tun sie gewiß des Guten zu viel!

„Herr Doktor, schreitet die Besserung fort?“ fragt der Präsident; und der Staatsanwalt mit inquisitorisch hochgezogenen Brauen: „Sagen Sie mir, Herr Zeuge ... will sagen, Herr Doktor, wie lange kann es dauern, bis wir den Patienten endgültig heraushaben?“

Und der Vizepräsident scheint ein sogenannter „guter“ Richter zu sein, scharfte dem Arzte ein: „Herr Doktor, sorgen Sie ja dafür, daß der Mann ordentlich herausgefüttert wird ... erstklassige Verpflegung natürlich ... Kraftbrühen ... gute Weine, damit wir ihn möglichst bald wieder auf die Beine bringen! Es kostet, was es kostet!“

Eine von Jörgs Wärterinnen, die beim Verbandwechsel zu assistieren pflegte und sich dabei einmal eines kleinen Besehens gegen die Regeln der Antiseptik schuldig machte, wurde auf der Stelle entlassen. Umsonst war ihr Bitten und Flehen. „Gehen Sie, Frau! Da hilft kein Bitten, wo es um

ligen Zeiten entsprechende Arbeits- und Ruhezeit vorschrieb. Diefelbe bestand folgendermaßen: An Wochentagen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags; bis 1/2 Uhr Mittagspause; von 1/2 Uhr bis 1/2 Uhr abends mit dem Zugeständnis je einer Viertelstunde Zwischenpause. Allerdings oktroierte man ihnen auf, auch an Sonn- und Feiertagen bis Mittag zu arbeiten. Die Magazinarbeiter in Wien I erhielten sodann später vier turnusmäßige freie und bezahlte Tage im Jahre, um sich (wie einsehlichvoll!) von ihrem anstrengenden Dienste einigermaßen erholen zu können, und folgte diesen freien Tagen noch ein neuerliches Zugeständnis, daß an allen Doppelfeiertagen der zweite Feiertag als ebensolcher freie und bezahlte Tag zu gelten habe.

Man muß sagen, daß die obligatorische Sonntagsvormittagsarbeit im Gesetz nicht begründet ist; im Gegenteil — die Eisenbahn hat, dem Gesetz Rechnung tragend, die Sonntagsruhe eingeführt und nur dort, wo der exekutive Dienst durch die Sonntagsruhe Gefahr laufen würde, haben die Bestimmungen des Gesetzes über die Sonntagsruhe keine Anwendung. Aber die Arbeiten im Magazin können eine Beeinträchtigung des Sonntagsverkehrs nicht herbeiführen und müßte darum die Sonntagsruhe bei den Magazinarbeitern vollständig zur Geltung kommen. Man hat deshalb den Magazinarbeitern die Arbeit am Sonntagsvormittag doppelt bezahlt, um einerseits den Widerspruch zu rechtfertigen, andererseits die Arbeiter für die Sonntagsarbeit zu fördern. Und die Arbeiter setzten alles mögliche daran, um den Anforderungen der Staatsbahnverwaltung gerecht zu werden.

Aber die Staatsbahnverwaltung ist nicht konsequent. Einmal zeigt sie Einsicht und Fürsorge auf, dann nimmt sie mit Tausend Händen mehr zurück, als sie mit zwei Fingern gegeben hat. Man verlangte von den Arbeitern, daß sie an Wochentagen länger als bis halb 7 Uhr abends arbeiten sollen und so wurde die Arbeitszeit sukzessive ausgedehnt bis 7, 8, 9, ja sogar bis 10 und 11 Uhr nachts, ohne dafür nur einen Heller zu bezahlen. Man verlangte, daß die Arbeiter statt um 7 Uhr früh schon um 6 Uhr früh kommen sollen und hat auch hierfür nichts bezahlt. Und nicht genug an all diesen unverschämten Anordnungen, erließen am 6. Juli 1912 folgender Erlaß der k. k. Staatsbahndirektion Wien:

An das gesamte Magazinpersonal und Magazinarbeiter. Unterzeichnender Erlaß der k. k. Staatsbahndirektion. Allgemeine Kenntnisnahme und Bestätigung.

Erlaß k. k. St. W. Zahl 2184/1-III.

An das k. k. Bahnbetriebsamt in Wien, Westbahnhof. Wegen die Verwendung von in anderen Magazinen verfügbaren Arbeitskräften bei der Frachtaufgabe an Sonn- und Feiertagen wird im allgemeinen keine Einwendung erhoben. Durch diesen Vorgang darf jedoch die Abwicklung des Geschäftes in den anderen Magazinen in keiner Weise ungünstig beeinflusst werden.

Falls die um 12 Uhr mittags an Sonn- und Feiertagen in den Frachtaufgabemagazinen vorhandenen Reste an Frachtgut vorwiegend in einer Stunde aufgearbeitet werden können, so ist die Arbeit bis zur Beendigung über 12 Uhr mittags hinaus ausgedehnt.

Wenn aber zur Bewältigung des Restes augenscheinlich ein größerer Zeitraum als eine Stunde erforderlich sein sollte, ist die Arbeit um 12 Uhr mittags zu unterbrechen und um halb 2 Uhr nachmittags bis zur vollständigen Aufarbeitung der Reste wieder aufzunehmen.

Die Verlegung der Gesamtarbeitszeit in allen Magazinen mit Ausnahme der Postexpedition auf die Zeit von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von halb 2 Uhr bis halb 7 Uhr abends unter Einvernehmung der viertelstündigen Frühstücks-, beziehungsweise Zwischenpause wird gemäß § 5 (4) der Arbeitsordnung genehmigt.

Von dieser Verfügung ist das gesamte Magazinpersonal nachweislich zu verständigen.

Wien, am 6. Juli 1912.

Der k. k. Staatsbahndirektor: Kolisko m. p.

Menschenleben geht! Denken Sie nur, wenn durch Ihre Nachlässigkeit Jörgs Halswunde in Eiterung überginge, und der Mann daran stirbt!... Entsetzlich... der Gedanke ist nicht auszudenken! Sehen Sie, Frau, gehen Sie... Sie sind entlassen!

Al nach wenigen Tagen die kleine Halswunde geheilt war, machte man sich sogar an die Massage der Narbe.

Und als sich der Jörg endlich infolge der aufopferndsten Pflege bei Tag und bei Nacht so pudelwohl und kerngesund fühlte, wie noch nie in seinem Leben, da wurde er eines Morgens, präzise um 7 Uhr, zu einem kleinen Spaziergang eingeladen.

Nicht weit, hieß es. Nur die paar Schritte über den Korridor, vier bis sechs Stufen hinunter und dann durch ein kleines Türchen hinaus in den kleinen, dreieckigen Galgenhof. Dort wurde der Jörg bereits feierlich erwartet. Sie waren alle da, die kürzlich über seine verletzten Luftwege in so aufrichtige Verzweiflung geraten waren. Auch der Präsident. Der schob nun feierlich den Delinquenten einem schwarzgekleideten Herrn zu; es war derselbe, den der Jörg gelegentlich seines Besuches mit der törichtigen Frage: „Herr, Sie sind für mich Lust!“ so unfreundlich abgetan hatte.

Damals, als dem Jörg die Fischgräte im Hals steckten, hatte der Präsident verzweiflungsvoll ausgerufen: „Der arme Mann muß Lust bekommen... es koste, was es koste!“

Und jetzt schaffte er: „Der Mann da, darf keine Lust bekommen! Balten Sie ihres Amtes!“

Der Jörg schüttelte nur den Kopf, als ob er manche Dinge ganz und gar nicht verstünde.

Und der Scharfrichter tat, wie ihm geheißenen. Das Luftentziehen war so kein Lebensberuf.

Der anwesende Gefängnisarzt untersuchte den baumelnden Jörg zweimal, als ob er nicht wüßte, was ihm fehlte; aber er schnitt ihm nicht vom Strick, sondern ärgerte sich, daß das Herz nicht und nicht aufhören wollte, zu schlagen. Ein merkwürdiger Arzt... nicht wahr?

Hernach, als alles gut vorüber war, betete der Anstaltsgeistliche — mit Ausnahme der Philosophen, waren sämtliche Fakultäten offiziell im Galgenhof vertreten — das übliche Vaterunser. Und als er zu der Stelle kam: Vergib uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern, da gab es dem Jörg, obwohl er schon ganz tot war, noch einen Miß.

Die Honorarforderung des Halsspezialisten für den erfolgreichen Lufttröhrenschnitt und die submissivste Rechnung des Scharfrichters für die von Amtswegen durchgeführte Luftentziehung liefen gleichzeitig bei einem hohen Präsidio ein, und wurden auch beide unter einem prompt liquidiert.

In diesem Erlaß werden nun die Magazinarbeiter aufgefordert, auch den ganzen Sonntag, wie an jedem Wochentag zu arbeiten, insofern so viele „Reste“ (!) vorhanden sind. Daß diese „Reste“ so groß sein werden, die Arbeiter solange als möglich zu beschäftigen, dafür wird die Dienststelle sicherlich sorgen. Diese Voraussetzung und die gräßlichen Erfahrungen, die die Arbeiter von solchen „Maßnahmen“ bezeugen und hegen, brachten die Magazinarbeiter in die heftigste Erregung. Im Magazin in Brigittenau kam es sogar zu einer spontanen Arbeitsniederlegung sämtlicher Magazinarbeiter. In drei großen Magazinarbeiterversammlungen legten die Arbeiter ihren Willen in Bezug auf die angeordnete Sonntagsarbeit in folgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde, nieder:

Resolution.

Die Magazinarbeiter des Bahnbetriebsamtes Ruzdorf, die sich heute am 17. Juli 1912 in Herrn Bürzelmayers Restauration (Heiligenstadt) vollzählig versammelten, sprechen einstimmig und unumwunden aus, daß sie dem Verlangen der k. k. Staatsbahndirektion Wien, auch an Sonntag- und Feiertagsnachmittagen zu arbeiten, nicht entsprechen können, weil sie sich wenigstens diesen einen halben Tag der Woche von den Strapazen der Arbeit ausruhen wollen. Sie fassen diese Entscheidung nur des klaren Umstandes wegen, weil sie durch die intensive Arbeitsleistung der ganzen Woche vollständig übermüdet sind. Sie ersuchen die Zentrale, sofort in diesem Sinne bei der k. k. Staatsbahndirektion zu intervenieren.

Der Erlaß der Staatsbahndirektion Wien zeigt klar und deutlich die Richtung auf, wie fernerhin die Staatsbahnverwaltung als Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber treten will. Mit aller Macht wird dahin gestrebt, die Löhne zu reduzieren, die eingeführten Zulagen als Konkurrenzmittel unter die Arbeiter zu werfen, um die Höhe der Zulagen so schwankend als möglich zu gestalten; die Arbeitszeiten werden so weit als möglich ausgedehnt, die bezahlten freien Tage gestrichen, die Ruhezeiten eingeschränkt, die Turnusse verkleinert. Das verwerfliche System „des Angebots und der Nachfrage“ wird ausbeutet zur schmachlichsten Lohnhinderung und der Wille zur Einführung und Durchsetzung des Affordsystems schleicht sich um die Arbeiter in Gestalt des Wohlwollens und der Fürsorge herum, großen und reichen Verdienst verheißend. So soll für die Eisenbahner wieder die Zeit der Duamauerei hereinbrechen und von ferne winkt den besonnenen Arbeitern heute schon die hohnlächelnde Frage des Hungers und des Elends. Fürchtbar sind die Mittel, mit welchen die Eisenbahner niedergehalten werden sollen, um sie völlig zu verflaven!

Man vergesse jedoch nicht, daß die Staatsbahnverwaltung gegenüber ihren Arbeitern nicht bloß als der bloße Unternehmer zu fungieren hat, denn die Staatsbahnverwaltung, die durch Entsendung ressortgemäß auch teilnimmt an den Regierungsgeschäften, hat deshalb ihre Bediensteten und Arbeiter auch als Staatsbürger zu betrachten und sich für diese in ebensolchem Maße einzusetzen, wie dies die gesamten Staatsbürger zum Wohle des Staates und der Nation von der Gesamtregierung fordern. Der Niedergang eines Teiles der Arbeiterchaft des Staates muß für alle Staatsbürger von außerordentlich hoher Wichtigkeit sein und die Gesamtheit der Staatsbürger ist auf das strengste verpflichtet, darüber zu wachen, daß an der Macht und Kraft, an dem Wohl und Wehe jedes einzelnen Staatsbürgers kein Abbruch geschehe. Aber die Weisheit der Regierung müßte, falls ihre Richtlinie sich innerhalb solcher gegogener Grenzen gefornt haben, darin bestehen, daß an ihrer tüchtigen Führung selbst der Verrat einer Mehrheit zusehender werden muß, wenn ein solcher an einem Teil der Staatsbürger zu verüben versucht werden sollte!

F. S.

Vom Lebensmittelmagazin der k. k. Nordbahn.

Zu den bei den österreichischen Eisenbahnen für die Bediensteten errichteten Wohlfahrtsinstitutionen werden auch die Lebensmittelmagazine gezählt, welche den Zweck haben, den Bediensteten und Arbeitern billige und qualitativ bessere Nahrungsmittel zu vermitteln, um auf diese Weise den Ausfall, welcher durch die verhältnismäßig geringere Besoldung in der Lebenshaltung der Eisenbahnerfamilien entsteht, wenigstens zum Teil auszugleichen. Diese Wohlfahrtsinstitutionen sind berufen, analog den auf genossenschaftlicher Basis beruhenden Arbeiter-Konsumvereinen, die Eisenbahnbediensteten wirtschaftlich selbständig zu machen und sich von der Ausbeutung der Lebensmittelwucherer zu emanzipieren.

Um diesen Zweck zu erreichen, sind sie mit verschiedenen Benefizien ausgestattet, wie Frachtermäßigungen, Beistellung von kostenfreien Magazins- und Manipulationsräumen etc. etc.

Derzeit bestehen bei den österreichischen Eisenbahnen zweierlei Arten von Lebensmittelmagazinen, und zwar bei den k. k. Staatsbahnen auf genossenschaftlicher Grundlage beruhende und unter Aufsicht der Staatsbahndirektion beziehungsweise Eisenbahnministerium stehende und in der Verwaltung der Bahnerverwaltung selbst geführte Lebensmittelmagazine. Einigen dieser Institute steht ein aus den Kreisen der Konsumenten gewählter Ausschuss zur Seite, während einige lediglich von seitens der Direktion ernannten Organen verwaltet werden. Zu den ersteren gehören die Lebensmittelmagazine der k. k. Nordbahn, k. k. Nordwestbahn, zu den letzteren die der k. k. Staatsbahnen und der Südbahn. Durch die Bemühungen der Organisation ist es gelungen, daß die Südbahn seit 1. Jänner 1911 den Konsumenten die paritätische Vertretung in der Verwaltung gewährt hat.

Diese Wohlfahrtsinstitutionen haben sich zum großen Teil redlich bemüht, den in sie gesetzten Hoffnungen zu entsprechen und es ist auch erfreulicherweise gelungen; und deswegen haben sich diese Institute den Haß der Kaufleute und mit ihnen in Verbindung stehenden Händler und Kapitalisten zugezogen, wie dies vor kurzer Zeit in Mährisch-Osttrau so spontan aufzage getreten ist. Ein Zeichen, daß sie ihre Aufgaben erfüllen.

Dies vorausgeschickt, wollen wir uns heute lediglich mit dem Lebensmittelmagazin der k. k. Nordbahn beschäfti-

gen, welches, von Zeitlees begründet, nunmehr nach der Verstaatlichung in die Verwaltung der Staatsbahnverwaltung übergegangen ist. Dieses Institut ist das denkbar rüchständigste, wenn auch zum Schein die demokratische Einrichtung eines Lokalüberwachungs- und eines Zentralausschusses besteht, die aber gar keinen Wirkungskreis haben, sondern lediglich als Ausputz dienen.

Die Verwaltung dieses Instituts ruht nach dem seinerzeit erlassenen Reglement in den Händen eines Komitees, welches aus einem Obmann und zwei Mitgliedern besteht. Laut § 14 dieses Reglements werden die Mitglieder dieses Komitees von der Nordbahndirektion auf die Dauer von drei Jahren ernannt, können aber jederzeit von der Direktion abberufen werden. Diese Bestimmung sagt alles! Um sich in diesen gutdotierten Posten zu erhalten, sinken diese Herren zu willenlosen Werkzeugen der Direktion herab, denen mehr die Intentionen dieser Behörde als das Interesse des Instituts am Herzen liegen. In die Hände dieses Komitees sind wichtige Funktionen gelegt; nicht nur die Ueberwachung aller Geschäftszweige und Prüfung der Rechnungen, sondern vornehmlich der ganze Einkauf der Waren unter Mitwirkung des Verwalters, Aufnahme von Mitgliedern, Aufnahme des im Taglohn stehenden Hilfs-personals und die Festsetzung seiner Bezüge, sofern das Taggeld 3 Kr. nicht übersteigt, Befragung und Entlassung des aufgenommenen Personals etc. etc. Die Aufnahme des im Gehaltsbezug stehenden Personals sowie des gegen Taggeld verwendeten Personals, sofern das Taggeld 3 Kr. übersteigt, obliegt der Direktion.

Das Komitee wird für seine Mithaltung honoriert und bekommt der Obmann eine Funktionsgebühr von 2000 Kr., die beiden anderen Mitglieder je 1200 Kr. Es ist erklärlich, daß die Herren Komiteetere, die dem Kreise höherer aktiver Beamten entnommen werden, um Gefallen vor den Augen der Direktion zu finden, alles amenden, um sich in ihren Stellungen zu erhalten; ob es im Interesse des Instituts geschieht, bleibt dahingestellt.

Dagegen ist dem Lokalüberwachungs- und dem Zentralausschuss fast gar kein Wirkungskreis eingeräumt, sie haben nur den „äußeren Dienst“ zu überwachen und die Beschwerden der Teilnehmer entgegenzunehmen und wahrgenommene Mängel dem Komitee zur Anzeige zu bringen. Der „äußere Dienst“ ist außer der Dienststunden, und zwar in Wien von 6 bis 8 Uhr morgens und von 4 bis 6 Uhr abends einzurichten; der Dienst der auswärtigen Lokalüberwachungsstellen (Prerau, Mährisch-Osttrau, Floridsdorf) ist, vorzugsweise in den Morgenstunden eine einmalige tägliche Dienstreise einzurichten. Der Zentralausschuss tritt regelmäßig einmal in jedem Jahr behufs Entgegennahme des jährlichen Geschäftsberichts, der Jahresbilanz, Beratung über Initiativanträge auf Verbesserung der Geschäftsführung (welche aber durch das Nachwort des Obmannes des Komitees gewöhnlich gleich in der Sitzung ad absurdum geführt werden) und „Begutachtung“ von Anträgen auf Aenderung des Reglements, welchen aber das gleiche Schicksal beschieden wird. Gegenwärtig ist der Obmann des Komitees der Inspektor der k. k. Nordbahn, Herr Mayer, der angeblich ein tüchtiger Bureaukrat sein soll, vom Geschäft aber nichts versteht.

Unsere Genossen, die in den Lokalüberwachungs-ausschüssen und im Zentralausschuss tätig sind, haben sich redliche Mühe gegeben — die Protokolle des Zentralausschusses geben Zeugnis hievon — um hier Wandel zu schaffen und das Institut auf die Höhe der Zeit zu bringen; doch alle Mühe umsonst, ihre Bemühungen scheitern an dem Widerstand des Komitees und dem Unverständnis (?) der Direktion.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß in der Zeit der allgemeinen Teuerung das mit fixen Bezügen angestellte Personal sowie die Arbeiter der k. k. Nordbahn dem Lebensmittelmagazin größeres Augenmerk zuwenden und die in der Verwaltung dieses Instituts herrschenden Zustände mit erhöhtem Interesse verfolgen, weil das Lebensmittelmagazin für jeden Angestellten und Arbeiter ein Faktor geworden ist, der nicht nur, wie schon erwähnt, dem Lebensmittelwucher eine Spize zu bieten, sondern auch bei Feststellung der Lebensmittelpreise als Preisregulator wirken soll und welches bei dem Umstand, als die Staatsbahnverwaltung dem Lebensmittelmagazin verschiedene Begünstigungen gewährt, dieser Aufgabe bei einer vollkommen einwandfreien Verwaltung gerecht werden könnte, hat der Zentralausschuss diesbezügliche Anträge auf paritätische Vertretung im Zentralausschuss dahingehend gestellt, daß vom Lokalüberwachungs-ausschuss zwei, von dem von Floridsdorf ein Mitglied für das Komitee delegiert werden, um an der Verwaltung des Instituts teilzunehmen. Dadurch soll bewirkt werden, daß die ganze Last der Geschäftsführung, welche gegenwärtig auf den Schultern des Verwalters liegt, ihm abgenommen wird; durch diesen Wunsch soll das Verdienst des jetzigen Verwalters in keiner Weise geschmälert werden, aber bei aller Anerkennung seiner hervorragenden Dienstleistung und der besonderen Mühe, welche der Verwalter für das Geschäft aufwendet, ist es unmöglich, daß eine einzige Person bei einem 5-Millionen-Unternehmen alles zu übersehen vermag.

Bei objektiver und wohlwollender Beurteilung dieser Sachlage hätte die Nordbahndirektion diesem Wunsch wohl nachkommen können, weil diese Einrichtung eine erhöhte Aufsicht und vermehrte Arbeitskraft und ein besonderes Interesse aller beteiligten Kreise schaffen würde, welche Eigenschaften der heutigen Verwaltung vollkommen abgehen.

Allem Anschein nach ist es der Nordbahndirektion gar nicht darum zu tun, das Lebensmittelmagazin zu einer Wohlfahrtsinstitution auszugestalten, sondern die unter Zeitlees eingeleitete Wirtschaft, welche das Lebensmittelmagazin zu einer Verpflegungsanstalt für eine Anzahl von Protektionskinder aus dem Beamtenkörper degradiert hat, fortbestehen zu lassen.

Nach Ansicht der Nordbahndirektion haben sich die Konsumenten um die Leitung des Lebensmittelmagazins gar nicht zu kümmern, für die Kosten der Verwaltung aufzukommen wird ihnen aber gnädigst gestattet. Und die Kosten sind wahrlich keine kleinen.

Sie betragen im Jahre 1909 320.000 Kr., im Jahre 1910 340.000 Kr. und im Jahre 1911 schon 362.000 Kr. Also eine bedeutende Auslage, die erst dann begriffen wird,

Wenn man weiß, daß die Nordbahndirektion zur Verrichtung von administrativen Arbeiten, die sich aber hauptsächlich auf die Revision der Couponbögen und der Buchhaltung beschränken, ein ganzes Heer von Direktionsbeamten — vorwiegend Oberbeamten — eingesetzt hat, die nach den Umständen im Lebensmittelmagazin arbeiten und hierfür per Monat und Person ein Honorar von 60 bis 100 Kr. beziehen. Diese Wirtschaft kostet dem Lebensmittelmagazin per Monat nur 1600 Kr. oder jährlich 19.200 Kr. Und welche Hilfskräfte werden zu diesen Nebenarbeiten verwendet? Vielleicht subalterne Beamte und Unterbeamte mit geringerer Besoldung? Mit nichten! Aktive und pensionierte Oberbeamte, wie zum Beispiel der kaiserliche Rat und pensionierte Inspektor Herr Buchta, welcher für seine Arbeit 100 Kr. monatlich bezieht. Und doch könnte diese Arbeit von vier Kanzleifräften, die dem Invalidenstand der Bediensteten des Lebensmittelmagazins entnommen werden könnten, weit besser und viel billiger ausgeführt werden. Dieser Antrag des Zentralausschusses wurde von der Direktion einfach abgelehnt.

Auch die Post „Neujahrsremunerationen“ könnte reduziert werden. Die löbliche k. k. Nordbahndirektion ist in dieser Beziehung sehr nobel, es kostet sie eben nichts! Auf Kosten der Konsumenten werden Remunerationen an Personen ausgeteilt, die dem Betriebe des Lebensmittelmagazins ganz fern stehen, wie Polizei, Finanzwachorgane zc. Die beantragte Abschaffung dieser Ungehörigkeit wurde einfach ignoriert.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn sich der Mitglieder dieses Instituts eine immer größer werdende Unzufriedenheit mit der heutigen Verwaltung bemächtigt, und wenn sie an das k. k. Eisenbahnministerium das Ansuchen stellen, hier schnellstens Remedur zu schaffen.

Die Forderung der Konsumenten, ihnen einen paritätischen Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen, ist nicht nur eine berechtigte, sondern sie ist auch kein Novum, da dieses System bereits im Lebensmittelmagazin der Nordwestbahn schon viele Jahre besteht und sich dort glänzend bewährt, so daß dieses Institut als ein Muster dahingestellt werden kann, und auch die Südbahn, wie bereits erwähnt, ab 1. Jänner 1911 ihren Bediensteten die Parität in der Verwaltung zugestanden hat. Und was bei der Nordwestbahn und bei der Südbahn möglich ist, muß doch auch bei der Nordbahn durchzuführen sein.

Wenn wir auch Anhänger der Berggenossenschaftlichung der Lebensmittelmagazine bei den österreichischen Eisenbahnen sind, so müssen wir doch sagen, daß der Wunsch der Nordbahnbediensteten als Uebergangsstadium der kräftigsten Unterstützung seitens des k. k. Eisenbahnministeriums würdig wäre, und daselbe würde nur einen Beweis der sozialen Fürsorge für ihre Bediensteten geben, wenn es dem Wunsch der Bediensteten nach Beseitigung der Korruption in dieser Institution und Ermöglichung der Teilnahme der Bedienstetenmitglieder an der Verwaltung ehestens Rechnung tragen würde.

Die eine Versicherung kann dem Ministerium gegeben werden, daß die Bediensteten alle ihre Kräfte anspannen würden, um zu beweisen, daß sie fähig sind, solche Wohlfahrtsinstitute zum Wohle und Besten ihrer Kollegen zu verwalten.

Aber auch an den Bediensteten ist es gelegen, solchen Institutionen ihr volles Augenmerk zuzuwenden und dafür zu sorgen, daß in solchen wichtigen, den wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner dienenden Institutionen die richtigen Männer an die Spitze gestellt werden, die zwar an tönenden Phrasen weniger Gefallen finden, dafür aber ihre ganze Kraft der Arbeit und dem Interesse ihrer Kollegen widmen.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, Ersprießliches zu leisten.

## Das Juliabancement bei der Südbahn.

Die Vorsprache beim Generaldirektor.

Wie wir in der letzten Nummer des „Eisenbahner“ berichtet, hat die Zentrale unserer Organisation wegen der zahlreichen Beschwerden des Zugbegleitungs-personals über Zurücksetzungen beim diesjährigen Juliabancement eine Vorsprache beim Herrn Generaldirektor eingeleitet, und zwar durch die Personalkommissionsmitglieder Krizek, Aninger, Kasparbauer und Södl und die Bediensteten Gandler, Zöchling, Fröhholz und Reiter. Die eingeleitete Vorsprache war von der Zentrale für den 19. Juli d. J. geplant, konnte aber an diesem Tage nicht stattfinden, weil der Herr Sektionschef anderweitig dringend zu tun hatte. Die Vorsprache fand daher am 23. Juli d. J. statt.

Vor der Vorsprache versammelten sich die Deputationsmitglieder zu einer Besprechung in Schneiders Restauration. Wie immer fanden sich zu der Vorsprache auch eine Reihe von Zugbegleitern ein, die teils Mitglieder des Südbahnerverbandes sind, teils keiner Organisation angehören. Genosse Weigl als Vertreter unserer Organisation, welcher die Deputation vorführte, ersuchte den Herrn Sektionschef, auch jene Bediensteten die nicht angemeldet waren, an der Vorsprache teilnehmen zu lassen. Dagegen hatte der Herr Sektionschef nichts einzumenden.

Die Zentrale unserer Organisation hatte vor der Vorsprache dem Herrn Sektionschef über die Beschwerden eine ausführliche Eingabe übermittelt, es war daher der Sektionschef über die Sache informiert.

Genosse Weigl führte aus:

Herr Sektionschef! Das diesjährige Juliabancement war gerade das Gegenteil von dem, was man sich erhofft hatte. Denn anstatt daß das Juliabancement das Zugbegleitungs-personal befriedigen könnte, hat es die größte Unzufriedenheit unter dem Zugbegleitungs-personal hervorgerufen. Es haben auch mehrere Versammlungen stattgefunden, bei welchen beschlossen wurde, eine Deputation zu Ihnen zu senden und zu verlangen, daß alle benachteiligten Zugbegleiter rückwirkend ab 1. Jänner, beziehungsweise ab 1. Juli d. J. vorzurücken haben. Wir haben eine große Anzahl von Beispielen, in welchen wir nachweisen, daß jüngere Kollegen den älteren durch die einseitige Begünstigung im Abancement vorgekommen sind, wodurch auch eine Schädigung in den Rang-

verhältnissen beabsichtigt sein soll. Ich muß daher ersuchen, die Benachteiligten im vorstehenden Sinne zu berücksichtigen und muß auch bemerken, daß die Ansicht besteht, daß sich die Herren bei der Direktion in dem Labyrinth der verschiedenen Abancementsklauseln selbst nicht mehr auskennen.

Auf diese Ausführungen bemerkte der Herr Sektionschef folgendes:

Es handelt sich hauptsächlich darum, ob jemand, dem im Sinne der Zirkulare eine Begünstigung gebührt, eine solche erhalten hat, oder ob diejenigen, die einen Anspruch auf diese Begünstigung hatten, dieselbe nicht erhielten. Im letzteren Falle müßten ihm solche Fälle nachgewiesen werden und würden auch diese selbstverständlich die ihnen gebührende Vorrückung nachträglich erhalten.

Genosse Weigl setzte darauf dem Herrn Sektionschef auseinander, daß die Sache anders ist. Es handelt sich darum, daß nur einzelne jener Zugbegleiter, die mit 720 Kr. angestellt wurden, einer Kürzung teilhaftig wurden. Der andere Teil, und zwar der größere aber nicht. Daher resultieren die Schädigungen, obwohl die Südbahn erklärt, sie hätte zu der Durchführung analog den k. k. Staatsbahnen keine Verpflichtung, so muß er doch bemerken, daß die O. N. B. B., beziehungsweise das k. k. Eisenbahnministerium für die Bediensteten der O. N. B. B., die mit 720 Kr. angestellt wurden, das Kürzungsjahr gewährt hat. Nachdem aber die Südbahn nur gewillt ist, diese Begünstigung sukzessive durchzuführen, sind diese Benachteiligungen eingetreten und ist die vorhandene Erregung unter den Benachteiligten daher begreiflich. Es sind dies keine vermeintlichen, sondern wirkliche Schädigungen.

Hierauf rollte der Herr Sektionschef die Frage auf, ob auch diejenigen, die im Sinne des Zirkulars 32 A ex 1912 einen Anspruch auf Kürzung haben, eine weitere Kürzung erhalten sollen, weil sie mit 720 Kr. angestellt wurden. Seiner Ansicht nach gehe dies nicht an und er müsse sich dies noch sehr genau überlegen. Genosse Weigl bemerkte, daß er von der Verantwortlichkeit dieser Absicht entschieden abraten müsse, da bereits ein Teil dieser beiden Begünstigungen teilhaftig wurde und dadurch eine noch größere Erbitterung unter dem Personal entstehen würde, um so mehr, als bei den k. k. Staatsbahnen beide Begünstigungen gewährt wurden.

Nachdem noch die anwesenden Personalkommissionsmitglieder den Standpunkt des Personals dargelegt und einige der anwesenden Bediensteten ihre persönlichen Fälle vorgetragen hatten, erklärte der Herr Sektionschef, daß es heute unmöglich sei, die Angelegenheit einer Erledigung zuzuführen. Er könne heute nur erklären:

Durch die erfolgten Vorrückungen wird kein Zugbegleiter in seinem Range geschädigt.

Künftighin wird eine Aenderung des Ranges bei derartigen Vorrückungen nicht erfolgen.

Die Direktion ist bereit, alle Beschwerden zu überprüfen und nach Möglichkeit zu regeln. Zu diesem Zwecke wurde vereinbart, daß alle Zugbegleiter, die durch das Juliabancement geschädigt sind, die Beschwerden bekanntzugeben haben. Die Personalkommissionsmitglieder sollen dieselben sichten und überprüfen und es wird dann mit den Vertretern der Direktion und den Personalkommissionsmitgliedern eine diesbezügliche Besprechung stattfinden, in welcher die ganzen Beschwerden durchberaten werden.

Damit fand die Vorsprache ihren Abschluß.

### Zugbegleiter der Südbahn, Achtung!

Mit Rücksicht auf die vorstehende Vereinbarung ist es jetzt notwendig, daß alle Zugbegleiter der Südbahn, die durch das Juliabancement geschädigt sind, sofort ihre Beschwerde an die Zentrale des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Desterreich, Wien V, Zentagasse 5, einreichen.

Die Beschwerden müssen bis 31. August 1912 eingeleitet werden; später einlangende Beschwerden finden keine Berücksichtigung.

Für die Erstellung der Beschwerde ist folgendes Formular zu benutzen:

Geschädigter.				
Name, Charakter und Dienststelle	Einberufen	An-gestellt	Zugbegleiterprüfung abgelegt	Vorrückungen
	***)			*)
Kronen				
				**) )
Bevorzugter.				
Name, Charakter und Dienststelle	Einberufen	An-gestellt	Zugbegleiterprüfung abgelegt	Vorrückungen
	***)			*)
Kronen				
				**) )

\*) Hier ist das Datum der Anstellung und in den folgenden Rubriken das Datum der einzelnen Vorrückungen anzuführen.

\*\*) Hier ist die Anstellungsgehaltstufe und in den folgenden Rubriken die Gehaltsstufe anzuführen, in welche die Vorrückung erfolgt.

\*\*) Hier ist anzuführen, ob jemand gleich als Kondukteur oder als Wächter einberufen wurde.

Das vorstehende Formular ist von jedem geschädigten Zugbegleiter genau auszufüllen und hat jeder Geschädigte nebst seinen eigenen Daten auch die von einem seiner Kollegen anzuführen, und zwar in der zweiten Hälfte der Tabelle unter „Bevorzugter“, gegen welchen er sich geschädigt erachtet.

Die Zentrale wird das Material sammeln und es den Personalkommissionsmitgliedern übermitteln, die es gemeinsam mit der Zentrale überprüfen werden.

In der ersten Hälfte September wird dann die Besprechung bei der Direktion stattfinden, über das Resultat dieser ganzen Aktion werden wir im „Eisenbahner“ rechtzeitig berichten.

Am gleichen Tage fanden beim Herrn Generaldirektor auch weitere Vorsprachen statt, und zwar: Eine Deputation in Vertretung des Gesamtpersonals der Station Donawitz

wegen Berücksichtigung der dort herrschenden besonderen Verhältnisse. Eine weitere Deputation der Postiere aus Wiener-Neustadt wegen Dienstturnus, Zeitungsenfachigung und wegen der Erhöhung der Prozentanteile für die Garderobe. Ferner die Wächter der Stationen Guntamsdorf und Gumpoldskirchen wegen Einführung des 16/24stündigen Dienstes. Sämtliche wurden von Genossen Weigl in Vertretung unserer Organisation vorgeführt. Bei dieser Gelegenheit brachte derselbe auch die endliche Durchführung des 12/24stündigen Dienstturnus neuerlich zur Sprache, jedoch ist eine endgültige Erledigung nicht erfolgt.

**Richtigstellung.** Zu dem in unserer letzten Nummer 21 des „Eisenbahner“ vom 20. Juli 1912 veröffentlichten Artikel über „Das Juli-Abancement bei der Südbahn“ teilt uns der Kondukteur Suchentrunk in Neudling mit, daß es unrichtig ist, daß er die Zugführerprüfung später als der Kondukteur Gandler abgelegt hat. Er habe die Prüfung bereits am 21. Oktober 1909 abgelegt. Seine außertourliche Vorrückung am 1. Juli 1912 erfolgte daher nicht deshalb, weil er mit 720 Kr. angestellt wurde, sondern deshalb, weil er seinerzeit mit weniger als 700 Kr., und zwar mit 690 Kr. angestellt wurde.

## Die unerfüllten Forderungen des Wächterpersonals und der Blocksignaldiener.

Die Ablehnung des Antrages Tomšik im Parlament hat beim Gesamtpersonal eine tiefe Empörung hervorgerufen. Diese Erregung zeigt sich auch bei den Wächtern und Blocksignaldienern. Es handelt sich, so wie beim übrigen Personal auch bei diesen Kategorien um sehr wichtige und dringliche Forderungen, die durch die Ablehnung des 17 Millionen-Antrages neuerlich unter den Tisch gefallen sind.

Beim Wächterpersonal ist es besonders die Nachdienstzulage, eine Frage, die seit langer Zeit spruchreif ist und deren Nichterfüllung gerade deshalb die tiefgehendste Erregung hervorruft. Als im Jahre 1908 die Nachdienstzulage auf die verschiedenen Kategorien ausgedehnt wurde, beziehungsweise zur Neueinführung gelangte, und die Vertreter der Organisation dieselbe auch für das Wächterpersonal auf das nachdrücklichste verlangten, erklärte das Eisenbahnministerium, daß den Wächtern durch die Einreihung in die III. Dienerkategorie finanzielle Vorteile geboten wurden, daß es nicht angehe, denselben jetzt auch sofort noch die Nachdienstzulage zu gewähren. Das Wächterpersonal werde dieselbe in einem späteren, jedoch absehbareren Zeitpunkt erhalten. Das war im Oktober des Jahres 1908. Heute stehen wir im Juli des Jahres 1912, und der „absehbarere“ Zeitpunkt scheint für das Eisenbahnministerium noch immer nicht gekommen zu sein. Wir meinen, und mit uns das gesamte Wächterpersonal, daß es für die Staatsbahnverwaltung höchste Zeit ist, endlich den Zeitpunkt für die Gewährung der Nachdienstzulage an das Wächterpersonal als gekommen zu erachten. Oder, wie lange soll der „absehbarere“ Zeitpunkt noch dauern? Das Eisenbahnministerium soll einmal klipp und klar sagen, daß es bereit ist, die Nachdienstzulage für die Wächter einzuführen, oder es soll sagen, daß sie nicht eingeführt wird. Diese fortwährenden Ausreden, die Wächter haben ohnehin so viel bekommen, die Wächter seien infolge vorhandener Defonomie glänzend gestellt auf der einen Seite, und die gleisnerischen Neben von der selbstverständlichen Berechtigung der Nachdienstzulageforderung und des Mangels an Geld, imponieren dem Wächterpersonal nicht. Untersuchen wir nur flüchtig die Stichhaltigkeit dieser „Argumente“, so ergibt sich, daß das Eisenbahnministerium mit demselben nichts anderes will, als die wahre Absicht, die Nachdienstzulage für die Wächter überhaupt nicht einzuführen, zu bemänteln. Mit der Einreihung in die III. Dienerkategorie wurde den Wächtern nach der eigenen Erklärung maßgebender Faktoren der Staatsbahnverwaltung doch nur das zugegeben, was ihnen von allem Anfang an gebührt hat. Diese Maßnahme war also kein Akt des „Wohlvollens“ und besonderer Begünstigung der Wächter, sondern einfach die Beseitigung eines Zustandes, der seit dem Bau der Bahnen herrschte und über dessen Bestand sich die Staatsbahnverwaltung selbst schämen mußte. Wozu noch zu bemerken ist, daß die Organisation jahrelang um diese Aenderung unermüdlich ringen mußte.

Nun wurde die Nachdienstzulage im Jahre 1908 für verschiedene Kategorien gewährt, und zwar mit der Begründung, daß die regelmäßige Ableistung des Nachdienstes infolge der vermehrten Anstrengung naturgemäß mit Mehrauslagen verbunden sei, für die ein Ersatz vollauf gerechtfertigt sei. Diese Voraussetzungen für den Bezug der Nachdienstzulage treffen aber auch beim Wächterpersonal voll und ganz zu. Gering gerechnet sind es 90 Prozent des Wächterpersonals, die regelmäßig Nachdienst leisten. Naturgemäß hat der Wächter keinen anderen Magen als andere Menschen, er fühlt die Anstrengungen des Nachdienstes und die daraus folgenden Bedürfnisse genau so wie andere Menschen, und er hat ebenso wie alle anderen die Aufgabe, dem Selbsterhaltungstrieb durch Befriedigung dieser Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Wieso also der Umstand, daß einzelne Wächter aus der ihnen zugewiesenen Defonomie einen oft mehr als fraglichen Nutzen ziehen, mit der Gewährung der Nachdienstzulage in stichhaltigen Zusammenhang gebracht werden kann, ist ungründlich, wenn man nicht wüßte, daß eben Ausflüchte für alles gut sein müssen. Die Nachdienstzulage wurde als Ersatz für die beim Nachdienst erwachsenden Auslagen gewährt, und gerade deshalb gebührt sie auch dem Wächterpersonal. In diesen Zeiten furchtbarer Teuerung, bei dem Umstand, daß die Vorschriften immer strenger, die Strafen zahlreicher und größer werden, wozu noch die stetige Verkehrsteigerung kommt, und die Dienstleistung daher stets anstrengender und verantwortungsvoller wird, gebührt die Nachdienstzulage dem Wächterpersonal um so mehr, und sie darf und kann demselben nicht mehr länger vorenthalten werden. Nach diesem einzigen richtigen Grundsatze gebührt die Nachdienstzulage aber auch dem gesamten Nachdienst versehenen Personal und

nicht nur einem Teile, wie es das Eisenbahnministerium zufolge mehrfacher Versicherungen maßgebender Organe allem Anschein nach durchzuführen in Absicht hat.

Besehen wir uns ferner das Märchen von dem gewaltigen Ertragnis der den Wächtern zugewiesenen Defonomie. Es muß wieder einmal festgestellt werden, welche Demagogie damit getrieben wird. Die Bahnverwaltung ist bekanntlich gesetzlich und auch im eigenen Interesse verpflichtet, daß Wächterungen und Gründe bebaut werden. Sie müßte also von rechtswegen die Arbeit, die die Wächter unter schweren persönlichen Opfern leisten, selber verrichten. Was macht sie aber? Sie verpachtet die Gründe an die Wächter und hat dadurch zwei Vorteile, indem sie der persönlichen Obhut für die Gründe entzogen wird und außerdem noch aus der Verpachtung Einnahmen hat. Welchen persönlichen und finanziellen Nutzen die Bahnverwaltung hieron hat, zeigt recht drastisch folgendes Beispiel: Bekanntlich wurden vor kurzer Zeit die Pachtzinsen der Kulturlächen erhöht. Ein Wächter im Wiener Direktionsbezirk weigerte sich, den erhöhten Pacht zu zahlen und stellte der Bahn die gepachteten Kulturlächen zurück. Die Gründe konnten aber sonst an niemand angebracht werden, weil Private für den Schund so hohe Pachtzinsen nicht bezahlen. Die Bahnverwaltung mußte also die Kulturlächen selber bearbeiten, und das Resultat war, daß die betreffende Bahnverwaltungssektion auf den Erlös aus dem gefächsten Heu noch 50 Kr. an Arbeitslohn draufzahlen mußte. Aus diesem einen Beispiel kann man aber nicht nur den Vorteil ersehen, welcher der Bahnverwaltung aus der Verpachtung der Kulturlächen an die Wächter erwächst, sondern auch recht drastisch, was es eigentlich mit den Schlagworten von dem aufgespeicherten Reichtum der Wächter für eine Verwandnis hat. Gewiß gibt es einige wenige Wächter, die eine oder zwei Kühe im Stalle haben. Aber die sind gewiß nicht mit dem ersparten Gehalt des Wächters oder mit den Einnahmen aus der Fehschung eingeschafft worden, sondern mit den sauer ersparten Groschen der Frau, die sie als Mitgift in die Ehe brachte, und wenn es besonders glücklich ging, mit den paar hundert Kronen Erbschaft, die sie und da einmal ein Bäuerlein für einen Wächter zu hinterlassen beliebte. Meistens wandern ja diese Groschen in den unerfülllichen Taschen der römischen Kirche. Man braucht in diese Schlagworte nur ein bißchen hineinzuweichen und schon zeigt sich, daß der fabelhafte Wohlstand der Wächter mit dem großen Viehstand und den gefüllten Scheunen nichts anderes als ein von der Staatsbahnverwaltung erfundenes Märchen ist, um die Wächter um die wohlverdiente Nachdienstzulage zu bringen.

In gleicher Weise behandelt das Eisenbahnministerium die Regelung der Monturfrage für das Wächterpersonal. Bei der Einreihung der Wächter in die III. Dienerkategorie wurde den Vertretern des Personals zugestanden, daß die Wächter selbstverständlich mit der Einreihung in die III. Dienerkategorie in allen Bezügen, auch im Monturbezug, mit den übrigen Dienern gleichgestellt werden. Das war im Juli 1908, heute stehen wir in der zweiten Hälfte des Jahres 1912, und diese Zusage ist noch immer nicht erfüllt. Das Eisenbahnministerium redet sich darauf aus, daß für die Wächter mit Rücksicht auf ihre Dienstleistung ein größerer Stoff mehr geeignet sei als der, welcher für die anderen Diener verwendet wird. Das sollte also heißen, daß der Stoff dauerhafter und haltbarer ist als der andere. In Wirklichkeit ist es aber so, daß die Qualität dieser Stoffe unter jeder Kritik ist. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Blusen und Hosen nicht nur an den Nähten, sondern überhaupt wie Zunder zerrissen. Von einer Anpassungsfähigkeit schon gar nicht zu reden. Insbesondere datiert dieser Skandal bei der Monturlieferung seit der Zeit, wo dieselbe einem billigeren Lieferanten übertragen wurde, der meistens Strafanarbeiten liefert. Es gibt in neuerer Zeit wenig Wächter und überhaupt wenig Bedienstete bei allen Kategorien, die nicht für die Umänderung der bezogenen Montur schweres Geld bezahlen müssen.

Die Monturfrage ist zu einem Skandal ausgewachsen und es wäre auch die höchste Zeit, daß Ordnung gemacht wird. Nach vier Jahren wäre es wirklich nicht zuviel, wenn die Staatsbahnverwaltung ihre Zusage von 1908 erfüllen und den Wächtern die gleiche Montur wie den übrigen Dienern der III. Kategorie gewähren würde. Das gleiche gilt hinsichtlich der endlichen Beseitigung der unpraktischen nackten Pelze. Wer hat noch kein mitleidiges Lächeln über dieses mittelalterliche Kleidungsstück unterdrückt? In diesen nackten Pelzen drückt sich wahrlich ein Stück Zurückgebliebenheit unseres Vaterlandes aus, wozu noch der Umstand kommt, daß diese nackten Pelze äußerst unpraktisch und mitunter für die eigene Sicherheit sehr gefährlich sind. Es ist nicht zuviel verlangt, daß den Wächtern endlich die überzogenen Pelzröde gewährt werden, wie sie die anderen Bediensteten schon haben.

Auch die Diensterteilungen für das Wächterpersonal in vielen Strecken und Stationen lassen noch sehr viel zu wünschen übrig. Es gibt noch Wächter genug, die den 18/12stündigen und den 18/12stündigen Dienstturnus haben. Ebenso eine große Anzahl Wächter, die unter dem 18/16stündigen Dienstturnus oft zusammenzuberechnen drohen. Die im Jahre 1908 in Aussicht gestellten dienstfreien Tage sind noch lange nicht überall durchgeführt, im Gegenteil, gibt es leider noch sehr viel Wächter, die keinen einzigen dienstfreien Tag im Monat haben. Und das, trotzdem sich der Verkehr von Jahr zu Jahr gewaltig steigert, die Diensterteilung immer intensiver und verantwortungsvoller wird. Und nicht zu reden von allen anderen noch unerfüllten Forderungen des Wächterpersonals.

Mit welcher Sehnsucht wartet das Wächterpersonal, und nicht nur allein dieses, sondern auch die Wächterkontrolloren und die Blocksignaldienner und überhaupt das gesamte Dienerpersonal auf die Einführung der zweijährigen Vorrückungsfrist bis zur Endgehaltstufe von 2000 Kr. Im Gesetzeswege wurde kürzlich ein Gesetz geschaffen, mit welchem das erektionsfreie Existenzminimum für die Beamten und Angestellten mit 2000 Kr. festgesetzt wurde. Also mit dem Betrag, der künftig für die Diener

erst als Endgehalt festgesetzt werden soll. Heute beträgt der Endgehalt 1400, 1600 und 1800 Kr., der in je dreijährigen Fristen mit dem jedesmaligen Abancement von 100 Kr. erreicht wird. Angesichts dieses schreienden Abstandes zwischen dem im Gesetz jedem Angestellten zugewilligten Existenzminimum und den tatsächlichen Gehaltsverhältnissen ist wohl jedes Wort für die Berechtigung der Forderung nach zweijährigen Vorrückungsfristen bis zum Endgehalt von 2000 Kr. überflüssig. Hier sprechen die Tatsachen für sich selbst.

Eine wichtige, aber bisher ebenfalls unerfüllte Forderung ist das berechnete Verlangen der Blocksignaldienner und Wächterkontrolloren um die Ernennung zu Unterbeamten. Das Eisenbahnministerium hat diese Forderung selbst wiederholt als berechnigt anerkannt, um so mehr, als die beteiligten Bediensteten es vorläufig als eine Abschlagszahlung hinnehmen würden, wenn vorderhand die Bediensteten in den großen Verkehrszentren berücksichtigt würden. Diese Kollegen haben einen genau so verantwortungsvollen Dienst, wie der Zugserpident. Es handelt sich hier nicht um eine mechanische Tätigkeit, die ein Automat auch vollbringen könnte. Im Gegenteil, die Geistesgegenwart, die Geistesstärke, die Raschheit des Denkens und Handelns, die angestrengteste und denkbar gewissenhafteste Denktätigkeit sind die hauptsächlichsten und unzertrennlichsten Diensttätigkeiten dieser Bediensteten. Ein einziger unrechter Gedanke, ein einziges Vergessen und Versehen, ein einziger falscher Griff und Hunderte von Menschenleben können vernichtet sein, Millionen an Materialschaden können entstehen. Es ist eine ungeheuer große Verantwortung, die diese Bediensteten haben, und da erscheint die Forderung wegen der Unterbeamtenernennung wohl als billig und gerecht. Das Eisenbahnministerium erkennt die Berechtigung der Forderung selbst an und da dürfte man doch erwarten, daß den schönen Worten auch endlich die Tat folgt. Denn von der Anerkennung der Berechtigung einer Forderung haben die Bediensteten nichts, das ist noch immer keine Anerkennung ihrer verantwortungsvollen und verdienstlichen Leistung. Also recht bald Taten, und dafür weniger schöne Worte.

Dem gesamten Wächterpersonal und den Blocksignaldiennern wird und muß es im Verein mit der Gesamtorganisation in absehbarer Zeit gelingen, diese brennendsten Forderungen baldmöglichst durchzusetzen. Sie sollen nur fest zur Organisation halten und in derselben fleißig mitarbeiten, die noch außenstehenden Kollegen in die Organisation hineinzubringen. Die Hauptaufgabe ist aber, die aufgeklärten Kollegen über die wahre Sachlage aufzuklären, ihnen immer wieder begreiflich zu machen, daß ihnen niemand anderer hilft und helfen kann, als sie selber durch die geschlossene Zugehörigkeit zur einheitlichen Organisation des Gesamtpersonals.

Die Wächter und Blocksignaldienner des Direktionsbezirkes Wien versammelten sich behufs Stellungnahme zu den besprochenen Fragen am 16. Juli 1. J. in Freys Restauration in Wien. Die Versammlung nahm nach den Ausführungen der Genossen Sommerfeld, Brandstätter und des Genossen Adolf Müller, der von der Zentrale anwesend war, folgende Resolution einstimmig an:

Resolution.

Die heute den 16. Juli 1912 in Freys Restauration versammelten Blocksignaldienner und Wächter des Wiener Direktionsbezirkes protestieren energisch gegen die Ablehnung des Antrages Tomšič bei den Budgetverhandlungen im Parlament, die restlichen 17 Millionen Kronen betreffend. Im Vorjahre wurde von allen Parteien ein Antrag, wonach den Bediensteten der k. k. Staatsbahnen zur Verbesserung ihrer Lage der Betrag von 38 Millionen gewährt werden soll, einstimmig angenommen. Die Regierung hat bisher nur 21 Millionen durchgeführt. Die Versammelten ersehen daraus, daß mit den dringenden Forderungen des Wächterpersonals und der übrigen Kategorien frivoles Spiel getrieben wurde und die Nachdienstzulage der Wächter, die Einreihung der Blocksignaldienner in die Unterbeamtenkategorie sowie die übrigen dringenden Forderungen neuerlich in Frage gestellt sind.

Die Versammelten richten an die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses das Ersuchen, trotzdem der Antrag des um die Eisenbahnbediensteten sehr verdienten Abgeordneten Genossen Tomšič abgelehnt wurde, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu trachten, den genannten Kategorien zu ihren vorenthaltenen Rechten zu verhelfen. Die Versammelten sprechen dem Sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses sowie ihrem verdienten Abgeordneten Genossen Tomšič neuerlich das volle Vertrauen aus und fordern die heute noch der Organisation fernstehenden Kollegen auf, sich derselben anzuschließen, um so ihre Lage zu verbessern.

Inland.

Rentenkurse und Sozialpolitik.

Eine Notiz unter diesem „vielversprechenden“ Titel macht seit einigen Tagen die Runde durch die ganze Schriftleiterpresse. Die Sozialpolitik hat den Fall der Rentenkurse verschuldet. Hören wir den weisen Defonomen:

„... Staat, Länder und Gemeinden übernehmen immer mehr wirtschaftliche Funktionen, die bis dahin das private Kapital besorgt hatte. Diese fortschreitende Umwandlung öffentlicher Körperschaften aus verwaltenden in unternehmende und erwerbende Organe macht selbstverständlich die Aufnahme immer größerer öffentlicher Anleihen notwendig — daß der Militarismus und Marinismus die ganze Pumpwirtschaft des Staates verursacht, darüber schweigt natürlich die schriftleiterische Weisheit — und Staaten und Länder und Gemeinden treten damit in eine immer schärfere Kreditkonkurrenz mit dem privaten Kapital, das aus weiten Gebieten expropriert sich auf dem ihm verbliebenen durch Bildung von Syndikaten und Kartellen schablos zu halten sucht (das heißt deutsch gesprochen: die Ausbeutung der Arbeiter und Plünderung der Konsumenten steigert)... Da nun aber der private Unternehmer immer billiger wirtschaftet als der Staat und andere öffentliche Körperschaften, weil er nicht unter dem Druck parlamentarischer Parteien steht, sondern insbesondere die sozialdemokratische öffentlichen Unternehmungen nicht das Recht auf Gewinn, sondern nur die Pflicht seiner sofortigen Aufteilung auf die Arbeiter und Angestellten zugehen will, vermag das private

Kapital naturgemäß auch eine höhere Verzinsung zu bieten als der Staat... Solange nun diese scharfe Konkurrenz zwischen den öffentlichen und den privaten Unternehmungen dauern wird, wird man den niedrigen Rentenkurse nicht beifolmen, je weiter aber die Sozialisierung fortschreitet, desto schärfer wird diese Konkurrenz und desto tiefer werden die Rentenpapiere sinken, weil die Differenz zwischen den Erträgen der öffentlichen Unternehmungen und denen der Privaten sich immer mehr zu Ungunsten jener vergrößern wird.“

Unteruchen wir diesen Erguß schriftleiterischer Nationalökonomie. Warum die Staats- und sonstigen öffentlichen Betriebe in der Kunst der Ausbeutung hinter den privaten Unternehmern zurückbleiben, ist unseren Lesern bekannt. Zuerst bringen die bürgerlichen Parteien bei Staat, Land, Gemeinde die Bourgeoisöhnen gut unter, in dreimal so großer Zahl als es erforderlich und mit recht hohem Gehalt — die Eisenbahnverwaltung kann davon erzählen — dann kommen sie und raunzen über den geringen Ertrag, um gegen die „Sozialisierung“ Stimmung zu machen: den Privatunternehmern soll das Monopol der Ausbeutung erhalten bleiben.

Was aber haben mit den Staatsbetrieben die Rentenkurse zu tun? Die Absicht ist klar. Zuerst wird der Fall der Rentenkurse als Katastrophe hingestellt. Dann kommt die Sozialpolitik in den öffentlichen Betrieben als Ursache. Und daraus folgt mit zwingender Logik der Ruf: Fort mit dem Schwindel der Sozialpolitik!

Wir sind mitten in einer Periode der industriellen Prosperität. Die Umsätze steigen, die Profite wachsen. Wer Geld disponibel hat, kauft Aktien, die nicht nur hohe Dividenden, sondern auch großen Kursgewinn und damit höhere Verzinsung des Kapitals versprechen. Bei diesem Stande der Konjunktur sind Industriepapiere so sicher als Renten, darum fällt es keinem Geldkapitalisten ein, Staatspapiere zu kaufen.

Zu gleicher Zeit aber hat der Staat die riesigen Ansprüche des Moloch Militarismus zu befriedigen durch — Schuldenmachen. Er wirft für Hunderte von Millionen Renten auf den Markt. Gerade in einer Zeit, wo die Nachfrage nach Renten sinkt, steigert der Staat das Angebot: Was selbstverständlicher, als daß der Kurs der Renten fällt.

Doch diese „Katastrophe“ braucht niemand zu schrecken — auch die Rentner nicht. Bis die Krise kommt, wird sich das Geldkapital wieder — natürlich aus „Patriotismus“ — den „sicheren“ Staatspapieren zuwenden. Dann wird der Kurs der Renten wieder steigen. Und so wird das Schaukelspiel der Kurse fortgehen, bis das Proletariat dem Schaukelspiel des Kapitalismus ein Ende setzt.

„So ist denn im ganzen das immerhin nur mäßige Ansteigen des reinen Zinsfußes und daher auch das vielbeflagte Sinken des Kurse der Staatspapiere als Symptom einer günstig fortwährenden Entwicklung der Volks- und Weltwirtschaft zu betrachten.“ So Professor Wilhelm Lexis, ein bürgerlicher Gelehrter. Hoffentlich genügt dies den Schriftleitern, denen wir für die Zukunft ein Sprichwort mit auf den Weg geben: Schuster, bleib bei deinen Leisten!

Maßnahmen der Staatseisenbahnverwaltung zur Bewältigung des Herbstverkehrs.

Um der alljährlich in der Herbstkampagne eintretenden Verkehrsteigerung gerecht zu werden und eine flagellose Abwicklung dieses gesteigerten Verkehrs sicherzustellen, hat das Eisenbahnministerium schon vor geraumer Zeit zweckentsprechende Weisungen an die Dienststellen der Staatseisenbahnverwaltung erlassen. Behufs unflüchtiger Hintanhaltung eines Wagenmangels ist vor allem die intensivste Ausnutzung des rollenden Materials angeordnet worden. Demgemäß werden die Direktionen auf die rascheste Wagenzirkulation und die Beschleunigung der Ladearbeiten unausgesetzt Bedacht nehmen sowie dafür Sorge tragen, daß reparaturbedürftige Lokomotiven und Güterwagen mit größter Beschleunigung instand gesetzt werden. Behufs Orientierung über den jeweiligen Wagenbedarf wird eine stete Fühlungnahme der Direktionen mit den in ihrem Bezirk befindlichen industriellen Establishments plätagreifen. Die in Durchführung begriffenen Erweiterungsbauten werden derart beschleunigt, daß zum Beginn der Kampagne die erweiterten Anlagen zur Verfügung stehen. Auch der vermehrte Bedienung der Lade- und Manipulationsplätze sowie der Schlepfbahnen wird erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Auch sind wegen Beschleunigung der Güterabfertigung, insbesondere der Abfertigung, gleichfalls geeignete Anordnungen getroffen worden. Besonders zu wünschen ist nun, daß die Maßnahmen der Staatseisenbahnverwaltung durch die tatkräftige verständnisvolle Mitwirkung der Verfrächter unterstützt werden, zumal nur durch die zielbewußte werktätige Wirksamkeit beider Faktoren der angestrebte volle Erfolg erhofft werden kann.

Die Separatisten an der Arbeit.

Die Separatisten des III. Wiener Bezirkes haben beschlossen, für das Reichratsmandat des verstorbenen Genossen Silberer den Administrator der „Dolnické Listy“ in Wien, Josef Malý, zu kandidieren. Die Separatisten entpuppen sich immer mehr als Förderer christlichsozialer Interessen und als Feinde der Sozialdemokratie.

Große Steigerung der Eisenbahneinnahmen.

Die Verkehrskonjunktur bleibt in Oesterreich wie in Deutschland anhaltend überaus lebhaft. Bei den deutschen Eisenbahnen haben sich im ersten Halbjahr 1912 die Transporteinnahmen von den 13747 Millionen Mark der gleichen Vorjahrsperiode auf 14824 Millionen Mark, also um 78 Prozent, erhöht. Bei den ungarischen Staatsbahnen wuchs die Gesamteinnahme im vorigen Jahre um 416 Millionen Kronen, was einer Zunahme um 1123 Millionen Kronen gegenüber dem Jahre 1910 entspricht. Für die österreichischen Staatsbahnen veranschlagt man die semestrale Einnahmensteigerung auf rund 21 Millionen Kronen.

### Ausland.

#### Die Entwicklung zum Sozialismus.

Das Deutsche Reich zieht aus seinen staatlich betriebenen Unternehmungen eine Jahresertragsnahme von 4842 Millionen Mark. Es handelt sich dabei um Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen, Forste, Dampfschiffahrt, Banken, Post, Telegraph, um Bäder, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Lotteriebetriebe u. s. w. Das Reich ist verhältnismäßig dabei am wenigsten beteiligt, es zieht aus Erwerbseinkünften bei einem Etat von 32 Milliarden nur 905 Millionen, während 3937 Millionen auf die Einzelstaaten entfallen; diese 3937 Millionen bilden fast zwei Drittel des einzelstaatlichen Gesamtetrags. Der Reinertrag der Bundesstaaten aus den verbenden Anlagen beträgt 270.6 Millionen, der des Reiches beträgt 121.4 Millionen Mark, wovon mehr als zwei Drittel auf Post und Telegraphen entfallen. Im übrigen verteilen sich die Reinerträge aus den Erwerbseinkünften auf die einzelnen größeren Staaten folgendermaßen: Preußen 644.8, Bayern 131.6, Sachsen 54.6, Württemberg 40.9, Baden 25.5 und Hessen 18.1 Millionen. Bei den übrigen Staaten bleiben die Reinerträge hinter 10 Millionen zurück.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß ohne Erwerbseinkünfte eine geordnete Staatswirtschaft überhaupt kaum noch möglich ist. Nach den Grundsätzen des alten Manchesterliberalismus hätten aber alle diese Unternehmungen, Eisenbahnen, Telegraphen, Bergwerke, Domänen u. s. w. der privatwirtschaftlichen Ausbeutung überlassen bleiben müssen. Noch kurz vor der preussischen Eisenbahnerreform hatte der große Sozialistenehrer Eugen Richter in einer seiner Broschüren den glänzenden „Nachweis“ geliefert, daß der Staat in keiner Weise dazu berufen sei, das Geschäft der Personenbeförderung zu betreiben. Ueberhaupt sollte der Staat zur Leitung größerer wirtschaftlicher Unternehmungen gänzlich unfähig sein, das war damals das liberale Hauptargument gegen den Sozialismus. Heute erscheint angesichts der zahlenmäßig festliegenden Tatsachen eine solche Art der Bekämpfung des Sozialismus zu kindisch, daß nur Narren noch den Mut aufbringen, sie anzuwenden.

Grundsätzlich ist die Frage, ob der Staat ebenso gut wie ein Privater Erwerbseinkünfte betreiben kann, durch die tatsächliche Entwicklung längst entschieden. Es handelt sich da nicht mehr um eine Frage des Prinzips, sondern um eine Frage der Quantität. Allerdings auch wieder um die Frage, nicht ob, aber nach welchen Grundsätzen wirtschaftliche Unternehmungen durch den Staat geleitet werden sollen, denn was wir bisher an Staatswirtschaft besitzen, ist in seinem Wesen nicht sozialistische, sondern staatskapitalistische Wirtschaft. Weil im Staat die kapitalistischen Menschen und weil noch der größte Teil der Wirtschaft dem reinen Privatkapitalismus untertan ist, erfolgt auch die Leitung der Staatswirtschaft nach kapitalistischen Grundsätzen.

Wie eng die Verbindung zwischen Staatswirtschaft und Privatkapitalismus ist, erhellt neben hundert anderen schon aus einer großen ziffernmäßig feststehenden Tatsache. Die Schulden des Reiches und der Einzelstaaten betragen insgesamt 204 Milliarden Mark, sie sind in den letzten zehn Jahren um 63 Milliarden oder 6300 Millionen Mark gestiegen. Diese Schulden müssen natürlich verzinst werden. Hunderte und aber Hunderte von Millionen fließen so aus den öffentlichen Einnahmen als arbeitsloses Einkommen in die Taschen der Kapitalisten. Dazu kommen noch die wachsenden Schuldenlasten der Gemeinden, so daß heute aus öffentlichen Kassen an Kapitalisten jährlich ein Betrag gezahlt wird, der in die Milliarden geht.

Aber gleichgültig, in welcher sozialen Lage sich die einzelnen Zinsempfänger befinden und zu welchem Zweck die Einkünfte verwendet werden, vom sozialistischen Standpunkt aus erscheint das ganze privatkapitalistische System und seine Verquickung mit der Staatswirtschaft grundsätzlich verfehlt. Das Ziel des Sozialismus ist eine demokratische, von der Mehrheit, den Klassenbewußten, besitzlosen Volksmassen geleitete Staatswirtschaft, die keine Abhängigkeit vom Privatkapitalismus mehr kennt. Keine Ausbeutung treibt, kein arbeitsloses Einkommen schafft, sondern auf der wirtschaftlich gesunden, sittlich allein zu rechtfertigenden Grundlage des Arbeitseinkommens ruht.

Man mag sich dieses Ziel nah oder fern denken, aber daß es unüberwindlich, utopisch sei — wer wird das angesichts der tatsächlichen Entwicklung der Dinge mit gutem Gewissen noch behaupten können? ...

#### Elektrischer Eisenbahnbetrieb in Norwegen.

In Norwegen wird nunmehr, ebenso wie in Schweden, der Anfang mit dem elektrischen Eisenbahnbetrieb gemacht werden, und zwar soll als erste Strecke, laut des soeben dem Storting vorgelegten Regierungsvorschlages die 53 Kilometer lange Eisenbahn Christiania-Drammen elektrifiziert werden. Die Kosten betragen mit dem gleichzeitigen Umbau in eine breitspurige Bahn gegen 19 Millionen Mark oder etwa 3 Millionen Mark mehr, als für den Dampfbetrieb nötig wären. Indessen berechnet man beim elektrischen Betrieb eine Mehrertragsnahme von ungefähr 150.000 Mk. Da jedoch die erforderliche elektrische Kraft einstweilen von dem privaten Kraftwerk Høfslund in der Nähe des Christianiafjords genommen werden muß, in einigen Jahren aber von den eigenen Wasserfällen des Staates bezogen werden kann, steht hiernach noch eine weitere Erhöhung des Betriebsertrages zu erwarten.

#### Von der Eisenbahnerbewegung in Amerika.

Als vor nun 50 Jahren in den Vereinigten Staaten der erste Eisenbahnerverband gegründet wurde, hatte man bereits an 30 Gewerkschaften, die noch zum Teil den sozialistischen Stempel der vorhergehenden Jahre trugen. Dieses gilt auch von „The International Brotherhood of Locomotive Engineers“. Nicht ganz wenige der Mitglieder waren Veteranen der sozialistischen Bewegung und wollten diese, daß der Verband den Grundprinzipien

dieser getreu sein sollte. So war man sich darüber einig, daß der Staat die Kommunikationen übernehmen solle und stand auch in Verbindung mit der „Internationalen“ in Europa.

Es ging jedoch nicht so fix mit der Organisationsarbeit unter den Eisenbahnern, als die ersten Pioniere es sich vorgestellt hatten. Erst sechs Jahre später kam die andere Organisation, die der Kondukteure, welche in Mendota, Illinois, gegründet wurde. 1873 organisierten sich auch die Geizer auf einer Konferenz in Port Jervis in N. Y. 1883 wurde „The Brotherhood of Railway Trainmen“ und 1887 „The Brotherhood of Railway Trackmen“ gegründet. 1890 schlossen sich die Wagenreparateure, Schmierer und andere mehr, der „Brotherhood of Carmen“ zusammen und 1897 entstand „The Switchmen's Union“.

Damals war jedoch bereits die Landesorganisation der Eisenbahner zustande gekommen. „The American Railway Union“. Dieselbe wurde 1893 in Chicago gegründet. Als Beweis dafür, wie stark der Klassenhaß in Amerika ist, muß angeführt werden, daß die Satzungen Eisenbahnern, die nicht von weißen Eltern abstammen, die Mitgliedschaft verweigern. Ihre Feuertaufe erhielt die neue Organisation im großen Kampfe an „The Northern Western Railway“ im April 1894, wo sie einen glänzenden Sieg errang. Leider erlitt sie dahingegen eine vernichtende Niederlage im Chicagostreik desselben Jahres.

Bevor wir diesen kleinen Rückblick abschließen, möchten wir den gewaltigen Charakter, den die wirtschaftlichen Kämpfe der amerikanischen Eisenbahner während der ersten Jahrzehnte hatten, hervorheben. Vernichtung von Material, Abrennen von Stationsgebäuden und blutige Zusammenstöße mit Militär und Polizei waren keine Seltenheiten. Während einer Periode der Achtzigerjahre waren ein Fünftel aller Streiks Eisenbahnerstreiks.

Ohne Zweifel haben die Eisenbahner in den Vereinigten Staaten einen hohen „standard of life“, was wohl zum größten Teil der Wirksamkeit der Organisationen zuzuschreiben ist. Ein dunkler Fleck ist jedoch trotzdem vorhanden: die große Anzahl von Unglücksfällen. Während des Jahres 1908 verunglückten tödlich während der Arbeit 3470 Eisenbahner, nicht weniger als 83.367 wurden verletzt. Eine durchgreifende Verbesserung dieser Verhältnisse dürfte jedoch kaum zu erwarten sein, bevor auch die Vereinigten Staaten mit der sozialen Schutzgesetzgebungsarbeit ernstlich beginnen.

### Aus dem Gerichtssaal.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung über den Amtscharakter der Privatbahnarbeiter teilt das „Oesterreichische Eisenbahnblatt“ mit: Der Kassationshof hat aus Anlaß der Ueberprüfung eines Straffalles die Entscheidung gefällt, daß Beamte der Privatbahnen in Ausübung bahnpolizeilicher Funktionen als öffentliche Beamte im Sinne des § 101 des Strafgesetzes anzusehen sind. Nach dieser Gesetzesstelle ist als Staatsbeamter „derjenige anzusehen, der vermöge unmittelbaren oder mittelbaren öffentlichen Auftrages, mit oder ohne Bezahlung, Geschäfte der Regierung zu besorgen verpflichtet ist“. Nach § 163 des Strafgesetzes ist nun eine an sich leichte Verletzung gegenüber einem solchen öffentlichen Beamten als das Verbrechen der schweren Körperverletzung zu strafen. In diesem Sinne hat das Kreisgericht Teschen den Angeklagten Josef Bozcek, der einem ihn wegen unbefugten Vortretens der Bahnstraße beanstandeten Bahnwächter einen Stoß versetzt hatte, des Verbrechens der schweren Körperverletzung schuldig erkannt. In der dagegen ergriffenen Nichtigkeitsbeschwerde wurde geltend gemacht, daß Beamte der Privatbahnen — im vorliegenden Falle handelt es sich um die Kaschau-Oderbergerbahn — nicht als Staatsbeamte im Sinne des § 101 des Strafgesetzes anzusehen sind. Die Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Kassationshofe verworfen.

Eine unpraktikable Verkehrs Vorschrift vor dem Kassationshof. Am 25. Oktober 1910 fuhr gegen 3 Uhr nachmittags Zug 197 aus der Richtung Ausitz in der Station Teplitz auf Geleise 6 ein. Der Zugführer Piesche meldete sich beim Verkehrsbeamten Pollak, der ihm auftrag, mit dem Verschubzug zum Magazin zu fahren. Piesche gab Vorwärtssignale, damit der Lokomotivführer der herrschenden Gepllogenheit entsprechend mit dem Verschubzug langsam zur Grenzmarke vorgehe, um hiebei darauf achten zu können, ob ihm der Wächter Erba die Fahrt auf das Hauptgeleise gestatten oder „halt“-Signale geben werde. Der Lokomotivführer fuhr jedoch mit solcher Geschwindigkeit, daß er auf die „halt“-Signale des Wächters Erba bei der Grenzmarke zum Hauptgeleise nicht mehr zum Stillstand gelangen konnte. Infolgedessen kam es zu einer Streifung mit dem auf dem Hauptgeleise aus der Richtung Komotau einkehrenden Zuge 52. Die Zertrümmerung mehrerer Waggons, die schwere körperliche Beschädigung zweier Bediensteter und die leichte Verletzung zahlreicher anderer Bediensteter war die Folge des Unfalles. Da der Zug 52 verspätet war, hatte weder Piesche noch der Lokomotivführer mit seiner Einfahrt im maßgebenden Zeitpunkt gerechnet.

Zugführer Piesche, Assistent Leitmeritz und Wächter Erba hatten sich beim Kreisgericht Leitmeritz wegen Vergehens gegen die körperliche Sicherheit nach § 337 St.-G. zu verantworten. Piesche lag zur Last, daß er als Verschubleiter innerhalb 10 Minuten vor Antritt des Zuges 52 auf das von diesem zu befahrende Geleise einen Verschubzug dirigierte, dem Assistenten Pollak, daß er die Verschubung des Zuges 197 vor Einfahrt des Zuges 52 nicht eingestellt und dem Wächter Erba, daß er sich von der Einstellung der Verschubung nicht überzeugt hatte. Piesche war durch Dr. Leopold Kach, Pollak durch Dr. Knöpfmacher in Leitmeritz, Erba durch Dr. Hübsch vertreten.

Die Sachverständigen Inspektor Kulhavy und Verkehrsinspektor Reischig fanden bei allen drei Angeklagten ein Verschulden; insbesondere habe sich Piesche, ehe er den Verschubzug auf die Strecke dirigierte, über den erwarteten Zug 52 nicht erkundigt. Wenn, wie Piesche angab, wirklich die Gepllogenheit bestand, daß über das erste Vorwärtssignal des Zugführers langsam bloß bis zum Markzeichen vorgefahren werde und von da erst die weiteren Signale des Wächters Erba gegeben würden, so hätte der Lokomotivführer durch vom Zugführer zur Grenze entsandte Zwischenmänner auf die Absicht des Verschubleiters aufmerksam gemacht werden sollen. Natürlich hätte auch Pollak, da er von der Einfahrt des Zuges 52 verständigt war, den Verschub einzustellen gehabt. Der Wächter Erba habe seiner Pflicht zur Kontrolle der Weichen durch bloßen Ausblick vom Stellwerk nicht genügt.

Das Kreisgericht Leitmeritz unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Högel verurteilte den Zugführer Piesche zu sechs Wochen strengen Arrests, sprach dagegen den Assistenten Pollak und den Wächter Erba frei. Pollak habe dem Zugführer nur den beschränkten Auftrag gegeben, zum Magazin vorzufahren und konnte nicht annehmen, daß er den Verschubzug auf die Strecke dirigieren werde. Erba habe bei Vornahme der Kontrolle der Weichen und Grenzmarken den Zug 197 beim Aufnahmsgebäude stehen gesehen und konnte nicht wissen, daß er trotz Einfahrt des Zuges 52 dem Hauptgeleise zu verschoben werde. Dagegen sei Piesche als Verschubleiter für alles verantwortlich.

Gegen dieses Urteil erhob der Verteidiger Dr. Kach die Nichtigkeitsbeschwerde, welche vor dem Kassationshof bei der Verhandlung am 5. Juli von Dr. Tausch vertreten, vom Generaladvokaten Oberlandesgerichtsrat Wilhelm bekämpft wurde.

Der Verteidiger führte aus, Piesche habe damit rechnen dürfen, daß gemäß den erwießen Gepllogenheiten sein Vorwärtssignal vom Führer nur so verstanden werde, daß er langsam bis zur Grenzmarke vorgehe, um die Signale des Wächters Erba beachten zu können. Daß der Lokomotivführer unbekümmert um die Gepllogenheiten rasch vorgehe, habe er nicht wissen können.

Das Urteil des Kreisgerichtes Leitmeritz sei in sich selbst widersprechend, indem es bezüglich des Zugführers eine Gepllogenheit als gegeben erachte, die für den Lokomotivführer nicht bestehe. Es seien keine Gründe dafür angegeben, warum gerade der Zugführer für die Nichteinhaltung der Gepllogenheit verantwortlich gemacht werde. Es wäre zu untersuchen gewesen, ob es überhaupt möglich war, der Instruktion Rechnung zu tragen. Der Verteidiger betonte nachdrücklich, daß die Instruktsbestimmung Artikel 31 der Instruktion XIX, deren Ueberrettung dem Zugführer zur Last liege, in der Zwischenzeit als unpraktikabel geändert werden mußte. Der Vertreter der Generalprokuratur meinte, es sei auf vorchriftswidrige Gewohnheiten überhaupt nicht Rücksicht zu nehmen, das Urteil der ersten Instanz sei frei von Mängeln.

Der Kassationshof unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Roskoshn schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an, hob das Urteil des Kreisgerichtes als nichtig auf und vernies die Sache zur neuerlichen Verhandlung und Urteilsfällung an das Kreisgericht Leitmeritz zurück.

### Streiflichter.

Die ausknüpfenden Reichsbündler. Die keineswegs beneidenswerte Lage, in der sich die deutschnationalen Eisenbahner befinden, die den vom Nationalverband an den Eisenbahnern begangenen Verrat deden sollen, bringt den Schläfeften unter ihnen dazu, zu folgendem, nicht gerade neuen, aber immerhin bequemen Ausfallsmittel zu greifen. In einem umfangreichen Artikel wird im „Deutschen Eisenbahner“ der Spieß so gedreht, daß man die sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation schwerer Verfehlungen anklagt, die diese seit dem Jahre 1905 bis in die neueste Zeit an den Eisenbahnerinteressen begangen haben soll. Den Vertrauensmännern des Reichsbundes wird gleichzeitig geraten, draußen bei Bemühung der Bigen und Entstellungen des „Deutschen Eisenbahners“ das gleiche zu tun. Was im gegenwärtigen Zeitpunkt hiemit beabsichtigt wird, ist klar. Die sozialdemokratische Organisation soll genötigt werden, ihre Stellung als Anklägerin wegen des Verrates der Ablehnung des Antrages des Reichsratsabgeordneten Genossen Tomschil aufzugeben und sie soll verhalten werden, sich selbst zu verteidigen. Das Interesse der Eisenbahner an den Vorgängen der letzten Zeit soll abgelenkt werden und in der Flut von Zeitungs- und Versammlungspolemiken, die entstehen muß, wenn man die Vorfälle der Jahre 1905, 1907, 1908, 1910 und 1911 neuerlich bespricht, soll die Urteilsfähigkeit der Eisenbahner sozusagen eräuft werden. Die jetzt ganz klare Vorstellung des für die jegliche Zeit allein in Betracht kommenden Sachverhalts, daß die Nationalverbändler im Parlament gegen die restlichen, ursprünglich selbst geforderten 17 Millionen Kronen gestimmt haben, soll verwischt und diese Vorstellung soll den Eisenbahnern gegen Zweifel darüber ausgetauscht werden, ob an der Komödie, die die deutschnationalen Eisenbahner seit Jahren treiben, nicht vielleicht doch irgend etwas ernst zu nehmen sei. Für uns steht die Sache wahrlich nicht so, daß wir Erörterungen über irgendeine Epoche der Eisenbahnerbewegung scheuen müßten. Aber im Interesse der Sache müssen wir auf das Vergnügen verzichten, die neuesten Verlogenheiten, Schwimbelien, Entstellungen und Unterstellungen des „Deutschen Eisenbahner“ festzuhalten, so lohnend dies auch wäre. Später, wenn die Ablehnung des Antrages des Genossen Tomschil nicht mehr im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, sind wir gern gewillt, ein Täuschchen mit dem „Deutschen Eisenbahner“ zu wagen und diesem in die Vergangenheit zu folgen, selbst wenn wir bis zur Zuchthausparagrafenvergangenheit der deutschnationalen Eisenbahnerorganisation zurückgreifen müßten. Jetzt ist es uns aber darum zu tun, die Sache nicht auf ein unrichtiges Geleise zu bringen, und so empfehlen wir den Genossen draußen, in allen Fällen, in denen Reichsbündler den Erörterungen über das Verhalten des Nationalverbandes ausweichen und in denen sie sich mit Entstellungen und Verdrehungen auf das Gebiet der Vergangenheit zurückziehen wollen, auf präzisen Erklärungen darüber zu bestehen, ob der Reichsbund und seine Mitglieder die Haltung des Nationalverbandes gutheißen und was der Reichsbund oder was dessen Mitglieder zu tun gedenken, falls sie dessen Verhalten verurteilen. Dies festzuhalten ist notwendig. Ausknüpfen gilt nicht! Mit Worten soll der Reichsbund über die jegliche Situation nicht hinwegkommen und wir wollen ihm die Hölle heiß machen, falls er den Verrat des Nationalverbandes nicht anders quittiert, als mit der Verleumdung der Tätigkeit der sozialdemokratischen Organisation.

Der Uniformskandal bei der k. k. Staatsbahndirektion Wien. Den Bediensteten der k. k. Staatsbahndirektion ist auf Grund der Dienstordnung, wenn sie sich in ihrem Anstande oder in ihrem Rechte verkürzt erachten, der Beschwerdeweg verbürgt und die Vorgesetzten sind verpflichtet, vorgebrachte Beschwerden objektiv zu untersuchen und, wenn die Beschwerden begründet sind, den Bediensteten, so weit die Kompetenz des Vorgesetzten reicht, Rechnung zu tragen, oder die vorgebrachten Beschwerden an die höhere Instanz weiterzuleiten. Die k. k. Staatsbahndirektion Wien scheint aber dieses Recht der Bediensteten nicht mehr zu respektieren, denn dieser Direktion kann man kein Unrecht, und wenn es auch einem öffentlichen Skandal gleichkommt, so begründen, daß sie sich bequemen würde, den betrogenen Bediensteten Rechnung zu tragen, ins-

Besonders dann nicht, wenn ein gewisser Herr und Ludl aus dem Dekonomat das Gegenteil behaupten. Wir führen schon längere Zeit die so sehr begründete Beschwerde auf allen möglichen Wegen über die letzte Uniformlieferung. Aber was kümmert das alles eine Staatsbahndirektion Wien, wenn ihre Bediensteten fast einhellig die Abschaffung dieses Ständes verlangen, wenn sie weiter die unpassende, schlecht ausgeführte und nur oberflächlich, standlos bearbeitete Uniform dem Materialmagazin zurückgeben und gegen eine derartige Wirtschaft protestieren. Das Dekonomat weiß sich ja zu helfen, wenn auch so mancher Bedienstete sich des Gedankens nicht erwehren kann, daß da schon etwas anderes als bloße Freundschaft zu einer Firma dahinterstecken muß, weil sie nicht imstande war und nie sein kann, die Bediensteten zufriedenzustellen. Man kann auch dem Bediensteten einen solchen Gedanken nicht übernehmen, insbesondere dann nicht, wenn die verpöfchten Uniformstücke, die anzuziehen der Bedienstete sich schämen muß, zurückgestellt werden, wenn die Herren sie auch, sofern sie einem die Vorzüge der verpöfchten Uniform nicht harmlos machen können, zurücknehmen, um dann nach einigen Monaten dieselbe Uniform demjenigen wieder zurückzugeben, der den Ueberredungskünsten der Herren standgehalten hat. Im allgemeinen wird aber der Bedienstete, wenn er sich nicht einzurichten versteht, bis zum St. Mirmerstag auf die Uniform warten, und wenn diese zur Wanderung nach Triest, und von dort ohne einen Eingriff wieder nach Wien, nur mit der Zauberformel: „Genau nach Maßzettel gearbeitet“, beordert wird, als selbst schuldtragend erklärt, und die Beschwerde ist zur Gänze erledigt. Die Bediensteten scheinen eine solche Zauberformel zum größten Erstaunen der Staatsbahndirektion nicht zu begreifen. Im übrigen würden ja Bedienstete mit solchen Kuriositäten, wie mit einem längeren Hosenteil, Hosens ohne Gesäß, verschönten und angestrichelten Röcken, wie es wahrscheinlich in Triest modern ist, recht zufrieden sein, wenn diese verdamnte Gewerkschaft nicht Leute, welche sich nach einer derartigen Qualität schon sehr gefehlt haben, verborgen hätte. Die armen Herren Herr und Ludl sind aber wirklich zu bedauern. Sie beide sind mit der Firma Kreftan sehr zufrieden; aber Unand ist der Welt Lohn. Daß die Bediensteten so unverschämte sind, sich von einer Gewerkschaft, die noch dazu rot ist, verführen und aufheben lassen, ist wohl nicht leicht zu begreifen. Vielleicht steht gar noch die Firma Ved, welche jetzt so hochbeinig geworden ist, die von der Firma Kreftan geliefert Kuriositäten nicht zurückzunehmen, hinter ihr. Der Herr Ministerialrat und Staatsbahndirektor wollte dieser Sache ein Ende bereiten, aber er selbst ist bald zu einer ihn sehr ehrenden Einsicht gekommen, die ja zu der ganzen Geschichte paßt. Braucht er noch von anderen als Herrn Herr und Ludl zu Rate ziehen, soll ihm vielleicht die Begründung und die Ansicht dieser zwei Sachverständigen nicht genügen, oder kümmert es die Beteiligten etwa, wenn ihnen die Uniformen nicht passen? Wer damit nicht zufrieden ist, der soll vor Galle und Gift zerpringen und sich Auslagen machen so viel er will, denn irgend jemand ist und wird auch zufrieden sein, wenn man ihn auch unter denjenigen suchen muß, die eine solche Uniform nicht zu tragen brauchen. Nun hält die Staatsbahndirektion mit aller ihrer Macht zu der so berühmt gewordenen Firma Kreftan und verlangt noch von den schon so hart geprüften und erbitterten Bediensteten nach einer gewissen Anleitung, welche in einem Amtsblatt schlummert, Maßzettel. Da aber das Maßnehmen Geld kostet, welches bei einem Bediensteten nicht gerade im Ueberfluß vorhanden ist, man auch keine Gewähr hat für die gelieferten Kuriositäten der Firma, den passenden Körper zu haben, daher das Geld für das Maßnehmen hinausgeworfen wird, wird es schon am besten sein, die Maßzettel nicht abzugeben und alles weitere der unergündlichen Weisheit der k. k. Staatsbahndirektion Wien zu überlassen. Wir werden aber über diesen Skandal noch anderwärts einiges sprechen müssen, vielleicht wird es doch noch jemand geben, der den Bediensteten etwas mehr als dem Herr und Ludl glaubt.

**Nationalverbändlerische Protektionswirtschaft.** Eine neuerliche Protektionsgeschichte, die den Stationsvorstandstellvertreter Julius Galuska in Znaim betrifft, wird von dem „Zentralorgan der österreichischen Eisenbahnbeamten“ erzählt. Von diesem Herrn, so schreibt das genannte Blatt, dessen Antezedentien uns und den meisten älteren Nordwestbahnern aus nicht ganz — sagen wir milde — einwandfreien Affären bekannt ist, und von dem man weiß, daß er ein eifriger Wahlmacher des Abgeordneten Teufel war, zirkuliert seit einer Woche folgendes nette Hörtüchchen, das er angeblich selbst zum besten gab.

„Er habe sich schon lange an den Abgeordneten und ersten arischen Gurkenhändler Teufel gewendet, damit er für den deutschnationalen Gemeinderat Galuska etwas beim Ministerium erwirke. Abgeordneter Teufel habe nun telephonisch, während er den Galuska bei der zweiten Telefonsammlung hören ließ, den Referenten im Eisenbahnministerium gefragt, ob die auferthourliche Beförderung zum Oberrevidenten geschehen werde, worauf die Antwort kam: „Ja, es wird geschehen, wie Sie wünschen.“

Wenn man überdies bedenkt, daß Herr Galuska erst in der Gehaltsstufe von 3000 Kr. war und seine Fähigkeiten weit hinter denen der in der Gehaltsstufe 3200 Kr. stehenden und bedeutend älteren Vorstandstellvertreter in Prag und Reichenberg zurückbleiben, ja daß Herr Galuska der einzige ist, der ab 1. Juli der Titulatur eines Oberrevidenten bei der Nordwestbahndirektion würdig erkannt wurde, so enthält sich hierin ein Stück stinkender Korruption sondergleichen. Hebrigens wies Herr Galuska — dessen geistige Qualitäten schon aus dieser Tatsache erhellen — lange vor Erscheinen des betreffenden Amtsblattes einen Brief des Abgeordneten Teufel urbi et orbi vor, in welchem ihm zur Beförderung gratuliert wurde.

So wirtschaften diese Herren Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes, welche die Anträge zur Besserstellung der Eisenbahner niedergestimmt haben, zum Vortheile jener, welche im Interesse des Eisenbahnministeriums zur Zertrümmerung der Eisenbahnerorganisation beitragen.

Das Ergebnis der Wahl für die Arbeiterausschüsse der k. k. Nordbahn. Für die Arbeiterausschüsse der Nordbahn wurden durchwegs die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Es wurden gewählt:

**für den Arbeiterausschuß Wien:**

**Bau und Bahnerhaltung:** die Mitglieder: Josef Zubasz, Bloßschlosser, Wien; Dominik Reiskup, Zimmerer, Wien-Floridsdorf; Salvatore Amades, Brierer, Wien-Floridsdorf; Jakob Bezusek, Schmied, Götting und die Ersahmänner: Franz Rohrer, Schmied, Brünn; Johann Svoboda, Oberbauarbeiter, Brünn; Michael Soukup, Vorarbeiter,

Lundenburg, und Karl Esin, Schlosser, Wien, mit 505 Stimmen. Die christlichsoziale Liste erhielt 170 Stimmen. 21 Stimmen waren zersplittert, 67 leer, 40 ungültig.

**Werktätten und Zugsförderung:** die Mitglieder: Karl Tausin, Radierer, Floridsdorf; Eberhard Heider, Schlosser, Floridsdorf; Johann Klement, Kupferfahnd, Ober-Gerspig; Ferdinand Sochor, Schlosser, Lundenburg, und die Ersahmänner: Eduard Dickmann, Schlosser, Floridsdorf; Josef Garon, Schlosser, Floridsdorf; Martin Jurasz, Kupferfahnd, Prerau, und Anton Schwingenschlögel, Spengler, Wien, mit 1821 Stimmen. Die Christlichsozialen erhielten 88 und die Deutschnationalen 159 Stimmen. 9 Stimmen waren zersplittert, 221 leer und 12 ungültig.

**Station und Verkehr:** die Mitglieder: Matthias Deisenhammer, Gepädträger, Wien; Thomas Dostal, Gepädträger, Olmütz; Paul Kopecky, Magazinarbeiter, Brünn; Rudolf Paulik, Stationsarbeiter, Raupitz, und die Ersahmänner: Franz Gavelka, Magazinarbeiter, Olmütz; Ladislaus Milda, Gepädträger, Brünn; Jidor Pospichal, Wagenputzer, Wien und Franz Groß, Magazinarbeiter, Wien, mit 1211 Stimmen. Die Liste Seehofer erhielt 451 und die Christlichsozialen 109 Stimmen. 9 Stimmen waren zersplittert, 56 ungültig und 403 leer.

**Für den Arbeiterausschuß Mährisch-Odrau:**

**Bau- und Bahnerhaltung:** die Mitglieder: Ludwig Fischer, Zimmerer, Friedek; Josef Marona, Zimmerer, Oswiecim; Johann Mazgala, Vorarbeiter, Krafau; Peter Winter, Vorarbeiter, Prerau, und die Ersahmänner: Franz Krawczyk, Vorarbeiter, Krafau; Franz Kolascel, Zimmerer, Leipnitz; Franz Ulrich, Oberbauarbeiter, Mährisch-Odrau, und Michael Gaj, Oberbauarbeiter, Mährisch-Odrau, mit 1502 Stimmen. Die Christlichsozialen erhielten 492 Stimmen, 104 waren zersplittert, 388 leer und 201 ungültig.

**Werktätten und Zugsförderung:** die Mitglieder: Franz Gilg, Kupferfahnd, Mährisch-Odrau; Franz Krißle, Dreher, Mährisch-Odrau; Ignaz Kupczik, Schlosser, Krafau; Franz Peterel, Kohlenlader, Friedek, und die Ersahmänner: Matthias Promovskij, Hilfsarbeiter, Mährisch-Odrau; Rudolf Sante, Tischler, Mährisch-Odrau; Johann Hollubowicz, Schlosser, Krafau und Josef Geislich, Kohlenlader, Mährisch-Odrau, mit 1128 Stimmen. Die Liste Wetz erhielt 105 Stimmen, 8 waren zersplittert, 8 ungültig und 276 leer.

**Verkehr und Station:** die Mitglieder: Benzel Wolf, Magazinarbeiter, Mährisch-Odrau; Josef Lögel, Magazinarbeiter, Sternberg; Theophil Blasinsky, Magazinarbeiter, Oswiecim; Stanislaus Bobel, Magazinarbeiter, Krafau, und die Ersahmänner: Michael Buczel, Verschubarbeiter, Krafau; Franz Wilson, Magazinarbeiter, Oswiecim; Franz Jants, Fahrdienstarbeiter, Mährisch-Odrau und Franz Aniol, Verschubarbeiter, Krafau, mit 938 Stimmen. Die Liste Orasch erhielt 288 Stimmen, 93 waren zersplittert, 138 leer und 4 ungültig.

**Umbau des Bahnhofes in Bobenbach.** Die Staatsbahnverwaltung befaßt sich seit längerer Zeit mit Studien über eine entsprechende Ausgestaltung der Bahnhofsanlagen in Bobenbach, namentlich mit der Erweiterung der dortigen Personen-Dienstanlagen durch Einbau von Zwischenperrons für die einmündenden einzelnen Verkehrsrelationen, sowie der betriebsökonomischen Ausgestaltung und Disponierung der Lokomotiv- und Transitzüge und deren Rangier- und Zugsförderungsanlagen.

**Eisenbahner des Teischen-Bobenbacher Bezirkes, Aktion!** Anlässlich des 20jährigen Bestandes der allgemeinen Eisenbahnerorganisation veranstalten die Ortsgruppen Bobenbach, Teischen, Außig und Schredenstein am 4. August in Außig ein gemeinschaftliches Fest auf der Pfarrwiese. Es geht deshalb an die Eisenbahner des Bezirkes der Aufruf, so zahlreich als möglich an diesem Fest teilzunehmen, so wie es die Außiger und Schredensteiner Kollegen 1910 beim Ausflug nach dem Verschlöß in Politz getan haben. Der Eintrittspreis auf den Festplatz ist ein sehr geringer, da das Fest von den genannten Ortsgruppen in eigener Regie geführt wird. Vorverkaufsstellen zum Festplatz sind bei allen Vertrauensmännern sowie im Arbeiterheim in Teischen „zur Försterhöhe“ und Bobenbach, Volkshalle, zu haben.

**Aus den Amtsblättern.**

Die Exekution von Dienst-, Lohn- und Ruhebezügen. Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 10. Juli 1912, Z. 930/E. M. an alle Organe betreffend die Aenderung exekutivrechtlicher Bestimmungen durch das Gesetz vom 17. Mai 1912, R.-G.-Bl. Nr. 104, über die Erhöhung des exekutivfreien Betrages von Dienst- und Lohnbezügen, Ruhegenüssen und anderen. Am 1. August 1912 tritt das Gesetz vom 17. Mai 1912, R.-G.-Bl. Nr. 104, in Wirksamkeit. Durch dieses Gesetz wird der der Exekution entzogene Mindestbetrag bei Aktivitätsbezügen von 1600 Kr. auf 2000 Kr. und bei Ruhegenüssen von 1000 Kr. auf 1200 Kr. erhöht. Die für Angestellte des öffentlichen Dienstes weiter bestehende Beschränkung, daß der Exekution nur ein oder nach Umständen zwei Drittel der Bezüge unterliegen, bleibt unverändert.

Für die Exekution behufs Leistung des aus dem Gesetz gebührenden Unterhaltes hat es gemäß Artikel III, Z. 1, des Gesetzes bei den hinsichtlich der Zivilbediensteten geltenden Mindestbeträgen von 800 Kr. und 500 Kr. zu verbleiben.

Unter Berücksichtigung der im Artikel III, Z. 3, weiters aufgenommenen Bestimmung ergibt sich demnach in Zukunft für die Exekution auf Bezüge nachstehende Uebersicht:

	Von den Bezügen der öffentlichen Beamten und ihrer Hinterbliebenen, und zwar		Von den Bezügen der Privatbediensteten und ihrer Hinterbliebenen, und zwar		Von den Bezügen der im § 291, Z. 1, 2, 3, E.-G. bezeichneten Art
	von den Aktivitätszulagen	von den Ruhegenüssen	von Dienstbezügen	von Ruhegenüssen	
bei der Exekution für nicht beginnende Forderungen	zwei Drittel, zum mindesten 2000 Kr.	zwei Drittel, zum mindesten 1200 Kr.	1200 Kr.	2000 Kr.	1200 Kr.
bei der Exekution behufs Leistung des aus dem Gesetz gebührenden Unterhaltes	ein Drittel, zum mindesten 800 Kr.	ein Drittel, zum mindesten 500 Kr.	500 Kr.	500 Kr.	500 Kr.
bei der Exekution zur Vereinfachung von Steuern, öffentlichen Abgaben samt Zulagen und Vermögensübertragungsgebühren	zwei Drittel, zum mindesten 2000 Kr.	zwei Drittel, zum mindesten 1200 Kr.	1000 Kr.	600 Kr.	** 1200 Kr.

\*) Die Steuern genießen bei öffentlichen Beamten keine Begünstigung.  
\*\*) Auch hier genießen die Steuern keine Begünstigung.  
Für den k. k. Eisenbahnminister: Gelsenberger.

**Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirst man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferenten weiter.**

**Korrespondenzen.**

**Leoben.** (Zusammenstoß eines Güterzuges mit einem Lastenfuhrwerk.) Auf der Staatsbahnstrecke zwischen den Stationen Oberaich und Brud a. d. Mur ereignete sich am 22. v. M. ein schwerer Eisenbahnunfall. Der Güterzug Nr. 1164, der um 4 Uhr 10 Minuten durch die Station Oberaich fahrplanmäßig durchfährt, stieß beim Wächterhause Nr. 3 auf einen bei der Geleiseüberführung auf dem Geleise stehenden Schotterwagen. Der Lastzug hatte 60 beladene Waggons und zwei Lokomotiven. Als die Lokomotivführer bemerkten, daß bei dieser Geleiseüberführung ein Wagen auf dem Geleise stehe, gaben sie mit aller Kraft Konterdampf. Der Zug wurde zwar nahezu zum Stehen gebracht, aber die Wirkungen des Zusammenstoßes, und besonders die des Rückpralles, waren trotzdem noch schreckliche. Beide Lokomotiven wurden durch den heftigen Anprall arg verbogen und in die Höhe gehoben; durch diese Beschädigungen sind die zwei Lokomotiven gänzlich unbrauchbar geworden. Die an die Lokomotiven angepöppelten fünf Güterwaggons wurden gänzlich zertrümmert. Die nachfolgenden 20 Waggons wurden aus dem Geleise gehoben, teilweise umgeworfen und ebenfalls schwer beschädigt. Die übrigen Güterwaggons wurden durch das Zurückprallen ebenfalls mehr oder minder beschädigt. Der Gepädswagen wurde ebenfalls schwer beschädigt und aus dem Geleise geworfen. Vom Zugsbegleitpersonal wurde glücklicherweise niemand ernsthaft verletzt, obwohl einzelne Bedienstete kleinere Hautabschürfungen und Quetschungen erlitten. Die Bremser retteten sich durch rechtzeitiges Abpringen. Die Ladung der Wagen bestand aus Glaswaren, Eisen und Kohlen. Die Unfallstelle bietet einen Anblick schauerlicher Verwüstungen; gänzlich zertrümmerte Waggons, die Waggonladungen liegen auf oder neben dem Geleise, die zwei riesigen Lastenzuglokomotiven sind ganz verbogen und ineinandergeschoben. Der Schotterwagen, der dem Steinbruchbesitzer Fraueneber in Brud a. d. Mur gehört, wurde ebenfalls zertrümmert, die Pferde wurden unerheblich, der Fuhrknecht gar nicht verletzt. Von Leoben ging sofort ein Hilfszug an die Unfallstelle ab, am Abend gingen Hilfslokomotiven aus der Staatsbahnwerkstätte Mittelfeld und aus der Südbahnwerkstätte in Marburg an die Unfallstelle ab. Der Personenverkehr mußte durch Umsteigen aufrechterhalten werden. Die Express- und Schnellzüge wurden in den Hauptstationen zurückgehalten, der Umsteigerverkehr wurde durch zwei Hilfszüge zwischen Leoben und Brud besorgt.

Ueber die Ursache dieses Zusammenstoßes konnten wir nachträglich in Erfahrung bringen, daß der Wächter des Wächterhauses Nr. 3 nach dem Passieren des Zuges Nr. 1167 den daherkommenden Schotterwagen noch die Geleiseüberführung passieren lassen wollte. Die Zwischenzeit zwischen dem Passieren des Zuges Nr. 1167 und des Zuges Nr. 1164 beträgt 9 Minuten. Unglücklicherweise blieb aber der schwer beladene Schotterwagen auf der Geleiseüberführung stehen, die Pferde brachten den Wagen nicht mehr heraus. In diesem Moment kam der Güterzug Nr. 1164 dahergefahren. Trotzdem die Lokomotivführer Konterdampf gaben und auch die Bremser die Handbremsen anzogen, war der Zusammenstoß unvermeidlich. Der große Materialschaden entstand hauptsächlich durch den starken Rückprall infolge des plötzlichen Bremsens.

Der Materialschaden ist ein außerordentlich großer, da nicht nur Waggons, sondern auch die Ladung teilweise vernichtet ist.

**Oberfurt.** Die Bewohner der Personelhäuser der Nordbahn in Mährisch-Odrau beschwerten sich über die sanitätswidrigen und gesundheitsgefährlichen Zustände der Kanalisation in den Personelhäusern. Die Sanitätsbehörde wird hiermit aufgefordert, eine unangemeldete Inspektion der Ausgüsse, Kanäle und Keller in den obgenannten Personelhäusern ehestens vorzunehmen.

**Obbs-Kemmelbach.** Herr Bahnmeister Krieger in Obbs-Kemmelbach wird aufgefordert, die ihm unterstellten Wächter anständig zu behandeln. Sollte diese Mahnung fruchtlos sein, so müßten wir uns an dieser Stelle weiter mit ihm beschäftigen, was ihm äußerst unangenehm werden könnte.

**Wald.** (Ein empfehlenswerter Vorgesetzter.) „Wem's nicht recht ist, der soll schau'n, daß er weiterkommt; ich krieg' hundert für jeden einzelnen!“ — Mit dieser Argumentation werden von Bahnmeister Pirch mit Vorliebe Klagen erledigt, die von Untergebenen wegen erlittenen Nachteils oder ungerechter Behandlung u. s. w. erhoben werden. Pirch ist zwar nur ein Vorgesetzter niederen Ranges, der selbst ein Duzend anderer über sich stehen hat, aber das verschlägt seiner deutschnationalen Natur nichts. Vorgesetzter ist er doch und als solcher kann er den ihm unterstellten Arbeitern gegenüber seine Vorgesetzten- und „Bahnmeisterherrlichkeit“ immerhin entfalten und die in seiner Uniform verkörperte Macht und Autorität zur Geltung bringen.

Zu hiesigen Pumpenbauern machten sich Reparaturen notwendig, mit welchen vor ungefähr zwei Monaten begonnen und zu deren Ausführung Schlosser eingestellt wurden. Denselben wurden außerdem noch drei Arbeiter der Bahnerhaltung als Hilfskräfte beigegeben, und müssen dieselben in dieser Eigenschaft Ueberstunden machen, da die Arbeitszeit von 5 Uhr früh bis 7 Uhr abends dauert. Bahnmeister Pirch war jedenfalls besorgt, daß die betreffenden Arbeiter dadurch zu viel verdienen und ihre grenzenlose Verschwendung unangenehm beeinflussen werden könnte. Er faßte sich daher ein Herz, erbarmte sich ihrer und brachte bei der Auszahlung dem einen 19 Stunden, einem zweiten 17 Stunden und dem dritten 9 Stunden, von dem im Monat Juni ins Verdienen gebrachten Taglohn in Abzug.

Die davon betroffenen Arbeiter erhoben dagegen Einspruch und verlangten Aufklärung, worauf ihnen Bahnmeister Pirch erwiderte: „Wem's nicht recht ist, der soll schau'n, daß er weiterkommt, ich krieg' hundert für jeden einzelnen.“ Weil also Pirch hundert für jeden einzelnen sich zu kriegen traut, müssen sich die Arbeiter alle Willkürlichkeiten von ihm gelassen lassen! Die Arbeiter, die auf Grund ihrer Entlohnung ohnehin zu wahren Hungerkünstlern degradiert sind und ihren „Beitel“ durch lange Arbeit fauer genug verdienen müssen, sollten es sich, nach Ansicht des Bahnmeisters Pirch auch noch gefallen lassen, ohne Grund in ihren Ansprüchen geköpft zu werden!

Wir legen der Bahnerhaltungssektion Selbthal nahe, derartigen Willkürlichkeiten des Bahnmeisters Pirch Schranken zu setzen, ansonsten die ihm unterstellten Arbeiter gezwungen sind, es selbst zu tun, da dieselben nicht gesonnen sind, ihren in langer Fron ins Verdienen gebrachten Lohn sich auch noch vorenthalten und streitig machen zu lassen.

Daß über Bahnmeister Rudolf Pirch Klagen laut werden, geschieht nicht zum erstenmal. Es wäre aber auch eitel Hoffnung, von Herrn Pirch eine Besserung zu erwarten. Wir wollen zum Beweis der „Arbeiterfreundlichkeit“ und der sonstigen „erbabenen“ Vorzüge, über welche Pirch verfügt, eine wertvolle Ergänzung liefern, woraus die Öffentlichkeit ersicht werden wird, wie „gut“ es Herr Pirch mit den Arbeitern meint.

Fünf Arbeiter waren es, die der Vorgesetztenfuchtel des Bahnmeisters Pirch „adieu“ sagten. Pirch aber weiß, was sich in einem solchen Fall für einen „wohlwollenden“ und „arbeiterfreundlichen“ Vorgesetzten geziemt. Obwohl er aufgehört hat, Vorgesetzter jener fünf Arbeiter zu sein, war er an dem künftigen „Böhrlegerben“ derselben in so hohem Maße interessiert, daß er es sich nicht verfangen konnte, zu dessen Gestaltung sein „möglichstes“ beizutragen. Instinktgemäß setzte er sich zum Schreibeisch, ließ die Feder über das Papier gleiten

und fabrizierte einen — die freiwillig von ihm fortgegangenen fünf Arbeiter — „befürwortenden“ Brief, welchen Pirch an einem ihm befreundeten Bahnmehster sendete und dessen ersten Teil wir hienmit der Öffentlichkeit wörtlich wiedergeben. Er lautet:

„Lieber B. . . . !

Du entschuldigst schon, daß ich Dich mit ein paar Zeilen belästige, indem ich Dich vor ein paar Falotten (!) warne, die heute bei mir die Abrechnung genommen, und wahrscheinlich morgen oder übermorgen bei Dir anfragen wollen, wie ich eben in Erfahrung gebracht habe. Es sind diese folgende: (folgen die Namen der fünf Arbeiter.) Ich sage Dir, Gefindel (!) ersten Ranges, nicht allein faul, sondern auch frech und zu jeder (!) Schandtat als zur Arbeit fähig. Mit den zwei ersten, habe ich schon sehr große Unannehmlichkeiten gehabt bei der Direktion und ich bin froh, daß ich sie einmal los bin. Du wirst dich zu richten wissen.“

Jetzt sage noch jemand, daß der Bahnmeister Rudolf Pirch kein „arbeiterfreundlicher“ und „charaktervoller“ Mann ist, vor dem insbesondere jeder Arbeiter, mit „Respekt“ und „Ehrfurcht“ den Hut ziehen muß. Bahnmeister Pirch beschäftigt also Arbeiter, mit denen er schon „sehr große Unannehmlichkeiten bei der Direktion gehabt“, Arbeiter, die „zu jeder Schandtat fähig“, die „Falotten“ sind — und die, wie es sich für „Falotten“ schon ziemt — nicht nur „frech“, sondern auch „faul“ zugleich sind. Bahnmeister Pirch war aber so „edel“, er hat diese fünf Arbeiter nicht entlassen, obwohl sie die reinsten „Verbrechermkmale“ an sich trugen, sondern er hat gewartet, bis sie selbst geru von ihm gegangen sind! Herr Pirch wie reimt sich das zusammen? Was sagen Sie zu diesem Ihrem Schreiben, mit welchem Sie keineswegs die fünf Arbeiter rücheln, sondern nur sich selbst charakterisieren? Verspüren Sie denn gar keine Anwandlung von Scham, ob der verwerflichen Handlung, mit der Sie den fünf Arbeitern die Ehre genommen und ihr ferneres Stück Brot streitig zu machen versuchten?

**Triest. (Erklärung.)** In letzter Zeit wird hier von einigen zweifelhaften Individuen das Gerücht verbreitet, daß ein Mitglied des „Zveza jugoslovanski Zelezničarjev“ sei und für diesen der Allgemeinheit und Solidarität schädlichen Verein agitiere.

Hienmit erkläre ich öffentlich, daß ich noch niemals Mitglied dieses Vereines war und auch niemals Mitglied werden konnte, und müßte einen jeden, der diese Verleumdung verbreitet oder behauptet, als gemeinen Lügner gerichtlich belangen.

Franz Franc, Oberkondukteur der k. k. Staatsbahnen in Triest.

**Klagenfurt. (Vom Hauptbahnhof.)** Die hiesigen Macher des Reichsbundes deutscher Eisenbahner sind seit einiger Zeit ganz außer Rand und Band. Als im Vorjahre die Deutschnationalen bei der Reichsratswahl mit Terrorismus, Wahlbeeinflussung und anderen Schwindeleien einen traurigen, aber an Mandaten erfolgreichen Sieg im Lande erfochten haben, da stieg einigen deutschnationalen Heißspornen am Hauptbahnhof der Kamm und mit allen Mitteln versuchten sie, die Bediensteten und Arbeiter dem Reichsbund deutscher Eisenbahner als Mitglieder zuzuführen. Wer freiwillig sich hierzu nicht herbeiließ, der wurde im Dienste schikaniert und mit Anzeigen bedroht. Die Beitrittsanmeldungen wurden auf diese Art unter Mithilfe einiger Unterkaufleute förmlich von den Bediensteten erpreßt und wer dann die Beiträge nicht zahlen wollte, dem wurden dieselben einfach abgezogen. Ja sogar Bedienstete hat man während der Dienststunden dazu verwendet, um die Beiträge in den Wohnungen der Mitglieder einzufassieren. Unzählige Versammlungen wurden abgehalten, Versprechungen aller Art wurden den Mitgliedern gemacht, ein Gesangverein wurde gegründet, und als dies alles noch nicht recht zog, wurden auch Zitherkonzerte veranstaltet. Wir waren uns damals klar darüber, daß die Neigung einzelner Bediensteter zu dieser Organisation nur ein Ueberlauf ist und daß diese Organisation keinen dauernden Bestand haben kann, weil die parteipolitische Tendenz dieser Organisation mit den Interessen der Bediensteten im Widerspruch steht. In den Versammlungen und in der sonstigen Agitation eisenbahnerfreundlich und im Parlament als Partei aber eisenbahnerfeindlich, das verträgt sich nicht. Und so ist es auch gekommen. Die Abstimmung im Parlament über die 17 Millionen für die Eisenbahner und die ablehnende Haltung der deutschnationalen Abgeordneten hierzu hat manchem Mitglied die Augen geöffnet. Die Folge ist, daß ein Mitglied nach dem anderen aus dem deutschnationalen Verein austritt. Natürlich bemüht sich der Obmann des Vereines, der Adjunkt Egarter, mit Leibeskraft, den Zusammenbruch dieser Organisation zu verhindern. So rannte er kürzlich einem Bediensteten, welcher seinen Austritt angemeldet hatte und um 1/2 Uhr nachts mit einem Zuge ankam, am Bahnhof nach und ermahnte ihn, doch Mitglied zu bleiben und zusammenzuhalten. Als auf die Abstimmung im Parlament verwiesen wurde, erklärte er, daß er in der nächsten Monatsversammlung einen Vortrag über die Ablehnung der 17 Millionen halten werde. Auch andere Mitglieder sind ausgetreten. Sie sagen sich, was haben wir von der Resolution, welche vom Deutschen Nationalverband beantragt wurde. Damit können wir uns doch nichts kaufen. Und sie haben recht. Mancher Bedienstete und Arbeiter ist dadurch um eine Erfahrung reicher geworden und hat Freund und Feind seiner Interessen unterscheiden gelernt.

**Leob. (Ein humaner und pflichtgetreuer Arzt.)** Ein Bahnarzt, der seinen Pflichten nicht nachkommt, ist Herr Dr. Franz Hein von Schwarzach-St. Veit. Sonntag den 23. Juni erkrankte unser Genosse Martin Voithofer in Leob an Bauchkolik. Voithofer erkrankte um 10 Uhr vormittags, um 2 Uhr nachmittags fuhr seine Frau nach Schwarzach zu Dr. Hein und ersuchte ihn, sofort zu kommen. Dr. Hein erklärte, daß es ihm zu umständlich sei für heute; falls der Patient aber bis abends nicht besser würde, so möge man ihn verständigen, damit er morgen komme. Die Frau begab sich wieder nach Hause und gab den vor Schmerzen Stöhnenden diverse Hausmittel, ohne daß es besser wurde. Am Montag um 1 Uhr nachts wurde vom Wächterposten 67 nach Schwarzach um Dr. Hein telephoniert, um 1/3 Uhr kam als Rückantwort, daß Herr Dr. Hein nicht vor 5 Uhr aufstehe. Um 1/8 Uhr früh kam der Arzt endlich. Voithofer mußte in fürchterlichen Schmerzen 21 Stunden ohne ärztliche Hilfe bleiben. Am 26. Juni starb Genosse Voithofer. Den Herrn Dr. Hein möchten wir denn doch fragen, ob er seinen Beruf als bloße Geschäftigkeit auffaßt. Er ist auch Bürgermeister von Schwarzach-St. Veit, und es ist anzunehmen, daß ihm die Arbeit zu viel ist. Die Staatsbahndirektion möge diesen Fall doch untersuchen! Es wäre vielleicht doch möglich gewesen, den Kranken zu retten, wenn rechtzeitig Hilfe am Plage gewesen wäre. Daß die Mitglieder der Krankenkassen im Bezirke Doktor Heinz mit Mißtrauen gegen einen solchen Arzt sind, ist wohl ganz selbstverständlich. Also wir bitten um Untersuchung des Falles und Belehrung des Herrn Dr. Hein, dieses humanen Arztes.

**Wartberg. (Ein humaner Parteiführer.)** Wie mit den kroatischen Oberbauarbeitern auf der Südbahnstrecke umgesprungen wird, hatten wir dieser Tage wieder Gelegenheit zu sehen. In Wartberg wird die Bahnhofsanlage erweitert. Zu diesem Zwecke ist eine beträchtliche Anzahl von kroatischen

Arbeitern beschäftigt, die unter dem Parteiführer Florian Prade aus Kaindorf stehen. Unversehens kollerte einem Arbeiter ein Stein über die Wöschung hinunter, ohne irgend jemand zu treffen oder sonst einen Schaden anzurichten. Hierüber wurde der Parteiführer Prade so zornig, daß er von einem Wagon einen Schaufelstiel hervorholte, auf den Arbeiter zusprang, ihn am Halse faßte und mit dem Schaufelstiel tüchtig auf die Schenkel des Arbeiters losschlug. Ueber diese Rohheit des Parteiführers erobte, warfen die anderen Arbeiter ihre Werkzeuge weg und wollten nicht mehr weiterarbeiten. Erst einem Stationsbeamten gelang es, die Leute durch gutes Zureden zum Weiterarbeiten zu bewegen. Wir meinen, es würde nicht schaden, wenn die Südbahn diesen rohen Menschen anständig verweisen würde.

**Pettau.** Im September 1910 verunglückte der Oberbauarbeiter J. Tezaf bei der Arbeit dadurch, daß ihm beim Einschlagen eines Schienenagels dieser abprellte und ihm das rechte Auge derart verletzete, daß es erblindete. Das linke Auge ist stark geschwächt. Tezaf ist nun gänzlich erwerbsunfähig und bezog eine Rente von Kr. 34.80 monatlich. Wie in fast allen Fällen, so hat auch hier die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt sich klagen lassen, und Tezaf betrat auch wirklich den Klagenweg. Bei der am 5. Juli 1912 stattgefundenen Verhandlung in Wien, bei welcher Genosse Tezaf persönlich erschienen war, machte der Verteidiger Tezafs, Herr Dr. Anton Braß, die zu geringe Einschätzung der Erwerbsunfähigkeit geltend, und war es ihm auch gelungen, für Tezaf eine 42prozentige Rente zu erreichen. Herrn Dr. Braß sei auch an dieser Stelle für sein tatkräftiges Einschreiten in diesem schweren Falle herzlich gedankt. An die Oberbauarbeiter aber ergeht der Ruf: Hinein in die Organisation! Der Fall Tezaf hat gewiß die Notwendigkeit des Ausbaues der Organisation und des Zusammenschlusses besonders der Oberbauarbeiter gezeigt.

**St. Veit a. d. Glan. (Nachruf.)** Anlässlich der dienstlichen Veretzung des Herrn Oberkommissärs Rudolf Schmeid und der Ernennung zum Vorjande der k. k. Bahnerhaltungssektion Pöden sprechen die gesamten organisierten Bahnrichter, Wächter und Arbeiter der k. k. Bahnerhaltungssektion Klagenfurt demselben für sein freundliches Entgegenkommen und gerechte Behandlung seiner Untergebenen den wärmsten Dank aus, und beglückwünschen ihre Kollegen von Pöden zu ihrem neuen Vorgesetzten.

Wir wünschen dem Herrn Oberkommissär samt seiner Familie das Beste im neuen Bestimmungsort.

**Hartberg.** Sonntag den 14. d. M. fand das Leichenbegängnis des Genossen Anton Lang, Kondukteur der k. k. Staatsbahn, welcher in der Station Rohrbach-Vorau am 11. d. M. tödlich verunglückte, unter zahlreicher Beteiligung von Beamten, Unterbeamten und Kollegen sowie vieler Bürger in Hartberg statt. Aus allen Stationen von Graz bis Aspang, sogar von Wiener-Neustadt und Wien hatten sich Kollegen eingefunden, um dem Verunglückten die letzte Ehre zu erweisen. Die Genossen Wendler und Weigelberger hielten am Grabe bewegte Abschiedsworte an den Verstorbene, und der Eisenbahner-Gesangverein „Sängerrunde“ aus Graz trug zur Ehrung des Toten durch den Vortrag eines ergreifenden Trauerchors bei. Wir werden dem Verunglückten stets ein ehrendes Andenken bewahren.

**Sigmundsherberg.** Freitag den 5. Juli wurde Genosse Alois Knapp, Oberbauarbeiter, in Horn zu Grabe getragen. Genosse Alois Knapp war ein ruhiges und braves Mitglied und wirkte auch aufläuternd unter seinen Kollegen. Daß Genosse Knapp allseits beliebt war, bewies die zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnis. Am Grabe hielt Genosse Traisch dem zu früh Verstorbenen einen rührenden Nachruf, wobei sein Auge trocken blieb. Zu bemerken wäre hier noch, daß nicht einmal die nächste Station Sigmundsherberg und die Bahnerhaltungssektion Eggenburg vom Leichenbegängnis verständigt wurden. War ja nur ein Arbeiter.

**Oberfurt.** (Wie die Kandidatenlisten der nationalen Koalition gemacht werden.) Bei der dieser Tage stattgefundenen Wahl für den Arbeiterausschuß der Nordbahndirektion wurde den nationalen Arbeitern eine Kandidatenliste vorgelegt, auf welcher sich Deutsch- und Tschechischnationale in holder Eintracht befanden. Dies war gerade in einer Zeit der wüsten nationalen Begeerungen während des Solofinanzkongresses in Prag. Das kann aber wohl keinen denkenden Arbeiter mehr wundernehmen, weiß doch jeder, daß nur der blinde Haß gegen die Sozialdemokratie die feindseligen Brüder eint. Weniger bekannt wird dagegen sein, mit welcher Gewissenlosigkeit und Oberflächlichkeit Kandidatenlisten von der nationalen Koalition zusammengestellt werden. Wir sind im Besitze einer Erklärung eines der Kandidaten des Reichsbundes deutscher Eisenbahner, die wir der Kuriosität halber hier ganz veröffentlichen, aus welcher die Öffentlichkeit entnehmen kann, wie hoch der Reichsbund den Arbeiterausschuß wertet, wenn er Leute kandidiert, die von sich selbst sagen, daß sie nicht die Fähigkeit besitzen, die Arbeiterschaft im genannten Ausschusse zu vertreten. Wir verkennen nun freilich auch nicht die schwierige Situation des Reichsbundes, oder, besser gesagt, seines Obmannes, des Herrn Beamten Lanjisch, Kandidaten namhaft zu machen, wenn man keine Arbeiter als Mitglieder hat. Doch genug der Worte: lassen wir den Kandidaten sprechen, der, nebenbei bemerkt, nicht die geringste Angst vor dem Mandat haben muß, das er nie wird ausüben müssen, denn dafür haben schon die Notizen gesorgt.

Erklärung.

Auf der von Seiten der nationalen Koalition herausgegebenen Kandidatenliste für den hiesigen Arbeiterausschuß finde ich auf ganz unerklärliche Weise meinen Namen als Kandidat für diesen Ausschuß. Ich erkläre deshalb öffentlich, daß ich niemand das Recht erteilt habe, mich auf diese Liste zu setzen, daß ich ebensowenig von jemand hievon verständigt wurde. Da ich auch keiner der beteiligten Organisationen angehöre, muß ich mich gegen eine solche Vorgangsweise auf das entschiedenste verwahren. Zugleich fühle ich mich bemüht, zu erklären, daß ich auf keinen Fall eine Kandidatur für eine für die Gesamtarbeiterschaft gewiß wichtige Institution annehmen würde, da ich mich nie mit den die Arbeiterschaft langwierenden Fragen beschäftigt habe, und daher es mir gar nicht möglich wäre, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Ich ersuche deshalb die verehrliche Koalition und insbesondere den Obmann des Reichsbundes deutscher Eisenbahner, meinen Namen in Zukunft nicht wieder zu missbrauchen und die Arbeiterschaft nicht zu narren.

Ferdinand Schönpwälder, Schlosser.

**Olmütz. (Die Wohnungsfürsorge der Staatsbahnverwaltung.)** In Angelegenheit der Nordbahn-Zinshäuser in Olmütz erlauben wir uns an unsere k. k. Nordbahndirektion wie auch an das k. k. Eisenbahnministerium einige Worte zu richten, wobei wir gleichzeitig ersuchen, über das hier Ausgeführte nicht so gleichgültig hinwegzugehen, als dies sonst gewöhnlich geschieht. Den diesbezüglichen maßgebenden Faktoren wird gewiß bekannt sein, daß die hiesigen Ortsgruppen sowie auch die Zentrale unserer Organisation fünf volle Jahre hindurch nichts unversucht ließen, damit Naturalwohnungen für Bedienstete der Station Olmütz errichtet werden, um so der hier herrschenden Wohnungsnot und -Leuerung wenigstens teil-

weise entgegenzuwirken. Endlich wurde, spät im Herbst 1911, mit dem Bau dieser Häuser begonnen, und mit 1. Juli 1912 mußten die Bewerber um eine solche Wohnung einziehen. Jetzt, nach Fertigstellung dieser Wohnungen, sieht die Sache aber ganz anders aus, als ob mit dem Baue die Wohlfahrts-einrichtung geschaffen worden sei, die geschaffen hätte werden können.

So lange das Studium in dieser Angelegenheit dauerte, so kurz war die Frist zum Einziehen in die zum Wohnen noch nicht geeigneten Räume. Als unser Bahnarzt Doktor Sonnenschein erklärte, daß diese Häuser noch nicht bewohnt werden können, da dieselben, besonders im Parterre, noch sehr feucht seien, wurde derselbe verhalten, diese Wohnungen als bewohnbar zu erklären. Jetzt treten die Folgen in Form von Erkrankungen auf. Die Einrichtung der Parteien geht direkt zugrunde. Schwären können in diesen Wohnungen überhaupt nicht aufbewahrt werden, da dieselben sofort schlecht und ungenießbar werden. Es treten ferner auch verschiedene andere Uebelstände auf, welche alle auf die Feuchtigkeit der Wohnungen zurückzuführen sind. Damit ja keine Wohnung leerbleibe, wurde den Bewerbern unter anderem auch das Beheizungs-pauschale versprochen. Als aber die Betroffenen ihre alten Wohnungen gekündigt hatten, wurden sie verständigt, daß ihnen das Versprochene nicht gegeben werden könne. Die Enttäuschung unter den Betroffenen war daher sehr groß. Der Vertrauensmann Genosse Leiß ging sofort diesbezüglich zum Streckenordnungs Herrn Inspektor Kostersich, der mit seinem Stellvertreter Herrn Kommissär Lindner die Unterstüßung der berechtigten Bitte nach Einhaltung der Zusicherung versprach. In einer Besprechung der Betroffenen wurde folgender Protest verfaßt: „Die Unterzeichneten protestieren auf das entschiedenste gegen die Zumutung, sich jetzt auf einmal das ihnen gebührende nachweisbar zugesagte Beheizungs-pauschale entziehen zu lassen und ersuchen um Veranlassung der Zurückziehung dieser Verfügung, da die Betroffenen nicht gesonnen sind, sich eine solche Ueberverteilung gefallen zu lassen.“ Dieser Protest wurde von allen Bediensteten, bis auf einen, der krank im Spital liegt, unterschrieben.

14 Tage nach Ueberreichung des ersten Ansuchens überreichte Genosse Leiß ein zweites Ansuchen, worin um einseitige Ausfolgung der zum Ausheizen unbedingt erforderlichen Kohle gebeten wurde. Zirkel acht Tage später wurde Genosse Leiß verständigt, daß sein zweites Ansuchen von Herrn Zentralinspektor Prinz abgewiesen wurde.

Samstag den 6. Juli k. J. und Dienstag den 16. Juli war Genosse Leiß in dieser Sache bei der k. k. Nordbahndirektion vorstellig, wo er schließlich die Zusicherung erhielt, daß man betreffs dieser Angelegenheit eine Eingabe an das Eisenbahnministerium machen werde. Fragt von den Parteien eines bei der Streckenleitung in Olmütz an, wie diese Angelegenheit ausfallen wird, bekommt sie zur Antwort: „Gebulden Sie sich nur, Sie bekommen das Beheizungs-pauschale ganz bestimmt.“ Das sagt man aber nur, damit ja keine Partei kühnige. Wie lange werden sich diese Leute so hinfalten lassen? Bis alles krank und die ganze Einrichtung der Parteien zugrunde gegangen ist?

Wenn nicht bald eine günstige Erledigung eintrifft, werden einige Bedienstete mit der Kündigung beginnen und die wenigsten werden über den Winter — vor welchem sich schon jeder fürchtet — in diesen Wohnungen zu verbleiben. Es geht doch nicht an, daß man an den Parteien alle nachteiligen Bestimmungen für Naturalwohnungen anwendet und daß man, wenn die Parteien Ansprüche auf jene Bestimmungen machen, die ihnen Vorteile bringen, erklärt: „Das sind keine Natural-, sondern Mietwohnungen.“ Man muß da alle Bestimmungen für Natural-, alle Bestimmungen für Mietwohnungen gelten lassen. Wir hätten noch einiges über verschiedene andere Mängel zu sagen, was wir uns für ein andermal aufbewahren wollen. Vielleicht wird den Wünschen der Bewohner noch rechtzeitig Rechnung getragen.

Einstweilen schließen wir, in der Erwartung, daß den Bewohnern das Beheizungs-pauschale — was im Interesse der Häuser selbst gelegen wäre — bestimmt bald gewährt wird.

**Heiligenstadt.** In der Station Heiligenstadt geht es wirklich nicht mehr geheuer zu. Jeden Augenblick gibt es Strafen und wieder Strafen, oder gar gleich für Arbeiter Entlassungen. Besonders die Wächter hat sich der Souschef Switnowsky hierzu angeschlossen, und nur deswegen, weil dieselben mit der neuen Diensterteilung nicht einverstanden waren, die der Herr Vorstand Switnowsky mit dem Bemerkten herausgegeben hat, daß jetzt er der Herr der Station ist, weil er den Inspektor Köhler beiseite geschoben hat, und weil letzterer in den Krankendienst trat. Die Weichenwächter konnten mit der neuen Diensterteilung nicht einverstanden sein, weil dieselbe nur Verschlechterungen bringt. Die Wächter müssen auf den lange innegehabten 12- bis 24stündigen Dienst verzichten und dagegen einen neuen annehmen, der einer Verkürzung ihrer Bezüge gleichkommt. Sie müssen jetzt dreimal einen 12- bis 24stündigen Dienst leisten, und als Draufgabe des Herrn Vorstandes noch einen 12/12stündigen Dienst machen. Das Schönste ist aber noch dazu, daß die Leute ohne eine Einschulung momentan auf allen Posten Dienst machen müssen. Es kann nur von einem Glid gesprochen werden, daß nichts passiert, als in einer Nacht drei Streifungen. Wer wird in einem solchen Falle die Verantwortung tragen? Die Wächter doch in keinem Falle. Nebenbei sei nur bemerkt, daß ein Posten bei Nacht ganz ausgelassen worden ist und denselben zwei angrenzende Wächter besetzen müssen. Das ist aber noch nicht genügend; die Wächter müssen alle Blocksignaldienste, die durch Krankheit dienstunfähig werden, und die Umlauber ersetzen, so auch den Blocksignaldienste Binderhofen, der als Instruktor schon vier Jahre Dienst leistet, wovon schon eine Anfrage an die löbliche k. k. Staatsbahndirektion gerichtet wurde. Es wird immer von derselben gesprochen, daß die Substituten sehr viel Geld kosten, was aber die Weichenwächter nicht sagen können, da die Arbeiter zu ganz etwas anderem verwendet werden (zum Nachhauzapfen), aber nicht als Substituten. Es sind genügend Oberbauarbeiter da, die schon lange um einen Weichenwächterposten eingereicht haben. Es wäre genügend Platz für dieselben. Wir raten dem Herrn nicht, sich auf Kosten der Weichenwächter bei der vorgesezten Behörde schon zu machen, oder damit die Fehler gutzumachen, daß man Arbeiter entläßt, weil sie bei Protokollaufnahmen die Wahrheit sagten, was dem Herrn nicht angenehm war. Wir wollen diesmal in der Hoffnung schließen, daß diese paar Zeilen auf den Herrn Switnowsky einwirken werden. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, dann müßten wir das nächstmal ernster und deutlicher sprechen.

**Währisch-Stran-Oberfurt. (Heizhaus.)** Daß es nie zum Guten führt, wenn an der Spitze einer Verwaltung oder Unternehmung zwei Kommandierende stehen, ist eine allbekannte Tatsache. Bei der k. k. Heizhausleitung Währisch-Stran-Oberfurt ist dies aber tatsächlich der Fall, und wir machen die betäubende Wahrnehmung, daß der Zwiespalt zwischen den beiden Leitern des Heizhauses auf dem Rücken des Personals ausgegossen wird. Wir sind weit davon entfernt, Herrn Inspektor Schwarz in Schutz zu nehmen, denn wir haben sein besonderes Wohlwollen noch nie zu spüren bekommen; aber was sich sein Stellvertreter, Herr Inspektor Aufrecht, herausnimmt, übersteigt alle Grenzen. Man sieht ganz deutlich, daß sein ganzes Bestreben nur darauf hingiebt, den Heizhausleiter in jeder Beziehung zu übertreffen. An einigen Beispielen wollen wir sein abhässliches Vorgehen schildern. So wie jedes

Jahr, wurden auch heuer zur Zeit des schwächeren Verkehrs die jüngeren Lokomotivführeranwärter zum Heizdienst abgelöst. Ein anderer Herr Inspektor Schwarz dies bis zum äußersten durchführte, sehen wir, daß mit dem Moment, als derselbe seinen Erholungsurlaub antritt, Inspektor Aufrecht noch einige Reduzierungen vornimmt, trotzdem er selbst wußte, daß der Dienst dann nicht mehr bewältigt werden kann, aber offenbar nur zu dem Zwecke, um zu beweisen, daß er noch besser sparen kann. Die Folgen stellten sich sofort ein. Um den Anfall an Personal wettzumachen, werden andere Lokomotivpartien in ihrer turnusmäßig freien Zeit zu Dienstleistungen kommandiert. Gewiß haben während der Zeit des Aufrecht-Regimes nicht einmal die uns aufgetroffenen Turnusse Gültigkeit. Ein anderes Beispiel: Im Montanbahnheizhaus existiert keine Rumpartie. Böse Jungen behaupten, daß wohl eine solche dort ist, aber nur zu der Zeit, wenn eine Kontrolle oder Sparkommission von der Direktion kommt. Herr Aufrecht zwingt nun durch Strafandrohungen die Heizer und zum Heizen abgelöste Anwärter zum Ruhen der ganzen Lokomotive. Für eine Dienststunde bekommt man 0,25 Kilogramm Berg. Man weiß wirklich nicht, dient daselbst zum Reinigen der Hände oder der Maschine. Wollte man wirklich die Lokomotive reinigen, so ist man gezwungen, sich das Putzmaterial zu kaufen, denn abwaschen kann man es nicht. So ein Vorgehen kann man nicht mehr Lantienmenschenerei nennen, sondern Lantienmenschenerei. Wir könnten eine Menge solcher Beispiele anführen, wollen aber für heute schließen. Aber eines merken Sie sich, Herr Aufrecht: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Wir sind schon mit ganz anderen Leuten fertig geworden, und auch Sie werden noch daran glauben müssen, daß es nicht gut ist, wenn der Vorgesetzte von seinen Untergebenen gehaßt wird.

**Zglau.** (Die Verleumdungen eines deutschgelben Arbeiterblättchens.) In der Schriftleitung der Zglauer „Volkswehr“ dürfte man vorausgeahnt haben, welche Haltung die deutschbürgerlichen Abgeordneten am 2. Juli bei der Abstimmung über den Antrag Tomšič einnehmen werden. Man sah sich vor und nach der Manier der ausgehaltenen deutschgelben Prechtrolche bereitete die „Volkswehr“ in ihrer Nummer vom 29. Juni l. J. ihre Leser aus Eisenbahnerkreisen auf den bevorstehenden Verrat vor. Sie suchte die zu erwartende Flut der Entrüstung von den deutschbürgerlichen Abgeordneten abzulenken und sie auf den Vertrauensmann der sozialdemokratischen Eisenbahner Zglau, Genossen Sorowik, zu konzentrieren. Der Umstand, daß Genosse Sorowik an der in Wien abgehaltenen Reichskonferenz der Arbeiter der k. k. Staatsbahn teilnahm und daß in Zglau von den Arbeitern des Jahrdienstes gemeinsam die Mittel aufgebracht wurden, damit ein Vertreter dieser Dienstgruppe zu der angeführten Konferenz entsendet werde, wurde von der „Volkswehr“ dahin umgelogen, daß Genosse Sorowik für sich abstimmen hätte lassen, um nach Wien zur Direktion zu fahren. Da aber kein Sprechtag in der Direktion war und Genosse Sorowik ein pensionierter Bediensteter sei, der nicht empfangen werde, sei das ganze entweder Schwindel oder Hintertreppenspolitik, gegen die man sich energisch verwahren werde. Genosse Sorowik betriebe die Rettung der Eisenbahner gewerbetätig und schneffe überall herum, um den Leuten, bei denen er Unzufriedenheit wittert, einen blauen Dunst vorzumachen, läßt sich die „Volkswehr“ vernehmen. Schließlich erkennt sie aber doch an, daß die Arbeiter des Jahrdienstes arme Teufel sind und daß dem Stationsvorstand Langlatsch mehr Höflichkeit geziemen würde. — Wir glauben der „Volkswehr“ recht gerne, daß ihr die Tätigkeit und der auch von den Gegnern anerkannte Eifer des Genossen Sorowik unangenehm ist, ist es ihr doch nie um die Bediensteten, sondern stets nur um die Größe ihres Schaffalles zu tun. Die „Volkswehr“ kann es ruhig den berufenen Leuten, den Eisenbahnern, überlassen, die Tätigkeit des Genossen Sorowik zu beurteilen. Uns stehen nicht die gleichen dienstlichen Repressalien zur Verfügung, die Leute zur Angehörigkeit zur Organisation und zur Leistung von Kronenbeiträgen für Jubiläumsspenden zu verhalten, als dem Reichsbund, und wenn Eisenbahner Verpflichtungen unserer Organisation gegenüber übernehmen, bestimmt sie hierzu ihrer freien Willen, weil im Rahmen unserer Organisation das Verhältnis von Rechten und Pflichten ein natürliches und gesundes ist. Die Tätigkeit jedes einzelnen unserer Vertrauensmänner untersteht der Kontrolle der Gesamtheit und bedarf wahrscheinlich nicht der Beaufsichtigung seitens der „Volkswehr“. Damit, daß die „Volkswehr“ die Arbeiter des Jahrdienstes bedauert, ist diesen nicht gebiet, sie bedürfen eine entschiedene Vertretung ihrer Interessen und die war bisher immer nur in der sozialdemokratischen Organisation zu finden. Und so wird sich die „Volkswehr“ dreinsügen müssen, daß Genosse Sorowik weiter die Funktionen ausübt, die ihm durch das Vertrauen seiner Kollegen übertragen wurden.

**Salzburg.** (Heizhaus.) Es wäre unshön von uns, wenn wir Herrn Inspektor Mehrer anlässlich seiner Verlegung von Salzburg nach Wien (Nordwestbahn, Heizhaus) keinen Nachruf widmen würden. So wie Herr Inspektor Mehrer war noch kein Vorgesetzter im Heizhaus Salzburg, der das Lantienmachen an totem und hauptsächlich an lebendigem Materiale so verstand, wie er. Professionisten, Tagelöhner und zum Teile auch das Lokomotivpersonal wurden, wie es nur möglich war, ausgebeutet. Urlaub wurde nur Liebkindern gewährt. Wurde ein Bediensteter wegen Liebermüdung krank, hatte er es nachträglich sehr stark zu fühlen. Kurz, wie schon erwähnt, Inspektor Mehrer ist ein Mensch, wie er selten zu finden ist. Die Genossen von Mährisch-Schönberg gratulierten uns seinerzeit zu Herrn Inspektor Mehrer. Auch wir können den Genossen vom Heizhaus Wien-Westbahn zu diesem sauberen Vorgesetzten gratulieren. Zugleich wurde auch der gelbe Agitator, Herr Kommissär Dauscher, nach Karlsbad verlegt. Dieser Herr hat schon den ganzen Innsbrucker Bezirk durchgewandert. Man konnte ihn aber nirgends brauchen, deshalb ist er jetzt zum Vorstandstellvertreter avanciert, um in Karlsbad seine Kenntnisse zu verwerten. Die Gelben werden an ihm dort gewiß eine Stütze haben.

**Inzersdorf-Drt.** (k. k. Staatsbahn.) Diese Station, welche aus einer ehemaligen Ausweiche entstanden ist, bildet mit ihrer mangelhaften Anlage und ihrem immerwährenden Platzmangel geradezu den Schrecken des gesamten Fahrpersonals dieser Strecke. Es vergeht fast keine Woche, ohne daß dort eine Streifung, Entgleisung u. s. w. vorkommt und es sind alle diese in letzter Zeit vorgekommenen Störungen auf Grund der verpfuschten Stationsanlage zu buchen. Wenn nun irgendeine Unregelmäßigkeit oder Verkehrsstörung sich ereignet hat, so erscheint in einigen Tagen darauf die Erhebungscommission, um die Schuldigen zu ermitteln, beziehungsweise zur Verhaftung zu beantragen. Das Fahrpersonal weiß aber schon vor der Protokollaufnahme, daß einzig und allein nur jene Faktoren die Schuld treffen kann, welche seinerzeit den entworfenen Plänen für die gegenwärtige Anlage ihre Zustimmung gaben und sollten diese deshalb auch jedesmal zur Verantwortung gezogen werden. Das Fahrpersonal hat daher diese Station schon längst umgetauft und nennt sie nicht mehr Inzersdorf, sondern Mausfalle, was auch die zutreffendste Bezeichnung sein dürfte. Der Platzmangel führt zu fortwährenden instruktionswidrigen Verschiebungen, zum Beispiel, um einen Platz von 20 bis 30, oder auch 40 Zentimeter Geleislänge zu gewinnen, müssen die Pufferfedern aller auf einem oder dem anderen Stützeleiste stehenden Wagen bis zur größten Zulässigkeit zusammengedrückt werden. Das Verschieben mit ungenügend freier Grenzmarke kann täglich beobachtet werden, dazu kommt noch, daß der Vershub wegen Anknüpfung, beziehungsweise Durchfahrt anderer Rüge fast immer behindert wird und

bei den Verschiebungen seitens der Diensthabenden stets getrieben und deshalb gehaßt wird, um den ankommenden, beziehungsweise durchfahrenden Zug nicht aufzuhalten, weil sonst der jeweilige Diensthabende empfindliche Strafen zu gewärtigen hat. Alle bisherigen Unregelmäßigkeiten sind noch so ziemlich glimpflich verlaufen, das heißt, es wurde vom beteiligten Personal niemand verletzt und auch der Materialschaden war kein besonders großer. Es können aber ganz leicht ein oder mehrere Bedienstete verletzt, unter Umständen auch getötet werden. Wir fühlen uns daher verpflichtet, auf diese Menschenfalle ganz besonders hinzuweisen und hoffen, daß diese Zeilen mit dazu beitragen, daß aus der verpfuschten eine moderne Anlage wird, bevor noch die geschilderten Zustände zu einer Katastrophe führen. Die Kosten der Erhebungscommissionen können auf die Dauer des gegenwärtigen Zustandes erspart werden, weil wir eingangs die Schuldigen ein für allemal bezeichnet haben.

## Versammlungsberichte

### Protestversammlungen in Kärnten.

Mit dieser Tagesordnung fand am Donnerstag den 18. d. M. abends in den Kasiinofalen in Villach eine äußerst stark besuchte Eisenbahnerversammlung statt, die von Genossen Wranbl geleitet wurde. Als erster Redner beleuchtete Abgeordneter Genosse Gröger die arbeiterfeindliche Haltung der deutschbürgerlichen Abgeordneten bei der Abstimmung am 2. Juli über den Antrag Tomšič im Parlament und besprach den Kampf, den die Eisenbahner seit langer Zeit zur Verbesserung ihrer Lebenslage führen. Aus Kärnten hat nicht ein einziger bürgerlicher Abgeordneter für den Antrag Tomšič gestimmt. Die Abgeordneten Steinwender, Hofer, Lutschounig, Waldner, Pirker und Nagel haben dagegen gestimmt, während die Abgeordneten Kongrats, Dobernig und Grafenauer vor der Abstimmung davonliefen, weil sie sich vor der Wählerchaft fürchteten. Gröger appellierte an die Versammelten, für diesen Verrat bei der nächsten Wahl Vergeltung zu üben, und forderte alle Eisenbahner auf, zum Kampf zu rufen, der demnächst auf der ganzen Linie entbrennen wird. Verzichtet werden die Eisenbahner auf keinen Fall auf die 17 Millionen, und wenn sie sie nicht gutwillig erhalten, werden sie sich sie erzwingen. (Lebhafte Beifall.) Gewerkschaftssekretär Genosse Leopold Böhlz schloß in längerer Rede die ganze Entwicklung des Kampfes der Eisenbahner um die Erhöhung der Bezüge und zeigte an treffenden Beispielen die Demagogie und Arbeiterfeindlichkeit der deutschnationalen und christlichsozialen Abgeordneten auf. Abgeordneter Seine hat im Herbst eine von Arbeiterfreundlichkeit tiefende Rede für die Eisenbahner gehalten und die Deutschnationalen und Christlichsozialen haben im März dieses Jahres den Eisenbahnminister wegen der fehlenden 17 Millionen interpelliert, und wo es sich nun darum handelte, den Eisenbahnern die 17 Millionen Kronen zu bewilligen, stimmten sie alle dagegen. Dieser schändliche Volksverrat muß gesühnt werden, und deshalb müssen die Bediensteten die Reihen der Organisation lückenlos schließen und durch Selbsthilfe das zu erreichen suchen, was ihnen die Engbergigkeit der bürgerlichen Abgeordneten verweigert. (Lebhafte Beifall.) Kondukteur Genosse Peter Weller verwies auf die falschen Nachrichten, die die Regierung über die Höhe der Bezüge der Bediensteten im „Fremdenblatt“ und in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht hat, um die Öffentlichkeit irrezuführen und gegen das Eisenbahnerpersonal Stimmung zu machen. Er bewies an der Hand von Beispielen, welche Not unter vielen Eisenbahnbediensteten, insbesondere unter den Arbeitern, herrscht und wie wenig von den bewilligten 21 Millionen auf den einzelnen entfällt. Seine trefflichen Ausführungen klangen aus in die Aufforderung, den letzten Mann der Organisation zuzuführen, dann muß der Sieg unser sein. (Großer Beifall.)

Am Samstag den 13. d. M. fand in Türlers Gasthaus in St. Ruprecht bei Magendorf eine zahlreich besuchte Versammlung aller im Staatsbahndienste stehenden Arbeiter statt, in welcher die Genossen Plattinig und Wieser über die Reichskonferenz Bericht erstatteten. Anschließend daran besprach Abgeordneter Genosse Hl. Gröger die Abstimmung über den Siebzehn-Millionen-Antrag des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus und den Verrat der deutschbürgerlichen Abgeordneten an den Eisenbahnern. Die Versammelten machten ihrem Unmut durch stürmische Entrüstungsrufe über den deutschnationalen und christlichsozialen Arbeiterverrat Luft. Die Stimmung der Teilnehmer dieser beiden Versammlungen kam in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck, die gegen jene Abgeordnete, die gegen den Antrag des Genossen Tomšič stimmten oder sich bei der Abstimmung abschiedeten, die tiefste Entrüstung ausdrückt und die auch die diversen Schwindelorganisationen an diesem Verrat mitschuldig erklärt.

**Krems a. d. Donau.** Am 23. Juli fand in Frau Subers Gasthof in Krems eine freie Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Genosse Franz Swoboda aus Wien ein sehr sachliches Referat über das Thema: „Der 17-Millionen-Antrag und die bürgerlichen Parteien“ hielt, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Vom Vorsitzenden Genossen Wendi wurde hierauf folgende Resolution zur Verlesung gebracht:

#### Resolution.

„Die am 23. Juli 1912 in Subers Gartensalon in Krems a. d. Donau tagende freie Eisenbahnerversammlung beschließt: Die Organisation wird beauftragt, sowohl bei den obersten Stellen der Staatsbahnverwaltung als auch durch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament dahin zu wirken, daß die gemachten, aber bisher nicht erfüllten Zugeständnisse endlich zur Durchführung gebracht werden. Gleichzeitig spricht die Versammlung den deutschbürgerlichen sowie den christlichsozialen Abgeordneten, welche bei der Abstimmung den Antrag Tomšič betreffs der ausstehenden 17 Millionen ablehnten oder die bei der Abstimmung davonliefen, das schärfste Mißtrauen aus. Der Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten spricht die Versammlung wegen ihres tatkräftigen Eintretens zugunsten des 17-Millionen-Antrages die vollste Anerkennung und den wärmsten Dank aus. Wir werden trachten, alle Eisenbahner in unseren Reihen zu vereinen, um mit größerer Kraft in den Kampf für unsere Forderungen treten zu können.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Dorninger berichtete über die Arbeiter-Reichskonferenz. Weiters sprachen die Genossen Krobath, Wisgril, Hüb und Rittermeyer. Genosse Wendi dankte dem Genossen Swoboda für sein ausführliches Referat und schloß um 12 Uhr nachts die sehr gut besuchte Versammlung.

**Wien.** Am 16., 17. und 25. Juli l. J. fanden in Wien im XIV., XIX. und IX. Bezirk große Magazinarbeiterversammlungen statt, in welchen gegen die angeordnete Sonntagnachmittagsarbeit Stellung genommen wurde. In alle drei Versammlungen wurde von der Zentrale Genosse Swoboda entsendet. Die Teilnehmer der Versammlungen, in welchen stets Abordnungen anderer Magazine erschienen waren, gaben mit lautem Protest ihre Empörung darüber kund, daß die Staatsbahnverwaltung selbst an Sonntagnachmittagen die ausgeschiedenen Magazinarbeiter zur Arbeit beschien will

und in allen drei Versammlungen wurde die in dem Artikel „Die Magazinarbeiter und ihre Arbeitszeiten“ veröffentlichte Resolution einstimmig angenommen.

**Bückstein.** Die Versammlung am Sonntag den 14. Juli mit der Tagesordnung: „Die Arbeitsordnung und die Personalcommissionen“ verlief bei gutem Besuch sehr anregend. Der Referent Genosse Gaigl aus Salzburg entlegte sich seiner Aufgabe vorzüglich und in leichtverständlicher Weise. Die Mißgeburt „Arbeitsordnung“ wurde einer scharfen Kritik unterzogen.

**Leoben.** Hier fand am 14. Juli eine massenhaft besuchte Versammlung statt. Referent war Genosse Müller.

**Branowitz.** Am 21. Juli hielt die Ortsgruppe ihre Monatsversammlung mit Vortrag der Genossen Mouska und Gad ab.

**Dröfing.** Sonntag den 21. Juli fand in Ringelsdorf eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Dröfing statt. Genosse Adolf Müller von der Zentrale referierte über die bevorstehenden Neuwahlen in die Personalcommission und über die Schaffung eines entsprechenden Vertrauensmännerstems. Der Versammlung wohnten auch nichtorganisierte Eisenbahner bei. Hieron traten nach der Versammlung vier als Mitglieder der Organisation bei.

**Zglau.** Am 21. Juli l. J. fand in Zglau, Pragerstraße 8, um 4 Uhr nachmittags eine gut besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Genosse Swoboda von der Zentrale über die Arbeits- und Lohnordnungen und Ablehnung der 17 Millionen Kronen in deutscher, Genosse Horowik in tschechischer Sprache referierten. Nach den Referaten waren zahlreiche Beiritte zu verzeichnen.

## Aus den Organisationen.

**Komtau.** Wegen Umgestaltung, respektive Neuanlage des Bibliothekskatasters wird die Bücherausgabe bis auf weiteres eingestellt. Daher ersuchen wir alle jene, welche entliehene Bücher haben, dieselben ehestens an Genossen Stütz abzuführen. Wir bringen nochmals in Erinnerung, daß der Ausfluß auf den Keilberg am 4. August aufrecht bleibt, und erwarten eine rege Beteiligung.

**Lend.** Am 14. Juli fand in Lend die konstituierende Versammlung der Ortsgruppe statt. In die Ortsgruppenleitung wurden folgende Genossen gewählt: Alois Krenner, Obmann, Johann Gmeiner, Stellvertreter; Johann Meißler, Kassier; Josef Wändl und Peter Köstler, Substanzier; Rupert Gruber, Schriftführer, Jakob Egger, Stellvertreter; Josef Stangl und Johann Pichler, Bibliothekare; Matthias Reiter und Johann Seer, Kontrolloren. Zuschriften sind an den Obmann Alois Krenner, Weichenwächter in Lend, zu adressieren.

**Subweis.** Die Mitglieder des Sterbefonds werden aufgefordert, für den am 26. Juli l. J. verstorbenen Kollegen Thomas Persona den Sterbefonds zu entrichten.

## Technisches.

Die Eisenbahnen der Erde. Im „Archiv für Eisenbahnwesen“ findet sich eine interessante Darstellung der Entwicklung des Eisenbahnwesens der Erde. Das gesamte Eisenbahnnetz hatte eine Länge von

1840	7.700 Kilometern
1850	38.600 „
1860	108.000 „
1870	209.000 „
1880	372.400 „
1890	617.300 „
1900	790.100 „
1910	1.030.000 „

Die Gesamtlänge des Eisenbahnnetzes hat sich also im Lauf der letzten 70 Jahre versiebenfacht, der letzten 30 Jahre verdreifacht. Die einzelnen Erdteile waren an den im Jahre 1910 vorhandenen 1.030.000 Kilometern wie folgt beteiligt:

Amerika	526.000 Kilometer
Europa	333.850 „
Asien	101.900 „
Afrika	36.850 „
Australien	31.010 „

In Europa selbst hat Deutschland mit 61.150 Kilometern die größte Schienenlänge; es folgt Rußland mit 59.560 Kilometern, Frankreich mit 49.380 Kilometern, Oesterreich-Ungarn mit 44.370 Kilometern, England mit 37.580 Kilometern, Italien mit 16.960 Kilometern, Spanien mit 15.000 Kilometern und Spanien mit 13.980 Kilometern u. s. w. Deutschland allein hat also fast ebensoviel Eisenbahnen wie die beiden Erdteile Afrika und Australien zusammengenommen. Die Anlage des gesamten Eisenbahnnetzes der Erde, das zu etwa einem Drittel Staatseigentum ist, kostete 227 Milliarden Mark.

Die größte Lokomotive. Als Vorkampflokomotive für Strecken mit sehr starker Steigung, die bisher eine Teilung schwerer Güterzüge oder das Vorspannen von zwei bis drei normalen Lokomotiven erforderlich machten, hat die Erie Railroad Company drei neue Rieslokomotiven in Auftrag gegeben, deren erste kürzlich von der American Lokomotive Company fertiggestellt wurde. Diese Lokomotive ist eine ganz gewaltige Maschine, ein wahres Monstrum, das in jeder Beziehung alle seine Vorgänger weit übertrifft. Ihre Länge — mit dem Tender gemessen — beträgt nicht weniger als 21 Meter; sie wiegt ohne Tender 205 Tonnen, während der Tender allein noch das staatliche Gewicht von 81,5 Tonnen repräsentiert. Als besonders bemerkenswert fällt auf, daß die neue Erie-Lokomotive zwei vollkommen getrennte Maschinen besitzt, deren jede auf einem besonderen Radpaar von vier gekuppelten Achsen arbeitet. Die vordere, die Niederdruckmaschine, ist mit ihre Achsen ganz unabhängig vom Hauptrahmen der Lokomotive in einem besonderen Drehgestell gelagert, so daß trotz der großen Länge der Lokomotive auch scharfe Kurven ohne Gefahr durchfahren werden können. Der sich über die ganze Länge der Lokomotive erstreckende Kessel hat eine Länge von fast 11 Metern bei 2,5 Meter Durchmesser des Kesselmantels; er enthält 404 Raudrohre von 64 Meter Länge und 56 Millimeter Durchmesser. Die Kesselfläche des Kessels beträgt 93 Quadratmeter, die Heizfläche nahezu 500 Quadratmeter, der erzeugte Dampf hat eine Spannung von 15 Atmosphären Ueberdruck. Der Kessel wiegt 50 Tonnen, mit Wasser gefüllt 70 Tonnen. Der im Kessel erzeugte Dampf wird von dem oben auf dem Kesselmantel angeordneten Dampfdom durch die an der Seite des Kessels sichtbaren Rohre den hinteren Hochdruckzylinder zugeführt, die einen Durchmesser von 63,5 Zentimeter bei 71 Zentimeter Hub haben. Von den Hochdruckzylindern gelangt der Dampf durch zwei unterhalb des Kessels, im Lokomotivrahmen, liegende Rohre nach vorn zu den Niederdruckzylindern von je 90 Zentimeter Durchmesser. Der Hub der Niederdruckmaschine beträgt gleichfalls 71 Zentimeter. Von den Niederdruckzylindern gelangt der Dampf zum Auspuß durch den Schornstein. Die Verbindungsrohre zwischen den Hoch- und Niederdruckzylindern sind mit geeigneten Gelenken versehen, so daß die Drehbarkeit des vorderen, die Niederdruckmaschine tragenden Drehgestells nicht beeinträchtigt wird. Bei der angegebenen Führung des Dampfes, nacheinander durch Hoch- und Niederdruckzylinder, entwickelt

die Lokomotive eine Zugkraft von 49 Tonnen. Wenn aber auch der Niederdruckmaschine Frischdampf direkt vom Kessel zugeführt wird, so erhöht sich die Zugkraft auf 60 Tonnen.

### Verschiedenes.

**Kleinbahnidyll.** Im „Simplizissimus“ ist folgendes köstliche Geschichtchen zu lesen: Bekanntlich besteht der ganze Bahnhof verschiedener Lokalbahnhöfe darin, daß auf einem geböckelten Stück Land etwas Asche aufgeschüttet ist, während eine an zwei Stellen befestigte Tischplatte den Namen der Haltestelle verkündet.

Anspruchsvoll, wie heutzutage die Leute sind, haben sich kürzlich mehrere Einwohner einer unterfränkischen Ortsgemeinde erkühnt, von der Verkehrsverwaltung die Errichtung eines Aborts und einer Unterstandshütte mit der Begründung zu erbitten, daß man bei der fast halbtägigen Entfernung der Haltestelle vom Orte sehr häufig in die Lage komme, jene beiden Wohlfahrtsanstalten benutzen zu müssen.

Diese geradezu unerhörte Bitte wurde nun, wie so oft, „aus grundsätzlichen Erwägungen“ abgewiesen. Die biederen Landbewohner aber, sehr stolz auf ihre so fortschrittliche Eingabe, sahen sich dadurch in ihren heiligsten Gefühlen verletzt und kamen zu der Einsicht, daß hier nur weitestgehende Selbsthilfe zum Ziele führen könne. Am nächsten Tage war denn auch bereits wenigstens dem dringendsten Bedürfnis auf einfache und vor allen Dingen für den Staat kostenlose Weise abgeholfen: Ueber die Stationstafel war ein Strick geworfen; daran waren zwei schon etwas alternde Emailnachtsöpfe angebunden, die fröhlich in der Luft baumelten. Und auf dem einen stand mit schwarzer geschriebener Aufschrift: „Für Herren“, auf dem anderen: „Für Damen“!

### Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 43. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Parteitag von Reggio Emilia. Von Oda Olberg (Rom). — Massenaktion und Revolution. Von Anton Pannicoel. (Schluß). — Die sozialdemokratische Fraktion in der dritten Duma. Von Georg Stieckhoff. (Schluß). — Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1911. Von Paul Barthel. — Literarische Rundschau: Dr. Fritz Ernst, Landrichter in Effen, Berufsrichter und Volksrichter in der Strafrechtspflege. Von Siegfried Weinberg. A. M. Simons, Social Forces in American History. Von K. K. Zeitungs- und Rundschau.

Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 53: Das Junge Deutschland. Von F. Mehring. Die Intellektuellen. Von Ernst Lafenbacher. Der Monistenbund. Von Fritz Eisner. — Bücherchau: J. Velli, Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz. Emil Rosenow, Gesammelte Dramen. Gustav Janson, Lügen. Edward Richter, Meine Erlebnisse in der Gefangenschaft am Olymp. — Lese Blätter: Die unterdrückte Meinungsfreiheit.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von Mk. 3.25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

### Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

**Gastfrauen, Gasthäuser, Hotels, Pensionen** sowie andere Anstalten werden gut tun, sich bei Bedarf von Bettfedern, Daunendunen oder fertigen Betten, Bettwaren und Matratzen vertrauensvoll an das leistungsfähige Versandhaus **Max Berger in Deschenitz Nr. 249, Böhmerwald**, das diese Waren nach allen Ländern exportiert, zu wenden. Diese Firma, der es möglich ist, durch direkten Einkauf gute Qualitäten preiswert zu liefern, kann mit Rücksicht auf ihre Reclität jedermann bestens empfohlen werden. Näheres im Inseratenteil.

### Bekanntmachung der Administration.

Folgende Ortsgruppen, respektive Zahlstellen haben bis zum 27. Juli mit der Zentrale noch nicht abgerechnet gehabt, obwohl bis längstens 10. eines jeden Monats die im vergangenen Monat einfließenden Beiträge zur Abfuhr fällig gewesen sind. Um aber die dadurch betroffenen Mitglieder in ihren erworbenen Rechten nicht verkümmern zu müssen, bitten wir die rückständigen Ortsgruppen um ehebaldigste Einfindung des Betrages und fünftighin um eine rechtzeitige Abrechnung.

**Wolochow** per Juni, **Bozkov** per Mai, Juni, **Böhmisch-Gräben** per Juni, **Wubitzdorf** per Juni, **Chrow** per Mai, Juni, **Divacca** per Mai, Juni, **Deutsch-Gabel** per Juni, **Eisenberg** per Juni, **Eisenerz** per Mai, Juni, **Goisern** per Juni, **Görs I** per Juni, **Groß-Waltersdorf** per Juni, **Itzen** per Juni, **Kanis** per Juni, **Kojetein** per Mai, Juni, **Korsow** per Mai, Juni, **Michelob** per Mai, **Pilsen** per Juni, **Podwoleczysta** per April, Mai, Juni, **Sambor** per Juni, **Schwarzenau** per Juni, **Schwechat** per Juni, **Triesch I** per Juni, **Wien-Favoriten II** per Juni, **Wien-Ditafking** per Juni, **Wochener-Feistritz** per Juni, **Zell am See** per Juni.

### Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

In Spenden für das „Eisenbahnerheim“ sind bei uns aus folgenden Orten in der Zeit vom 21. Juli bis 31. Juli eingelaufen: **Klobitz** Nr. 10—, **Johann Matl** (Kunowitz-Locsta) Nr. 20—, **Krems** (erste Rate) Nr. 10—.

### Sprechsaal.

Unser Hinterbliebenenunterstützungsfonds.

Aus unserem Hinterbliebenenunterstützungsfonds wurden für folgende Sterbefälle Unterstützungen ausbezahlt:

109. Franz Spalt in Mährisch-Schönberg.
130. Wazyl Dolinka in Struj.
136. Karoline Gaus in Stanislaw.
137. Aloisia Rehbauer in Marburg I.
138. Anna Khuen in Innsbruck IV.
139. Johann Gruber in St. Michael ob Leoben.
140. Aurelia Staufer in Wels.
141. Matthias Stangl in Leob.-Gastein.
142. Maria Kessler in Knittelfeld.
143. Maria Manhart in Alfergrund.
145. Franziska Kral in Mähleinsdorf.
146. Martin Weithofer in Leob.-Gastein.
147. Maria Wilosch in Salybusch (Zentrale).
148. Karl Sauerwein in Wiener-Neustadt.
149. Franziska Malskaf in Landtrake.
150. Hugo Fellner in Leopoldsdorf (Nordbahn).
151. Rudolf Buchinger in Stainach.
152. Anton Lang in Aspang.

153. Josef Novotny in Kluffig.
154. Sophie Werner in Jägerndorf.
155. Wilhelm Koch in Salzburg I.
156. Alois Starý in Graz I.
157. Theresia Puscher in Vorderberg.
158. Amalia Vok in Alfergrund.
160. Alois Knapp in Sigmundsherberg.
161. Johanna Ehrul in Jägerndorf.
162. Eduard Schurek in Jägerndorf.
163. Maria Magdalena Lorenz in Bludenz.

Genossen! Laßt keine Gelegenheit ungenützt vorübergehen, für unseren Hinterbliebenenunterstützungsfonds neue Mitglieder zu werben!

### Achtung, Arbeiter des k. k. Staatsbahndirektionsbezirkess Innsbruck!

Ueber Intervention des Abgeordneten Genossen Tomischik wird uns seitens des k. k. Eisenbahnministeriums mitgeteilt, daß die nach bisherigem Mißbrauch mit 1. Jänner 1912 fälligen Borrückungen der Arbeiter nachträglich zur Durchführung gebracht wurden. Wir erlauben die geehrten Ortsgruppenleitungen, überall dort, wo dies nicht geschah, uns sofort ausführlich zu berichten.

**Kriehendorf und Wörbern.**

Am Samstag den 3. August 1912 um 7 Uhr abends findet in Wörbern, Alois Böck's Gasthaus, eine freie Eisenbahnerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Die Eisenbahner und das Parlament.“ Referenten: Reichsratsabgeordneter Genosse Josef Tomischik und Genosse Anton Hauschka.

### Offene Anfragen.

**An die k. k. Staatsbahndirektion Wien.**

Ist es einer k. k. Staatsbahndirektion bekannt, daß den Bediensteten der Station Meidling-Hauptstraße die Ansuchen um Freifahrt und Verkaufsscheine für den Brennstoff nur bis 6. eines jeden Monats ausgefolgt werden, oder will der Herr Vorstand vielleicht mit dieser Maßregel im Personal dem Defizit der Stadtbahn abhelfen?

Weiters wurde bei dem früheren Vorstände die Schule monatlich drei Tage, und zwar in der Zeit von 8 bis 9 Uhr früh abgehalten, was für das Personal sehr günstig war. Jetzt wird die Schule von 11 bis 12 Uhr mittags und von 5 bis 6 Uhr abends abgehalten, was den auswärtigen Wohnenden sehr schwer fällt. Diese Vermieten der Armen haben ohnehin einen 18/24stündigen Dienst und müssen noch mit dem Hin- und Herfahren ihre freie Zeit wegen der Schule verlieren. Die Bediensteten bitten daher um Abhilfe.

**An die k. k. Staatsbahndirektion in Triest.**

Die am 1. Jänner 1912 ernannten Unterbeamten der k. k. Staatsbahndirektion in Triest erlauben sich die höfliche Anfrage, wann endlich die gebührenden Uniformstücke herausgegeben werden?

**An die k. k. Staatsbahndirektion in Wien.**

Die Weichenwärter der Station Amstetten erlauben sich die Anfrage zu stellen, ob es einer k. k. Staatsbahndirektion bekannt ist, daß ihnen der Erholungsurlaub verweigert wird. Sie stellen gleichzeitig die Bitte, ihnen ihren Erholungsurlaub gewähren zu wollen. Auf baldige Erledigung hoffen die Betroffenen.

**An die k. k. Direktion für die Linien der k. k. Staatseisenbahngesellschaft.**

Die Blocksignaldienste des Stellwerkes I und II in Brünn, oberer Bahnhof, haben anfangs Mai l. J. ein Gesuch um Verbesserung ihrer bestehenden Dienstverteilung im Dienstweg eingebracht, damit dieselben den Vorteil aller großen Dispositionsstationen genießen, da in Brünn, oberer Bahnhof, noch immer der 12/12-, 24stündige Dienst aufrecht erhalten wird. Nachdem in Brünn, oberer Bahnhof, alle anderen Kategorien des eisenbahner Dienstes, außer jener der Blocksignaldienste, Versuchsmeister, Versuchsbeauftragter und Vorkarbeiter die Begünstigung des 12/24stündigen Dienstes haben und eine Aenderung der Dienstverteilung den Betroffenen schon lange seitens der Herren Vorgesetzten versprochen wurde, bitten dieselben die k. k. Direktion um gütige Erledigung ihres Gesuches, welches aller Wahrscheinlichkeit nach noch immer beim Bahnbetriebsamt in Brünn liegt.

Die Betroffenen.

### Versammlungsanzeigen.

- In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt:
- Brünn am 4. August um 1 Uhr nachmittags Versammlung der Signalmeister Mährens in Brünn, Aldergasse 24.
  - Wörbern am 3. August um 7 Uhr abends im Gasthaus des Herrn Alois Böck.
  - Tepitz am 4. August um 8 Uhr abends im Restaurant „zum Spaten“, Mühlstraße.
  - Tschern am 5. August um 7 Uhr abends im Arbeiterheim, Gasnergasse 15.
  - Steinach-Ordning am 4. August um 2 Uhr nachmittags in Reichhaldners Gasthaus.
  - Strahwalden am 11. August um 3 Uhr nachmittags in Köpflingers Gasthaus in Neumarkt freie Eisenbahnerversammlung.
  - Weißkirchitz am 4. August um 8 Uhr abends Versammlung im Vereinslokal.
  - Jägerndorf am 4. August um 2 Uhr nachmittags Jubiläumsversammlung im Arbeiterheim.
  - Larvis am 10. August um 8 Uhr abends im Gasthaus „zum Touristen“ in Grünwald.
  - Wels am 10. August um 8 Uhr abends Generalversammlung mit Vortrag in Adams Gasthaus, Stadtplatz.
  - Böhmisch-Kamnitz am 11. August um 3 Uhr nachmittags in Wurms Gasthaus in Markersdorf.
  - Mährisch-Schönberg am 5. August um 6 Uhr abends im Saale des Herrn Wolfe öffentliche Eisenbahnerversammlung.

### Briefkasten der Redaktion.

Das Stattfinden zahlreicher Versammlungen ermöglicht es uns nach unseren Raumverhältnissen nicht, über alle ausführlich zu berichten und wir können auch häufig den Wünschen nicht Rechnung tragen, die das Unterbringen der Einfindungen für die nächstfolgende Nummer verlangen. — Bozen. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet. — Wolfstberg. Nach § 57 der Dienstordnung nach einjähriger Dienstverwendung 75 Prozent des Lohnes. — Z. M. 34. Sie haben Anspruch auf ein Jahr Kürzung Ihrer laufenden normalen Borrückungsschrift auf Grund des Gartenausgleiches, weil Sie acht Differenzjahre haben. — Oberleutensdorf. Lose wurden nicht gezogen. — B. N. Das Los wurde nicht gezogen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung. o o antwortung. o o

**Inferate**

Schwarz  
Kreuzeln

**MAGGI**<sup>®</sup>  
Würfel à 5 h  
(fertige Rindsuppe)  
sind die besten!

**Billige Bettfedern und Daunendunen**

1 Kilo graue geschlossene K 2—, bossoro K 2-40, halbweisse prima K 2-80, weisse K 4—, prima daunenduneweiche K 6—, hochprima K 7—, 8— und 9-10, Daunendunen, graue K 6—, 7—, weisse prima K 10—, Brusthaum K 12— von 5 Kilo an franko.

**Fertig gefüllte Betten**

aus dichtem roten, blauen, gelben oder weissen Inlett (Nanking). 1 Tuchent ca. 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kopfpolstern, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen grauen, flaumigen und dauerhaften Bettfedern K 18—, Halbdaunen K 20—, Daunendunen K 24—, Einzelne Tuchente K 10—, 12—, 14—, 16—, Einzelne Kopfpolster K 3—, 3-50, 4—, Tuchente 200x140 cm gross K 15—, 15—, 18—, 20—, Kopfpolster 90x70 cm gross K 4-50, 5—, 5-50. Untertuchente aus bestem Bettgrad 180x118 cm gross K 13— und K 15— versendet gegen Nachnahme oder Vorauszahlung.

**Max Berger in Deschenitz Nr. 249, Böhmerwald**

Klein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird. Reichhaltige illustrierte Preisliste aller Bettwaren gratis.

Die Eisenbahnbediensteten von Olmütz und Umgebung veranstalten am 4. August l. J. in Kloster-Gradijsch bei Olmütz im Prachtgarten des Herrn Talásek ein

**großes Gartenfest**

wozu alle Bediensteten höflich eingeladen werden.

Das Komitee.

**Wertheim-Nähmaschinen**

30 Tage zur Probe!

Verwand nach allen Orten der Monarchie.

Wertheim-Elektro K 85—, Wertheim-Schwingeschiff, Wertheim-Zentral-Boffin.

Bekannt als vorzügliche Maschinen für Haushalt und Gewerbe. Jede Maschine, die sich in der Probezeit nicht ausgezeichnet bewährt, nehmen wir anstandslos auf unsere Kosten zurück. Viele tausend an Beamte, Lehrer, Förster und Privatpersonen gelieferte Maschinen können überall besichtigt werden. Bestellen Sie neueste Preisliste Nr. 133.

Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.

**Wien VII, Siebensterngasse 13.**

**Ehrenerklärung.** 1912er Junggeflügel!

Ich erkläre hiemit öffentlich, daß ich die anfangs Juli d. J. in der Bahnhofrestauration Wiener-Neustadt gegen die Herren Rudolf Weigl und Robert Scherbaum gebrauchten äußerst rüden Beschimpfungen zurücknehme, und zwar mit dem Ausdruck des größten Bedauerns, solche Beleidigungen begangen zu haben, und mit der ehrlichsten Versicherung, daß ich nicht den geringsten Anlaß habe, der Ehre der beiden Herren in irgendeiner Weise nahezutreten.

Diese Erklärung gebe ich freiwillig ab und verpflichte dieselbe auf meine Kosten, indem ich gleichzeitig meinen besten Dank ausspreche, daß diese Herren von einer gerichtlichen Verfolgung Abstand genommen haben.

Wien, im Juli 1912.

Max Seyfried,  
Magazinmeister i. P.  
XII, Schönbrunnerstr. 230.

**Dankagung.**

Anlässlich des Weichenbegangnisses meines auf tragliche Weise verunglückten unvergesslichen lieben Gatten Anton Lang, Konduktur der k. k. St. W. Aspang, spreche ich im Namen meiner Kinder und Verwandten den P. T. Herren Bedienten der k. k. St. W. sowie der G. W. W., den Unterbeamten und Kollegen für das zahlreiche Erscheinen, dem den Herren Wendler aus Graz und Weiglberger aus Rastentfeld für die wirkungsvollen Grabreden sowie auch dem Eisenbahnergesangsverein „Sängertrunde“ aus Graz für seine Mitwirkung und für die Kranz- und Geldspenden den tiefgefühltesten Dank aus.

Für die tiefverwandten Hinterbliebenen

Johanna Lang, Gattin,  
Aspang, den 18. Juli 1912.

Beste böhmische Bezugsquelle!

**Billige Bettfedern!**

1 kg graue, gute, geschlossene 2 K, bessere 2 K 40; prima halbweisse 2 K 80; weisse 4 K; weisse, flaumige 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, geschlossene 6 K 40, 8 K; 1 kg Daunendunen (Flaum), graue 6 K, 7 K; weisse, feine 10 K; allerfeinster Brusthaum 12 K.

Bei Abnahme von 5 kg franko.

**Fertig gefüllte Betten**

aus dichtem roten, blauen, weissen oder gelben Nanking, 1 Tuchent, 180 cm lang, circa 120 cm breit, mittsam 2 Kopfpolstern, jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr dauerhaften, flaumigen Bettfedern 16 K; Halbdaunen 20 K; Daunendunen 24 K; einzelne Tuchente 10 K, 12 K, 14 K, 16 K; Kopfpolstern 8 K, 8 K 50, 4 K; Tuchente, 900 cm lang, 140 cm breit, 12 K, 14 K 80, 17 K 80, 21 K; Kopfpolstern, 500 cm lang, 70 cm breit, 4 K 60, 5 K 20, 5 K 70; Untertuchente aus bestem, gestreiftem Grab, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour.

**S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.**

Reichhaltige Preisliste gratis und franko.

**Guten Appetit,** Gefunden Magen haben wir und kein Magendrücken, keine Schmerzen, seit wir Feller's abführende Rhabarber Pillen m. d. W. „Efa-pillen“ benötigen. Wir sagen Ihnen aus Erfahrung, versuchen Sie diese auch, sie regeln den Stuhl und fördern die Verdauung, 6 Schachteln franko 4 Kronen. Erzeuger nur Apotheker E. W. Feller in Stubica, Esaplay Nr. 191 (Kroatien).

### Heile die Trunksucht, ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt



Rotte ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört hat oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.

**Coom** ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabschieden wird. **Coom** ist vollkommen unschädlich und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen.

**Coom** ist das Neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervorgebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Elend und dem Ruin errettet.

**Coom** ist ein leicht lösliches Präparat, das zum Beispiel die Hausfrau ihrem Gatten im Morgenrock geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betroffene gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht vertragen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabschieden kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.

**Coom** sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt, wenn er dem Trunk auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol doch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich den Genuss selbstiger Getränke zu enthalten, eine Dose „Coom“ einnehmen. Selbiges ist völlig unschädlich. Der Betroffene konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Branntwein oder Likör verwendet worden wäre.

Herr R. F. schreibt: Coom Institut, Kopenhagen, Dänemark.

Ich bitte, so gütig zu sein, eine Schachtel Coom zu senden mit Postnachnahme à 10 Kronen. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trunk ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten Coom habe ich schon drei Personen abgewöhnt; sie sind jetzt ganz tüchtige Männer, nur wollen sich die Menschen bei uns nicht anreden lassen. Vielmal dankend, verbleiben wir Sie ehrend. R. F. Diósgyör 47 Artelep. 23. XI. 1910. Ungarn.

Das Coom Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorausbezahlung oder gegen Nachnahme nur durch

**Coom Institut, Kopenhagen 314, Dänemark.**  
Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren

### Heuriger Sommer im Zeichen des Bata-Schuh



Achtung auf diese Marke

Überall zu haben.

### Schutzmittel „OLLA“



Beste existierende Marke für Herren und Damen. Per Dutz. K 4,-, 6,-, 8,- und 10,-. Von mehr als 2000 Aerzten begutachtet und empfohlen. **Frauenschutz**, ein Ideal für jede Frau, jahrelang brauchbar, per Stück K 3,-, 5,- und 10,-. **Neuheit für Herren**, dauernd verwendbar, per Stück K 2,-. — Versand diskret. — Preisliste mit vielen Neuheiten gratis. (Verschlossen nur gegen 20 Heller-Marke.)

J. Gruner, hygien. Fabriklager, Wien V/2, Schönbrunnerstr. 141/E

Klage sich jedermann nur selbst an, wenn er unzufrieden ist. Wer meine Schutzmittel nur einmal versucht, glaubt gleich Kolumbus Amerika entdeckt zu haben. (Adresse beachten.)

### Um meine Waschmaschinen zu 24 Kronen

mit einem Schlage überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, dieselbe zu obigem billigen Engros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Durch Seifensparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwundlich! Grösste Arbeits-erleichterung! Schont die Wäsche wie bei der Handarbeit! Zahlbar innerhalb 3 Monaten. Schreiben Sie sofort an

**Paul Alfred Goebel, Wien VIII/2, Albertgasse 3.**

Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht. Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.

### MÖBEL Ausnahmsverkauf!

Beste Gelegenheit für Brautpaare u. Möbelkäufer.

## Fünfhauser Möbelniederlage

### M. Eisenhammer 142

Wien XV, Mariahilferstrasse

(neben der Löwendrogerie Schatverda).

Politierte Zimmereinrichtungen von 140 Kr. aufw., Küchen-einrichtungen von 38 Kr. aufwärts, komplette Schlaf- und Speisezimmer, altes und modernes, Sesseln von 280 Kr. aufwärts. Moderne Küchen, weiß, grün, von 70 Kr. aufw. Alle Gattungen Möbel, Matratzen und Bettwäsche billig. Kleiner Preisverant für die Provinz gratis. Großer Möbelkatalog für 80 Heller in Briefmarken franko.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswähl.

Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken Wiens kostenfrei.

**Warnung!** Um meine P. T. Kunden vor Schaden durch Fälschung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma Fünfhauser Möbelniederlage, die eine Kontur mit dem Hausnummer als Preis mitbringt, um meine P. T. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsportal.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenhammer“ in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.

Ihrer Wohlgebornen!

Die Möbel sind in bester Ordnung angekommen und sind wir sehr zufrieden damit. Die Möbel waren so sorgfältig verpackt, daß nicht das geringste Beschädigt war. Ich spreche Ihnen deshalb meinen Dank und vollste Zufriedenheit aus und werde Sie stets in meinem Bekanntenkreis empfehlen

Hochachtungsvoll

Wissak, Johann Gaisch, Kondukteur.

### Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!

Von Beschäftigten eleganteste Herrenanzüge von K 14,-, Hüter von K 10,-, Robenröcke, Weiterfagen von K 8,-, Hosen von K 4,- aufwärts.

Großes Lager von feiner Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige K 1,-, schwere Bettzeuge, Damaligabel, Bettuch, Kissen, Kugeln, per Stück nur K 0,50, Handtücher, Tischdecken, Vorhänge K 8,-. Garantiert nur adäquate Ware, alles erkanntlich billig. Einzig in Wien nur bei

**Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.**

Nach Kleiderbestellung, per Anzug K 3,-. Provinzvertrieb reell per Nachnahme.

### Ehrenerklärung.

Ich Philipp Labugger, Wächter in Eggenberg bei Graz, habe in einer am 1. Juni 1912 in Graz in den Juliensälen abgehaltenen Wächterversammlung der k. k. priv. Südbahngesellschaft dem Verfassungsausschuss der Südbahn Herrn Franz X. Herzog den Vorwurf gemacht, daß er in dieser Funktion die Interessen des Personals nicht wahrgenommen habe.

Ich erkläre nun, daß ich dazu nicht den geringsten Anlaß hatte; ich nehme diese Meinerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und bitte dem Privatkläger Herrn Franz X. Herzog wegen derselben um Entschuldigung.

Philipp Labugger.

### Parteigenossen!

Bestellen auch jeder für eure Familie ein Paket feilerer Hefen, enthaltend: Prima Kanavas für Bettüberzüge, starken Hemdenstoff, Fein für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blusen- und Kleiderstoffe, Leinwand zc. Alles in Prima Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Hefen beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Hef bestens verwendet werden.

Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst. Mit Parteigruß

**Leopold Witzel, Handweber**  
in Nachod Nr. 17, Böhmen.

Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

### Sie können viel Geld ohne Mühe verdienen.

Senden Sie Ihre Adresse an Arnold Weiß, Uhren-Export, Wien 63.

### Nebenerwerb oder Existenz

sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltsgegenstände. Riesenergebnis zugesichert. Näheres gratis. Anfragen mittelst Postkarte unter „Nr. 28“ an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9. 25

### Patentkappen aus Strohgeflecht

40 Prozent leichter als die bis jetzt existierenden! Alleinige Fabrikanten:

**Press & Laufer, Aussig a. d. E.**

### DRUCK- U. VERLAGS- ANSTALT VORWÄRTS

Wien V, Rechte Wienzeile 97

liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in tadelloser Ausführung und zu sehr coulanten Bedingungen

Telephon 2364 Bedingungen Telephon 3545

# Apfelwein

ein köstliches Getränk

gesundheitsfördernd, appetitanregend, garantiert naturrecht. Von 50 Liter aufwärts 32 Heller pro Liter franko nach jeder österreichischen Bahnstation. Versand durch Nachnahme.

Hygienische Apfelweinkelterei

**Karl Paredschneider**  
Baumgartenberg 39, Ober-Oesterreich



### Warum kaufen Sie ohne Anzahlung

eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Oesterreichs am besten?

**Weil** keine Anzahlung, Vollzahlung wie bei ausländischen im Preise mitbezahlen, jede Maschine bis zur letzten Schraube österreichischer Arbeit ist, den Handlungen sparen.

**Weil** zu jeder Maschine drei Jahre Garantie ist, jedes Mattensfabrikat darauf spielen können, jede Maschine eine Klasse für sich bildet und meine Fabrik nicht erst gekannt werden wurde, sondern seit 1898 besteht, daher für größtes Entgegenkommen bürgt.

**Weil** ich an solvente Kunden ohne Anzahlung in Raten von 5 Kronen an liefert und 20 Monate Kredit gewähre.

Vorfahrung ohne Kaufzwang in der Fabrik. Kein Cassenleben.

Einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs

Leop. S. Rimpink, Wien VII, Kaiserstrasse Nr. 65.

### Begünstigung.

Achtung! Mein Kollegen und deren Angehörigen empfehlen wir auf ihrer Reise nach

**Triefst das „Hotel Balkan“**

in nächster Nähe der Südbahn auf das wärmste. Bei Vorweisung der Legitimation von den Zimmerpreisen ein 20prozentiger Nachlaß. Vorzügliche Wiener-Stücke, ausgezeichnete Getränke. Kaffeehaus im Hotel. Telephon 1258.

### KROPP

dicken Hals, Drüsen beseitigt man rasch und gründlich durch

**Hollerdauer-Kropfbalsam**  
Flasche 4 Kronen.

Stadtapotheke Pfaffenhofen a. d. Alm 152 (Bayern).

### !500 Kronen!

schlechte ich Ihnen, wenn meine Wurzelentwässerung „Kiafalbe“ Ihre Hühneraugen, Warzen, Hornhaut in drei Tagen nicht schmerzlos entfernt. Preis eines Tiegels samt Garantiebrieft 1 Krone.

**Kemény, Kaschau**  
I. Postfach 12/115, Ungarn

### Ohrensauen

Ohrenschmerz, Schwerhörigkeit, nicht angeborene Taubheit beseitigt, 154 in kurzer Zeit

**St. Bonifazius-Gehöröl**  
Preis 4 Kronen. Versand: Stadtapotheke Pfaffenhofen a. d. Alm 154 (Bayern).

### 1000fachen Dant

für Ihre vorzügliche Wohl-Gefahr (Stück Nr. 120), durch welche ich nach kurzem Gebrauch vollkommen hergestellt wurde, obwohl ich beinahe 24 Jahre an Gicht und Rheumatismus litt. Ich spreche Ihnen auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus. Leopold Witzel, Handweber, Wien III, Reinfelderstr. 12.

**Pohl-Seife**  
die sich auch bei Weihen, Stichen, Quaden, Rheuma und Hautauschlägen vorzüglich bewährt, ist zu haben in Kartons à 4 Kr. direkt beim Fabrikanten J. G. Pohl, Braunau am Inn, Nr. 6. Depot in Wien: Hofapothek, Plantengasse 6, I. Graben 7. I. Fleischmarkt 1. I. Dohr Markt 8. XII, Weidinger Dampfabrik 45.